Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Nr. 45 – 7. November 2009 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Merkel in den USA: Noch wird Deutschland fast als Weltmacht wahrgenommen – aber was tut Berlin mit diesem Einfluss? Bild: pa

Außen hui, innen pfui

Schwarz-Gelb mit schwachem Start – Dennoch: Die Welt hält uns für mächtig

Während Deutschland dabei ist, durch Fehlentscheidungen bei Finanzen und Familie seine Zukunft zu verspielen, wird das Land von außen immer noch als Großmacht wahrgenommen. Auch der holprige Start von Schwarz-Gelb hat daran nichts geändert.

Verantwortungsbewusste Bürger raufen sich die Haare über eine angeblich „bürgerliche“ Regierung, die in wenigen Tagen eine politische Hoffnung nach der anderen platzen ließ: Haushaltssanierung? Fehlanzeige! Klare Linie in Sachen Steuern, Gesundheitspolitik, Familie? Keine Rede! Ein Koalitionsvertrag, aus dem klar wird, was die Regierung überhaupt will? Keineswegs, sondern 84 Prüfungsaufträge und sechs Kommissionen! Außenpolitische Akzente, etwa mit klarer Wahrnehmung deutscher Rechte und Interessen gegenüber Warschau oder Brüssel? Nicht einmal das!

Eine geistig-moralische Wende, die der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl 1982 immerhin proklamierte, wird nicht einmal versucht, obwohl unser Land ihrer im Jahre 2009 unzweideutig dringender bedürfte als vor nunmehr 27 Jahren.

> Deutschland ist noch mächtig, setzt aber falsche Prioritäten

Konservative Bürger, die angesichts dieses gründlich verstolperten schwarz-gelben Starts der Weltschmerz überfällt, sollten allerdings einmal einen Gedanken daran verwenden, wie dieses in vielen Punkten angeschlagene Land nach wie vor von außen wahrgenommen wird. In der EU und sogar auf globalen Gipfeltreffen gehört die Bundesrepublik Deutschland zur Handvoll führender Akteure. Der deutschen Diplomatie gelingt es immer noch, nicht nur Tagesordnungen mitzugestalten, sondern erstaunlich vieles durchzusetzen.

Dass Deutschland von außen als weit stärker wahrgenommen wird als aus der deutschen Binnensicht, hat zuletzt Merkels Besuch in den USA gezeigt. Die Bundeskanzlerin durfte vor beiden Häusern des US-Kongresses reden – diese Ehre wurde noch nicht einmal Helmut Kohl, sondern bisher nur Konrad Adenauer zuteil. Die Diskrepanz zwischen der Selbst- und Fremdwahrnehmung Deutschlands hängt damit zusammen, dass viele Probleme, über die wir uns die Köpfe zerbrechen, entweder in anderen Ländern noch massiver bestehen (so die Staatsverschuldung) oder aber erst langfristig ihre fatale Dynamik entfalten (vor allem die Bevölkerungsentwicklung).

So oder so: Noch steht Deutschland in der Welt sehr stark da. Nur fragt man sich, was Berlin aus dieser noch guten Position macht, welche Prioritäten die Bundesregierung immer wieder setzt. Die Kanzlerin lässt sich feiern für Entscheidungen zum Klimaschutz, die sie der internationalen Gemeinschaft abgetrotzt hat, zuckt aber nicht mit der Wimper, wenn die EU auf Verlangen Prags einen Beschluss gegen die vertriebenen Sudetendeutschen fasst, der deutschen Interessen massiv zuwiderläuft und zudem die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft grundsätzlich in Frage stellt. Hier sind Korrekturen angezeigt.

Konrad Badenheuer

WILHELM V. GOTTBERG:

BdV, was nun?

Deutschlands neuer Außenminister Westerwelle hat seinen ersten Auslandsbesuch beim polnischen Nachbarn in Warschau vorgenommen. Diese Entscheidung ist nicht zu kritisieren, bedarf doch das deutsch-polnische Verhältnis besonderer Aufmerksamkeit.

Der besonderen Erwartungshaltung, die Warschau mit seiner frühen Reise zweifellos verbunden hat, hat der neue, unerfahrene Außenminister – leider – voll entsprochen. Eine werbende Argumentation für die deutsche Sichtweise bei der Besetzung des Stiftungsrates der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ durch Frau Steinbach ließ Westerwelle vermissen. Auch er weiß, dass die BdV-Präsidentin über eine lange Zeit schwere persönliche Verunglimpfungen aus Warschau erfahren hat. Er hätte deutlich machen müssen, dass die Besetzung der Gremien einer deutschen Gedächtnisstätte eine innere Angelegenheit Deutschlands ist, bei der sich jede Einmischung von außen verbietet.

Allerdings, Westerwelle konnte gar nicht anders. Er war festgelegt, hatte er doch schon im Frühjahr explizit gegen Steinbach im Stiftungsrat die Stimme erhoben. Die BdV-Gremien durften nie annehmen, dass Westerwelle als FDP-Außenminister nun für die BdV-Präsidentin votieren würde.

Jetzt ist die Kanzlerin gefordert. Sie bestimmt die Richtlinien der Politik. Geht da noch was? Vermutlich nicht. Für den BdV kann die „Politik des leeren Stuhles“ keine Lösung sein. Westerwelle hat in Warschau durch Hintenanstellung deutscher Interessen gute Stimmung erzeugt. Hoffentlich verwechselt er nicht Anpassung mit diplomatischem Geschick.

EU stellt sich gegen Vertriebene

Prag bekommt die geforderte Sonderklausel – Haderthauer: Ist das das neue Europa?

Die Bundesregierung hat hingenommen, dass 26 EU-Staaten auf dem Gipfel in Brüssel ein letztes, nachgeschobenes Zugeständnis an Prag gemacht haben, um den Lissabon-Vertrag durchzubekommen. Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) hat dies als „bedauernswerten Schritt für Europa“ scharf kritisiert. „Sieht so das neue Europa aus? Statt die Folgen von Enteignung und Vertreibung von mehr als drei Millionen Deutschen und einer großen Zahl von Ungarn zu bekräftigen, wäre es europäische Aufgabe, diese fortwirkende Entrechtung zu heilen. Ich bedauere sehr, dass sich Europa in die Gefangenschaft von Dekreten nehmen hat lassen, die Menschenrechtsverletzungen manifestieren!“

Europa verstoße mit diesem Vorgehen gegen seine eigenen Prinzipien. „Es lässt zu, dass Tschechien seine Staatsbürger deutscher und ungarischer Herkunft diskriminiert. Noch immer ist es gültiges Recht im Nachbarland, dass ein Dekret Deutsche und Ungarn als ‚staatlich unzuverlässige Personen‘ brandmarkt. Noch immer gilt ein Gesetz, das alle bis zum 28. Oktober 1945 an Deutschen begangenen Verbrechen, auch Mord, nicht nur für straffrei, sondern für rechtmäßig erklärt!“ Das Festhalten an den Benesch-Dekreten sei Ausdruck einer politischen Grundhaltung, die sich in unerträglicher Weise gegen das Miteinander verschiedener Nationen und damit gegen die Gründungsidee der Europäischen Union richte. „Europaverdrossenheit entsteht nicht, sie wird gemacht!“

> LO-Vorstand begrüßt die klaren Worte des Paten-Landes

Wer nicht die Kraft aufbringe, sich vom Unrecht der Vertreibung ohne Wenn und Aber zu distanzieren, setze seine Fähigkeit für eine größere Partnerschaft aufs Spiel, erklärte die Ministerin, die nicht nur für die Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen verantwortlich zeichnet, sondern auch für die Patenschaft über die Ostpreußen.

Der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) hat die deutlichen Worte aus Bayern deswegen ausdrücklich begrüßt. „Wir gehen davon aus, dass diese eindeutigen Worte genauso für die ostdeutschen Vertriebenen gelten, zumal die EU Polen bereits vor einiger Zeit eine ganz ähnliche Schutzklausel zugebilligt hat“, begrüßte LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg die Haltung Haderthauers. Der Sprecher der Sudetendeutschen, Bernd Posselt, warf den Staats- und Regierungschefs in der EU „moralisches Versagen“ vor. Der Beschluss ändere allerdings „nicht einen Milimeter an der Rechtslage der Sudetendeutschen“, über deren Schicksal die Europäische Union aber kaltschnäuzig hinweggehe. *K.B.*

Miserable Lage

Renten: Stagnation und Schrumpfung

Nach den beiden außerplanmäßigen Rentenerhöhungen in den Jahren 2008 und 2009 müssen sich die fast 20 Millionen Rentner wieder auf schlechtere Zeiten einstellen. Nach dem bis vor wenigen Monaten geltenden Recht wäre im Jahre 2010 sogar mit einer echten Rentenkürzung zu rechnen gewesen, weil voraussichtlich infolge der massiv gestiegenen Kurzarbeit bei stagnierenden Gehältern die Lohnsumme sinkt. In dieser Konstellation hätten die Renten sinken müssen, wenn nicht die Große Koalition kurz vor der Wahl eine „Schutzklausel“ ins Gesetz geschrieben hätte, die Kürzungen ausschließt.

> Vor einer Serie von Nullrunden

Allerdings drohen den Rentnern nun mehrere Nullrunden in Folge: Zum einen sind steigende Gehälter bei gleichzeitig steigender Beschäftigung in weiter Ferne, zum anderen wurde im Gegenzug für die erwähnte „Schutzklausel“ ein „Nachholfaktor“ eingeführt, der die ausgefallenen Kürzungen ab 2011 durch Halbierung künftiger Erhöhungen wieder hereinholen soll. Ohnehin ist hier viel Augenwischerei im Spiel: Bei steigenden Preisen läuft jede Nullrunde auf eine Rentenkürzung hinaus. Letzte Ursache dafür sind die steigende Lebenserwartung und die miserable demographische Lage des deutschen Volkes. *K.B.*

MELDUNGEN

Russland rehabilitert

Moskau – Nach der großen Welle von Rehabilitierungen deutscher Kriegsgefangener in den 90er Jahren hat Russland wieder ein Zeichen der Rechtsstaatlichkeit gesetzt. Wie die Dokumentationsstelle der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“ mitteilte, hat die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft in den vergangenen Jahren über 9000 Deutsche rehabilitiert, die nach dem Krieg von sowjetischen Militärgerichten aus politischen Gründen verurteilt worden waren. Mitte November sollen die Namen von 10 091 Personen, deren Urteile revidiert worden sind, im Internet veröffentlicht werden. Über 90 Prozent von ihnen seien rehabilitiert worden. In Einzelfällen kann die Rehabilitierung Grundlage für die Wiedergutmachung von Enteignungen werden. Dies gilt nach Darstellung von Experten dann, wenn die Enteignung durch das sowjetische Urteil selbst und nicht durch politische Entscheidungen der Besatzungsbehörden verursacht wurde. *PAZ*

Karsai beschafft sich Legitimität

Kabul – Eine Regierung der nationalen Einheit wolle er bilden, verkündete der afghanische Präsident Hamid Karsai, nachdem die Stichwahl wegen des Rückziehers seines Konkurrenten Abdullah Abdullah abgesagt worden war. „Karsai hat seine Legitimität verloren. Er ist ein sehr schwacher Präsident, und er kann nicht regieren, ohne Dr. Abdullah die Hand zu reichen“, meint der Politologe Harun Mir. Allerdings geht Karsai noch weiter: „Wir rufen unsere Brüder der Taliban auf, nach Hause zurückzukehren und ihr Land anzunehmen.“ Abdullah dürfte einen Platz in der neuen Regierung gerne annehmen. Bereits vor seinem Rücktritt betonte er, dass er sich um ein gutes Verhältnis mit Karsai bemühe: „Ich sagte ihm, das Vergangene sei nun vorbei, und vor uns liege eine Zukunft, die gestaltet werden muss.“ *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Einnahmen sinken weiter

Die Lage ist schlimmer als befürchtet. Zwar lagen die endgültigen Zahlen der Steuerschätzer für das Jahr 2009 vor Redaktionsschluss noch nicht vor, doch bereits im Vorfeld war davon ausgegangen worden, dass die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen in diesem Jahr noch einmal um gut vier Milliarden Euro niedriger sein würden, als im Mai befürchtet. Von rund 523 Milliarden Euro gesamtstaatlichen Einnahmen geht das Finanzministerium aus. Für 2010 werden 512 Milliarden Euro erwartet. Darin sind jedoch noch nicht die Steuersenkungspläne der neuen Bundesregierung berücksichtigt. Diese würden bereits 2010 etwa 14 Milliarden Euro Kosten. 2008 nahm der Staat noch 560 Milliarden Euro ein. *Bel*

1.632.549.260.396 €

Vorwoche: 1.629.863.506.295 €
Verschuldung pro Kopf: 19 895 €
Vorwoche: 19 862 €

(Dienstag, 3. November 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Unrechtsfolgen der Vertreibung heilen«

Professor Hans-Detlef Horn über Minderheitenrechte, Enteignungen und den Vertrag von Lissabon

Mehrfach kehrte in den vergangenen Monaten die Problematik der Vertreibung in die politische Diskussion zurück. Der Völkerrechtler Professor Hans-Detlef Horn (Marburg) erläutert im Gespräch mit Konrad Badenheuer vernachlässigte rechtliche Aspekte dieser politischen Debatten

PAZ: *Seit einigen Monaten sollen deutsche Einwohnermeldeämter Deutschen, die zwischen 1945 und 1990 in den Oder-Neiße-Gebieten geboren wurden, bescheinigen, sie seien in „Polen“ beziehungsweise „Russland“ zur Welt gekommen. Was ist davon aus völkerrechtlicher Sicht zu halten?*

Hans-Detlef Horn: Davon ist völkerrechtlich rein gar nichts zu halten. Es widerspricht jedenfalls der zumindest bis zu den Ostverträgen der frühen 70er Jahre der von allen Bundesregierungen vertretenen Position. Dass nun der 2. August 1945, also der Schlusstag der Potsdamer Konferenz, zum Stichtag dafür genommen werden soll, seit wann aus deutscher Sicht die Oder-Neiße-Gebiete Ausland geworden seien, verleiht zudem den Beschlüssen dieser Konferenz eine Bedeutung, die sie nie hatten, und zwar auch nicht nach Auffassung der Alliierten.

PAZ: *Ein Vertreter Deutschlands saß 1945 nicht am Tisch. Können solche Beschlüsse, die zudem nie ratifiziert wurden, da überhaupt rechtliche Wirkung entfalten – selbst dort, wo sie nicht gegen das allgemeine Völkerrecht verstoßen?*

Horn: Die Protokolle sind aus deutscher Sicht in der Tat eine so genannte „res inter alios gesta“. Als Beschlüsse zulasten Dritter können sie keine völkerrechtliche Validität bekommen. Vielmehr ist das Offenhalten der Grenzfrage gerade der mindeste Ausdruck davon gewesen, dass die Politik der vollendeten Tatsachen Stalins keine Anerkennung erfahren sollte.

PAZ: *Bundesminister Schäuble, der die entsprechende Empfehlung vom März verantwortet, ist ein exzellenter Jurist. Weiß er so etwas nicht?*

Horn: Hier muss man natürlich auch differenzieren. Es trifft zu, dass das Empfehlungsschreiben des Bundesinnenministerium (BMI) an die Landesinnenministerien für sich genommen keine völkerrechtliche Wirkung hat, jedenfalls keinen völkerrechtlichen Akt darstellt. Allerdings wurde diese Empfehlung völkerrechtlich begründet. Diese Begründung, die inhaltlich – vorsichtig gesagt – befremden muss, gibt dem Schreiben eine Relevanz, das es sonst wohl nicht hätte. Das wiederum war dem BMI sicherlich nicht unbekannt.

PAZ: *Wie erklären Sie sich dann das Handeln des BMI, das ja offenbar mit anderen Teilen der Bundesregierung, insbesondere mit dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt, abgestimmt war?*

Horn: Das Bundesinnenministerium selbst argumentiert mit praktischen Notwendigkeiten bei der Vergabe der Steueridentifikationsnummern. Als weitere Erklärung kommt sonst wohl nur zeitgeistbedingte, diplomatische Rücksichtnahme auf polnische Empfindlichkeiten in Frage.

PAZ: *Selbst das SED-Regime war nicht bereit, bei der Grenzanerkennung vor dem Tag des Görlitzer Vertrags im Sommer 1950 zurückzugehen. Überholt Schäuble Grotewohl in dieser Frage links?*

Horn: So gesehen, haben sie Recht.

PAZ: *Was ist denn nun aus völkerrechtlicher Sicht der Tag, an dem Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg und Ostpreußen polnisch respektive russisch wurden?*

Horn: Mit dem 2+4-Vertrag vom September 1990 wurden die Potsdamer Beschlüsse, die in der Grenzfrage unstrittig keine völkerrechtliche Festlegung getroffen haben, „aufgelöst“ wie es im Vertragstext heißt. Was die deutsch-polnische Grenze angeht, so findet sich in dem Abkommen zwar das Wort „bestätigen“. Das hat manche Deutungsunsicherheiten aufgeworfen. Doch bezieht sich das offenbar nur auf die vorstehenden Sätze, in denen es heißt, das vereinte Deutschland bestehe territorial aus dem Gebiet der (bisherigen) Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Berlins. Diese Festlegung ist, was die Außengrenzen Deutschlands angeht, konstitutiv. Dass eine frühere Grenzfestlegung im völkerrechtlichen Sinne nicht stattgefunden hat, belegt ja auch die erst mit dem 2+4-Vertrag beendete Verantwortlichkeit der vier Alliierten Siegermächte für Deutschland als Ganzes, das seinerseits unzweideutig auf das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 bezogen war.

PAZ: *Sie würden aber nicht argumentieren, dass die Gebiete de iure erst mit dem deutsch-polnischen Grenzvertrag übergegangen sind?*

Horn: Nein, dieser Vertrag hat die Grenzziehung nur noch zweiseitig nachvollzogen. Die Gebietsübertragung geschah mit dem 2+4-Vertrag, und zwar mit dessen Unterzeichnung am 12. September 1990, nicht erst mit dessen späterem formellen Inkrafttreten.

PAZ: *Das Schreiben des BMI deutet die „Bestätigung“ der Oder-Neiße-Grenze mit dem subtilen Wort „Streitbeilegung“…*

Horn: Es ist durchaus delikat, dass dieser Begriff in diesem Zusammenhang auftaucht. Denn von Streitbeilegung wird völkerrechtlich – ähnlich wie in der Umgangssprache – dann gesprochen, wenn ein Konflikt ohne Entscheidung in der Sache politisch beendet werden soll.

PAZ: *Was sogar heißen könnte, dass das Thema eines Tages wieder zurückkehrt?*

Horn: Für eine solche Interpretation ist der Begriff der Streitbeilegung in der Tat an sich offen. Das aber lag sicherlich weder in der Absicht der Juristen des BMI noch anderer gleichlautender Äußerungen in der Literatur.

PAZ: *Was aber eine völkerrechtliche Grundlage insofern*

> »Genau seit dem 12. September 1990 ist Breslau Ausland«

hätte, als die der Grenzanerkennung im Jahre 1990 zugrunde liegende Vertreibung von Millionen Deutschen als internationales Verbrechen gar nicht anerkannt werden darf?

Horn: Sie sagen es. Der 2+4-Vertrag umschifft diese völkerrechtliche Klippe sprachlich einigermaßen sauber dadurch, dass dort eben nicht von der Anerkennung einer (völkerrechtswidrigen) Annexion die Rede ist, sondern dass eher eine Aufgabe oder ein Verzicht territorialer Souveränität gemeint ist. Hier unterscheidet der Vertrag sich klar vom Görlitzer Abkommen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen, das schon deswegen nichtig ist, weil dort ganz unzulässig eine Annexion anerkannt wird.



Königsberg: Zusammen mit anderen Dozenten lehrt Professor Hans-Detlef Horn hier an der „Sommeruniversität“ für russische Studenten. Auf dem Lehrplan steht etwa das Europarecht. Bild: privat

PAZ: *Im tatsächlichen Ergebnis ist der Unterschied nicht groß…*

Horn: Da haben Sie recht, weswegen es umso wichtiger wäre, unabhängig von der Grenzfrage auf eine Heilung der Unrechtsfolgen der Vertreibung hinzuwirken. Hier haben beispielsweise Ungarn und die baltischen Staaten, aber auch die Slowakei und Rumänien weiterführende Zeichen gesetzt.

PAZ: *Haben Schulen und öffentlich-rechtliche Medien genug getan, um diesen Teil der deutschen Frage so im Bewusstsein der Menschen zu halten, wie es beispielsweise das Bundesvertriebenengesetz verlangt?*

Horn: Das muss ich nach meinem Eindruck klar verneinen, wenn ich nur an die Lehrpläne meiner Kinder denke, die selbst an bayerischen Gymnasien das Thema Vertreibung allenfalls ganz am Rande mitbekommen haben. Es scheint auch kaum geeignetes Lehrmaterial zu geben, außer vielleicht jüngst die „50 Thesen zur Vertreibung“ von Alfred de Zayas, die dafür bestens geeignet wären. Für die öffentlich-rechtlichen Medien trifft das genannte Versäumnis eher noch stärker zu. Erst in den letzten Jahren scheint sich hier eine Verbesserung abzuzeichnen.

PAZ: *Würden Sie als Völkerrechtler ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in der Hauptstadt, in Berlin, begrüßen?*

Horn: Dieses Vorhaben setzt endlich ein „sichtbares Zeichen“ gegen den gröbst völkerrechtswidrigen Akt, den jegliche Vertreibung darstellt, und es proklamiert für jedermann vernehmbar das Menschenrecht auf die Heimat. Das Zentrum verdient daher unser aller Unterstützung, keineswegs nur die der unmittelbar Betroffenen und Opfer.

PAZ: *Wie bewerten Sie den Umgang Polens und der Tschechischen Republik (CR) mit ihren nationalen Minderheiten – nicht nur mit den verbliebenen Deutschen?*

Horn: Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen diesen beiden Ländern und beispielsweise Ungarn oder Rumänien. Dort spielt die Ideologie des antifaschistischen Kampfes eine viel geringere Rolle, darum geht man weit offener und selbstbewusster mit dem deutschen Erbe im eigenen Land um als in Polen und der Tschechischen Republik.

PAZ: *Auch der Umgang mit dem jüdischen Alteigentum ist ein ganz anderer: Ungarn und Rumänien geben viel mehr davon zurück als Polen und die CR…*



Hans-Detlef Horn

Horn: Diese Rückgabe oder andernfalls Entschädigung, die völkerrechtlich geboten ist, müsste eigentlich unmittelbar aus dem „antifaschistischen“ Ansatz der polnischen und tschechischen Politik fließen. Wenn Wiedergutmachung selbst in diesem Bereich dennoch verweigert wird, dann offenbar aus der Sorge vor zu hohen wirtschaftlichen Lasten.

PAZ: *Dagegen spricht, dass es in Ungarn viel mehr jüdisches Alteigentum gibt als in der CR und dass Naturalrestitution auch nichts kostet. Ist es nicht doch eher die Sorge vor Präzedenzfällen angesichts Millionen deutscher Alteigentümer?*

Horn: Das Prinzip der Nichtdiskriminierung würde natürlich im Falle einer Rückgabe jüdischen Eigentums auch Forderungen anderer unschuldig Vertriebener und Enteigneter ermutigen. Andererseits ließe sich beispielsweise mit einer Stichtagsregelung zum 8. Mai 1945 schon mal wenigstens für diese Ansprüche der Weg einer Restitution öffnen.

PAZ: *Auffällig ist, dass Berlin sich in keiner Weise zumindest für dieses Stück Vergangenheitsbewältigung in Ostmitteleuropa einsetzt.*

Horn: Wofür ich auch keine Erklärung habe außer Rücksichtnahme auf politische Empfindlichkeiten. Ähnliches gilt im Hinblick auf die SBZ-Enteignungen. Aber hier scheint sich ja nun, glaubt man der Koalitionsvereinbarung, etwas zu bewegen.

PAZ: *Eine Frage zum EU-Reformvertrag von Lissabon: Gefährdet das Inkrafttreten dieses Vertrages die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland?*

Horn: Der Reformvertrag vertieft die Integration und macht die EU zum Völkerrechtssubjekt mit eigenen Organen, was sie bisher de iure nicht war. Der alte EU-Vertrag war nur ein „Dach“ über der schon vor Jahrzehnten errichteten Europäischen Gemeinschaften. Und doch wird die EU mit Lissabon nicht in einen Bundesstaat umgewandelt. Die Mitgliedsstaaten, das stellt der Vertrag selbst an mehreren Stellen fest, bleiben die „Herren der Verträge“ und deswegen auch souverän. Etwas anders wäre schon deswegen nicht zulässig, weil es der EU andernfalls an der gebotenen demokratischen Legitimation fehlte.

PAZ: *Also „alles in Butter“ aus deutscher Sicht?*

Horn: Das auch wieder nicht. Es lassen sich im Vertrag mehrere potenzielle „Einbruchstellen“ dafür finden, dass die EU neue Kompetenzen an sich ziehen könnte, die im Vertrag selbst nicht vorgesehen sind. Man könnte auch von „offenen Flanken“ für eine Verselbstständigung der EU sprechen. Eben dagegen hat sich das Karlsruher Urteil vom 30. Juni gewandt, das die Integrationsverantwortung von Bundestag und Bundesrat betont hat.

PAZ: *Hat der Bundestag angemessen „nachgebessert“?*

Horn: Das überarbeitete Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag sichert meines Erachtens diese Integrationsverantwortung des deutschen Parlaments hinreichend ab, die nun freilich in der Praxis entsprechend wirksam wahrgenommen werden muss. Sollten hier größere Versäumnisse auflaufen, bleibt aber der Weg nach Karlsruhe offen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich unter Betonung einer gebotenen europafreundliche Auslegung des Grundgesetzes vorbehalten, Kompetenzüberschreitungen („ultra vires“-Verstöße) der EU abzuwehren und über die deutsche Verfassungsidentität zu wachen.

PAZ: *Was sagen Sie zu dem Vorbehalt gegen die Anwendung der EU-Grundrechtecharta, die sich der tschechische Präsident Vaclav Klaus zur Bestandswahrung der Benesch-Dekrete zusichern ließ?*

Horn: Das ist ein politisch-moralisches Armutszeugnis – und abgesehen davon ein Vorgang, dessen Vereinbarkeit mit der Europäischen Menschenrechtskonvention erst noch zu prüfen wäre.

Schumacher rotiert

Von Harald Fourier

In Hannover beunruhigen seit Montag merkwürdige Geräusche die Besucher des Friedhofs. Sie kommen vom Grab Kurt Schumachers, des ersten SPD-Vorsitzenden nach dem Krieg. Eingeweihte meinen, er drehe sich im Grab herum, seit er von dem „Spiegel“-Essay „Versöhnung ernstnehmen“ erfahren hat. Dort versucht Matthias Platzeck zu begründen, warum er mit der Linkspartei eine Koalition eingeht.

Platzeck beruft sich nämlich auf Schumacher. Ausgerechnet auf Schumacher, den aufrechten Sozialdemokraten, für den die Kommunisten „rotlackierte Faschisten“ waren!

Der brandenburgische Ministerpräsident erinnert in seinem zweiseitigen Aufsatz an ein Treffen Schumachers mit Vertretern früherer Waffen-SS-Soldaten. Dabei habe Schumacher den gut 400000 Veteranen zugesichert, er wolle ihnen den „Weg zu Lebensaussicht und Staatsbürgertum“ freimachen. Daraus machte Platzeck folgendes: So wie die Bundesrepublik einen Neuanfang mit früheren Mitläufern des NS-Regimes gemacht habe, so müsse nun auch das wiedervereinigte Deutschland Spannungen abbauen und Barrieren beseitigen. Darum gehe er mit der Linkspartei zusammen. Dies diene dem inneren Frieden unseres Landes.

Vielleicht weiß er nicht, dass der Westpreuße Schumacher selbst freiwilliger Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg war, wo er gleich zu Beginn schwer verwundet wurde. Er wurde dafür mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Schumacher wusste, was es bedeutet, Soldat zu sein. Er hat seinen rechten Arm im Gefecht verloren. Daher seine respektvolle Sicht auf Soldaten generell.

Tatsache ist allerdings auch – und das weiß Platzeck –, dass Schumacher ein überzeugter Antikommunist war, der sich eine Zusammenarbeit mit Kommunisten so wenig vorstellen konnte wie mit Nationalsozialisten. Den Veteranen der Waffen-SS, von denen viele nie gefragt wurden, zu welcher Truppe sie wollten, hat er ohnehin nur zugesichert, was für die früheren DDR-Eliten stets eine Selbstverständlichkeit war: Lebensaussicht und Staatsbürgertum. Die Soldeten der Waffen-SS, soweit sie nicht gefallen waren, kamen spätestens am 8. Mai 1945 in Kriegsgefangenschaft, selbst wenn sie persönlich völlig unschuldig waren. Von den Handlangern des SED-Regimes dagegen wurde kaum einer zur Rechenschaft gezogen, auch wenn er tief verstrickt und belastet war.

Schumachers SPD hätte niemals eine Koalitionsregierung mit einer fiktiven NSDAP-Nachfolgepartei geschlossen, die frühere Gestapo-Leute an ihrer Spitze beheimatete. Wie kann also Platzeck zu seinem Vergleich? Kaum erträglich ist die rot-rote Annäherung für Demokraten sowieso. Doch dass jemand dafür nun ausgerechnet Kurt Schumacher zur Rechtfertigung missbraucht, ist abstoßend.

Konservativer verlässt CDU

Stadtkewitz ausgetreten: Offener Streit um Anti-Islamisierungs-Veranstaltung der Fraktion



Verärgert über die Kampagne aus dem linken Flügel: René Stadtkewitz kehrte der Union den Rücken. Parteifreunde wollen ihn jedoch zurückholen. Bild: imago

Die Ex-Ausländerbeauftragte und CDU-Politikerin Barbara John hatte gegen eine vom Landtagsabgeordneten René Stadtkewitz organisierte Veranstaltung zum Thema Islamisierung öffentlich mobilisiert. Wegen angeblich zu geringer Unterstützung durch seine Partei kehrte der Konservative Stadtkewitz der Berliner CDU daraufhin den Rücken.

Der konservative Berliner CDU-Landtagsabgeordnete René Stadtkewitz hat in einem persönlichen, an Landes- und Fraktionschef Frank Henkel gerichteten Schreiben seinen Austritt aus Partei und Fraktion erklärt. Kenner der Hauptstadt-Union sehen in dem Schritt den weiteren Höhepunkt einer inhaltlichen Zerreißprobe zwischen linkem und konservativem Flügel der Spree-CDU.

Konkreter Auslöser der jüngsten Eskalation war die Frage, wie sich die Partei zum Islam und vor allem zum Islamismus stellt. Indes bezeichnen Insider Stadtkewitz' Austritt als eine Kurzschlussreaktion und hoffen auf seinen zügigen Wiedereintritt, um den sich dem Vernehmen nach zahlreiche CDU-Politiker bemühen. Bis Redaktionsschluss dauerten die Gespräche an, blieb ihr Ergebnis offen.

Für Überraschung sorgte der Austritt auch deshalb, weil der junge Landesvorsitzende Frank Henkel die Berliner Union in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit wieder stärker in Richtung eines bürgerlich-konservativen Profils entwickelt hatte. Was die Berliner zu goutieren scheinen: Seit einer jüngsten Umfrage sind die Christdemokraten wieder die Partei mit dem größten Zuspruch an der Spree.

Der Eklat hat eine abenteuerliche Vorgeschichte: Am 4. November wollte Stadtkewitz im Rahmen der CDU-Fraktion eine Veranstaltung zum Thema Islamisierung mit einem hochrangig besetzten Podium durchführen. Das gefiel der früheren Ausländerbeauftragten Barbara John (ebenfalls CDU) nicht.

Sie versuchte Berichten zufolge zunächst, dem Berliner Parlamentspräsidenten Walter Momper (SPD) weiszumachen, die geplante Veranstaltung werde nicht von der CDU-Fraktion, sondern von einem privaten Verein verantwortet. Daher dürfe er keinen Raum im Rathaus dafür zur Verfügung stellen. Momper prüfte die Behauptung und stellte fest, dass die Stadtkewitz-Veranstaltung sehr wohl von der CDU-Fraktion verantwortet wird, woraufhin er das unwahr begründete Ansinnen Johns ablehnte.

René Stadtkewitz wirft seiner (Ex-) Parteifreundin John vor, daraufhin die beiden islamistischen Organisationen DITIB und Milli Görüs angestachelt zu haben, um sie gegen die Veranstaltung aufzubringen. Nachdem diese Organisationen tatsächlich ihren Protest anmeldeten, berichteten die beiden Zeitungen „Tagesspiegel“ und „Tageszeitung“ von einem neuen ausländer- und islamfeindlichen Skandal. Daraufhin sagten die drei angekündigten Fachleute für die Podiumsdiskussion ihre Teilnahme ab. Zudem sprach der „Tagesspiegel“ von einem Zerwürfnis zwischen Stadtkewitz und dem ebenfalls konservativen Kreuzberger Abgeordneten Kurt Wansner. Beide bestreiten indes energisch, dass es je zu einem solchen Zwist zwischen ihnen gekommen sei.

> Zerreißprobe zwischen linkem und rechtem Flügel eskaliert: Der CDU-Linken Barbara John droht ein Parteiordnungsverfahren

Stadtkewitz nimmt Barbara John in seinem Austrittsschreiben heftig unter Feuer: „Seit jeher ist die weit überschätzte Politikprofessorin Frau John damit beschäftigt, dem politischen Islam in Deutschland zur Etablierung zu verhelfen und gleichzeitig Kritikern den Vorwurf des Rassismus zu machen.“ In die Stapfen Thilo Sarrazins tretend analysiert er weiter: „Die Beispiele der überdurchschnittlichen Abiturquoten von hervorragend integrierten Kindern vietnamesischer Einwanderer belegen, dass Integration funktionieren kann, und das sogar dann, wenn sich kein Ausländer- und Integrationsbeauftragter des Landes um diese Zuwanderergruppe kümmert. Deshalb muss Frau John die Frage beantworten, was ihre mehr als 20-jährige Tätigkeit der Gesellschaft gebracht hat.“ Im gleichen Sinne äußerte sich auch Wansner gegenüber dieser Zeitung.

Doch auch Unionspolitiker, die eher dem linken Flügel zugeordnet werden, bekannten Farbe für Stadtkewitz, alle Fraktionskollegen wollten ihn zur Rückkehr bewegen. Der eher links orientierte, einflussreiche Kreisvorsitzende von Zehlendorf-Steglitz, Michael Braun, appellierte ebenso an den Ausgetretenen wie der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Sascha Steuer. Ärger hingegen breitet sich an der Parteispitze über Barbara John aus. Er habe „den Kanal voll“ von ihr, sagte ein Landesfunktionär dieser Zeitung. Einige Berliner Unionspolitiker fordern sogar ein Ordnungsverfahren gegen John. *Hans Lody*

Streit am See

SPD-Politikerin sperrt ihr Grundstück ab

Seegrundstücke in unmittelbarer Nähe Berlins sind begehrt und teuer. Allerdings spazieren gern Fremde über die Parzellen. Das hat in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen geführt, ob der Zugang zu den Gewässern allen offenstehen müsse oder ob die Anlieger ihren Besitz absperren dürfen.

Im Frühjahr hat das brandenburgische Oberverwaltungsgericht (OVG) den Eigentümern Recht gegeben. Seither wurden viele Seegrundstücke eingezäunt. Linkspartei und SPD waren dagegen Sturm gelaufen.

Da platzte eine peinliche Nachricht herein: Dieser Tage wurde bekannt, dass ausgerechnet die gerade wiedergewählte SPD-Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt am Großen Glienicker See ein Wassergrundstück besitzt und tatsächlich einen Teil davon nun eingezäunt hat. Ihr Parteigenosse, der Oberbürgermeister von Potsdam, Jann Jakobs, kündigte erzürnt „ordnungsbehördliche Schritte“ gegen das „unglückliche“ Verhalten Roth-Behrendts an. Laut gültigem Bebauungsplan seien bauliche Anlagen wie solche Barrieren nämlich unzulässig – meint der Kommunalpolitiker, die Rechtsprechung des OVG nicht beachtend.

> Rot-Rot fordert, dass Gewässer für alle zugänglich bleiben

Roth-Behrendt jammert dagegen: „Ich möchte aber wenigstens einen Bereich haben, wo ich nicht wie bislang zerbrochene Flaschen, Hundekot und Kondome wegräumen muss. Das ist richtig eklig.“

Die übrigen brandenburgischen Seen-Anrainer dürften den Fortgang dieses skurrilen Zwists aufmerksam verfolgen. *HL*

»DDR kein Unrechtsstaat«

Platzecks neuer Justizminister verteidigt die SED-Diktatur

Matthias Platzecks rot-rote Regierung in Brandenburg steht. Mit Spannung war vor allem die Benennung der vier Minister aus den Reihen der Linkspartei erwartet worden. Der künftige Justizminister Volkmar Schöneburg ist zweifellos die umstrittenste Persönlichkeit. Offiziell ist er parteilos, was aber seinen Kritikern zufolge nichts zu sagen hat. 1987 promovierte er in Ost-Berlin im Fach Jura zum Thema: „Kriminalwissenschaftliches Erbe der KPD 1919 bis 1933“. Später war er Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR. Auf Vorschlag der Linkspartei wurde er im Dezember 2007 zum Richter am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg gewählt.

Zuvor hatte Schöneburg Schriften veröffentlicht, die vieles über ihn besagen. So dient seiner Ansicht nach der für die DDR verwendete Begriff Unrechtsstaat allein dazu, die DDR mit dem Dritten Reich gleichzusetzen. Der Begriff Unrechtsstaat sei eine „unwissenschaftliche, moralisierende Verdrängungsvokabel“. Übles wähnt Schöneburg in ganz anderen Ecken: Im Zuge der Aufarbeitung des in der DDR begangenen Unrechts seien die „konservativen Machtstrukturen der BRD“, die es zu verändern gelte, der Kritik entzogen worden.

> Schöneburg will die »BRD-Strukturen« aufs Korn nehmen

Die drei übrigen Linke-Minister hatten schon zu DDR-Zeiten auf eine Parteikarriere gezielt. Der neue Finanzminister Helmuth Markov etwa, 1952 in Leipzig geboren, wurde während des Studiums mit 21 Jahren SED-Mitglied. Umweltministerin Anita Tack, ein Jahr älter als Markov, schloss sich sogar schon mit 18 Jahren der SED an. Ralf Christoffers, geboren 1956 in Rostock, qualifizierte sich erst auf dem zweiten Bildungsweg für Hochschulreife und Studium. 1983 bis 1986 studierte er Gesellschaftswissenschaften an der Parteihochschule der SED und blieb dann gleich an dieser „Universität“ als Dozent. Das qualifiziert ihn in den Augen von SPD und Linkspartei, künftig das Wirtschaftsministerium des Landes zu führen.

Für die neuen und alten Minister der SPD ist die öffentliche Aufmerksamkeit in Brandenburg eher gering. Platzeck selbst und die bisherigen Minister Rainer Speer (Inneres), Holger Rupprecht (Bildung, Jugend, Sport) und Günter Baske (Arbeit, Soziales, Familie) sind weitgehend bekannt, und die beiden neuen SPD-Frauen Martina Münch (Wissenschaft) und Jutta Lieske (Landwirtschaft) sind den Lokalblättern kaum eine Randnotiz wert. *HL*

Kanzler-U-Bahn 2014 bis Alex

Statt erst 2018 sollen nun bereits 2014 U-Bahnzüge vom Berliner Alexanderplatz bis zum neuen Hauptbahnhof rollen. Damit werden Reichstag und Hauptbahnhof viel besser an das Nahverkehrsnetz der Hauptstadt angeschlossen. Unter dem Vorsitz von Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) hat der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) angekündigt, den Lückenschluss zur im vergangenen August in Betrieb genommenen „Kanzlerbahn“ bereits ab 2010 in Angriff zu nehmen. Die 2,2 Kilometer lange Stecke soll 433 Millionen Euro kosten, was an der aufwändigen Gestaltung der drei Stationen „Berliner Rathaus“, „Museumsinsel“ und „Unter den Linden“ liegt, die mit 47 bis 90 Millionen Euro zu Buche schlagen. Die Verlängerung gilt jedoch als erforderlich, weil die „Kanzlerbahn“ (vom Hauptbahnhof über Reichstag bis Pariser Platz) bislang keinen Anschluss an das übrige U-Bahn-Netz hat. *HL*

Zeitzeugen



Heinrich VIII. – Der englische König, der auch wegen seiner sechs Ehen in die Geschichtsbücher einging, löste im Jahr 1534 aus höchst egoistischen Motiven eine Kirchenspaltung aus. Da der Papst die vom König begehrte Scheidung nicht genehmigte, gründete dieser flugs die „Church of England“, die Anglikanische Kirche.

Benedikt XVI. – Der Papst beschreitet neue Wege für die Einheit der Kirche. Er setzt weniger auf immer neue Konferenzen und Papiere, sondern sucht die konkrete Einheit mit all jenen, denen es mit der Christusnachfolge ernst ist. Ihnen kommt er weit entgegen, auch wenn die Widerstände groß sind: Anfang dieses Jahres hob er die Exkommunikation der vier Bischöfe der Piusbruderschaft auf, nun erleichtert er Anglikanern den Übertritt.



George Bell – Viele Vertriebene kennen den 1883 geborenen anglikanischen Bischof als mutigen Gegner der Flächenbombardements auf deutsche Städte und der Vertreibung – wofür Winston Churchill ihn, vorsichtig gesagt, nicht liebte. Doch Bell war auch ein Vorkämpfer der Ökumene und einer der wichtigsten Verbündeten der „Bekennenden Kirche“ während der NS-Zeit. Er unterschrieb die Barmer Erklärung. Seine Intervention rettete Martin Niemöller das Leben.

Rowan Williams – Der Erzbischof von Canterbury und Primas der Anglikaner steht vor einem Scherbenhaufen. Etwa die Hälfte der rund 75 Millionen Anglikaner in 27 Teilkirchen hat sich gegen die Frauenordination und die Weihe von Homosexuellen zu Bischöfen gestellt. Hunderte von Priestern und einige Bischöfe sind bereits zur römisch-katholischen Kirche übergetreten.



Gene Robinson – Der homosexuelle Bischof aus New Hampshire (USA) hat die derzeitige Kirchenspaltung ausgelöst. Gegen das klare Votum der Anglikanischen Weltgemeinschaft von 1998 ließ er sich zum Bischof weihen. Robinson scheut sich nicht, bibeltreue Gläubige zu provozieren, etwa mit den Worten, er sei „unverschämt schwul und unverschämt gläubig“. Spaltungen sind ihm egal, wenn er nur die Kirche in seinem Sinne verändern kann.

Anglikaner in der Krise

Der Church of England droht die Spaltung – Papst freut sich schon auf »Rückkehrer«

In der anglikanischen Kirche tobt ein Richtungsstreit. Den rund 30 Millionen Anglikanern, die mit dem liberalen Kurs ihrer Kirche nicht einverstanden sind, hat Papst Benedikt XVI. nun ein für katholische Verhältnisse großzügiges Rückkehrangebot gemacht. Ein anglikanischer Bischof meinte schon, dass damit „das anglikanische Experiment vorbei“ sei.

Durch die nun angekündigte „Apostolische Konsitution“ des Vatikans können evangelische Christen leichter „in den Schoß Roms zurückkehren“. Wie bisher müssen sie den katholischen Katechismus und die Einheit der Kirche unter dem Papst anerkennen. Neu ist, dass sie künftig eine eigene rechtliche Struktur bekommen und gewohnte Riten beibehalten können.

Damit wird die englische Reformation gleichsam umgekehrt. Hatte Heinrich VIII. die Kirche seines Landes samt ihren Besitztümern „annektiert und vereinigt mit der imperialen Krone“, wie die Supreamatsakte von 1534 formulierte, so eröffnet der Papst nun gleichsam den umgekehrten Weg: Nicht nur einzelne, sondern ganze Gemeinschaften können nun die vor fast 500 Jahren vollzogene Trennung revidieren.

Der Schritt des Papstes sorgte nicht nur in Deutschland, sondern weltweit für ein lebhaftes Echo, manche Beoabchter sprechen von einem „historischen Schritt“. Konnten bisher nur einzelne Christen oder Amtsträger unter Verlust ihrer gesamten rechtlichen, kirchlichen und sozialen Bezüge in die katholische Kirche wechseln, so wird dies jetzt für große Gruppen unter weitgehender Beibehaltung ihres bisherigen religiösen Lebens ermöglicht.

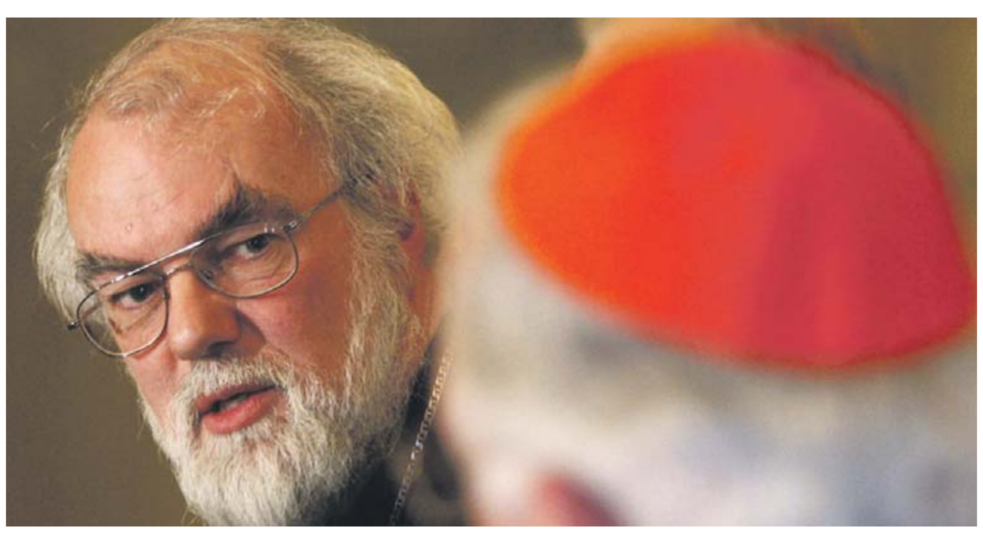
Künftiges Kirchenoberhaupt flirtet mit dem Buddhismus

Schon seit 1980 gibt es eine „Pastoral Provision“ von Papst Johannes Paul II., die es verheirateten Konvertiten erlaubte, die katholische Priesterweihe zu empfangen. Diese Möglichkeit haben in den vergangenen 30 Jahren hunderte von anglikanischen Priestern genutzt. Auch in Deutschland konvertierten schätzungsweise 20 bis 30 evangelische Pastoren aus unterschiedlichsten Gründen und arbeiten heute als katholische Priester. Nur einmal, im Jahr 1975, trat eine gesamte anglikanische Diözese, die von Amritsar im indischen Punjab, geschlossen zur katholischen Kirche über. Diese Möglichkeit der massenhaften Konversion erleichtert nun die neue Konstitution Papst Benedikts ganz entscheidend. Ungeklärt ist bisher noch die Frage der Übernahme der Kirchengebäude, der sonstigen Besitztümer und der anglikanischen Priesterweihe.

Nicht wenige Beobachter erwarten, dass die sich seit Jahren abzeichnende Spaltung der Anglikaner, die zutiefst uneins sind beispielsweise über die Frage offen homosexuell lebender Bischöfe, in der Form vollziehen könnte, dass ein Teil dieser weltweit rund 75 Millionen Gläubige zählenden Gemeinschaft zum Katholizismus zurückkehren könnte. Davor wären aber noch etliche Fragen zu klären, beispielsweise beharren auch die meisten Papst-freundlichen anglikanischen Bischöfe auf der Gültigkeit ihrer Weihe, die Rom bisher bestreitet.

Wie heikel die Konstruktion der Church of England als Staatskriche und wie angeschlagen ihre geistliche Verfassung ist, wird daran deutlich, dass das designierte Oberhaupt der Church of England, Prinz Charles, offen und öffentlich mit dem Buddhismus flirtet.

Viele wurden von dem Schritt Benedikts überrascht, so auch das anglikanische Kirchenoberhaupt Rowan Williams. Offenbar sah sich Rom unter Zeitdruck, denn gegenwärtig stehen hunderte von Priestern und Bischöfen, Millionen von Anglikanern vor der Entscheidung: Bleiben oder gehen? In großer Zahl Gebrauch werden von der neuen Möglichkeit voraussichtlich die wachsenden Kirchen der Anglikaner in Afrika, Asien und Amerika machen. Für die anglikanische Weltkirche wäre es ein kaum zu verkraftender Aderlass. *Hinrich E. Bues*



In Bedrängnis: Dem anglikanischen Erzbischof und Primas Rowan Williams entgleitet das Steuer seines Kirchenschiffs. Bild: AP

Homosexueller Bischof hat sich »verpartnert«

Wieder einmal ist es der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Ähnlich wie in der Reformationszeit der Ablasshandel ruft nun die Ordination von Frauen und Homosexuellen eine neue Spaltung der weltweiten anglikanischen Kirchengemeinschaft hervor. Das konservative und das liberale Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber.

Im Mittelpunkt des Konflikts befindet sich der erste offen homosexuelle Bischof der Anglikaner, Gene Robinson (62), der 2003 zum Bischof geweiht wurde und im Juni 2008 seinem Lebenspartner Mark Andrews das „Ja-Wort“ gab. Obwohl 1998 die „Lambeth-Konferenz“, die zentrale Versammlung der Bischöfe der Anglikanischen Weltkirche, die Weihe von Homosexuellen ausdrücklich untersagte, fühlten sich Robinson und die, die ihn weihten, nicht daran gebunden. Daraufhin boykottierten über 250 Bischöfe die Lambeth-Konferenz 2008 und hielten in Jerusalem eine Gegensynode ab. Vor allen Dingen aus den wachsenden Kirchen Asiens und Afrikas kommt der Protest. Rund 30 Millionen Anglikaner, die Hälfte der Anglikanischen Weltgemeinschaft, sind nicht mit dem Kurs des liberalen Erbischofs Rowan Williams einverstanden.

Dem Vatikan näher als dem liberalen Flügel

Von der Geschichte her besitzen die katholische Kirche und die Anglikanische Kirchengemeinschaft viele Übereinstimmungen in Dogmatik, Liturgie und Kirchenverfassung. Differenzen bestehen im Verständnis der Bibel und der Sakramente. Während Teile der Anglikaner nun eine neue evangelische Konfession gründen, streben die Anhänger der „High-Church“ in die katholische Kirche. In England gehören bereits rund ein Drittel der praktizierenden Christen zur katholischen Kirche. *H. E. B.*

100 Jahre Einheitssuche

Seit einigen Jahren stagniert die ökumenische Bewegung

Die ökumenische Bewegung beginnt nach landläufiger Meinung mit dem Jahr 1910, als sich Vertreter vieler christlicher Kirchen zu einer „Weltmissionskonferenz“ in Edinburgh (Schottland) trafen. Die Delegierten einte damals zweierlei: Der Kummer über den Skandal der gespaltenen Christenheit und der Auftrag zur Missionierung der ganzen Welt. Denn Jesus Christus verknüpft nach biblischem Zeugnis die Einheit der Christen eng mit einer erfolgreichen Missionsarbeit. Kurz gesagt: Je uneiniger, desto erfolgloser.

Seit der Trennung in eine orthodoxe und katholische Christenheit im 11. Jahrhundert und die Spaltung in katholische und evangelische Christen im 16. Jahrhundert, gibt es heute drei große Lager. Zur katholischen Kirche gehören rund 1,1 Milliarden und zu den orthodoxen Kirchen etwa 450 Millionen Christen. Die evangelische Christenheit zählt rund 550 Millionen Mitglieder. Die Lutheraner und Anglikaner, mit jeweils rund 75 Millionen Kirchenmitgliedern, bilden unter den vielen evangelischen Konfessionen zahlenmäßig relativ große Kirchen.

Die Väter der ökumenischen Bewegung versuchten die Ziele, Kircheneinheit und Mission, vor allen Dingen durch Konferenzen zu erreichen. Die Dialoge auf dieser „Konferenz-Ökumene“ führten im Lauf von Jahrzehnten zu Büchern und Papieren, manche Feindbilder konnten abgebaut werden. So wurde im Jahr 1999 in Augsburg die „Gemeinsame

Gegenseitige Feindbilder wurden abgebaut

Rechtfertigungserklärung“ zwischen Lutheranern und Katholiken unterzeichnet, in der sich die Partner versprachen, bezüglich des zentralen Streitpunktes der Reformationszeit auf gegenseitige Verurteilungen und Polemiken zu verzichten. Am letzten Wochenende wurde feierlich des Ereignisses vor zehn Jahren gedacht.

100 Jahre nach Edinburgh muss man allerdings feststellen, dass auf dem Wege der Konferenzen die gewünschte Kircheneinheit, trotz mancher Annäherungen, nicht so recht vorangekommen ist. Die Vorstellung einer Art Wiedervereinigung der Kirchen, und erst recht die Idee einer „Rückkehr-Ökumene“ unter dem Papst, ist für die meisten evangelischen Kirchenfunktionäre immer noch unannehmbar. Als Gegenmodell dient das Motto einer „Einheit in der Vielheit“, das aber nur den gegenwärtigen Status quo sichern helfen soll.

Das ursprüngliche Ziel einer Wiedervereinigung der Kirchen erhält in letzter Zeit von zwei Seiten her wieder Auftrieb. Zum einen durch orthodoxe Kirchenführer und zum anderen durch Papst Benedikt XVI. So hat sich der orthodoxe Bischof Tichon aus Bulgarien vor zwei Wochen für eine baldige Kircheneinheit ausgesprochen.

Nach einem ähnlichen Modell sollen nun die Anglikaner der katholisierenden „High Church“ die kirchliche Einheit wieder erlangen können. Sie erhalten eine eigene rechtliche Struktur in so genannten Personalordinariaten und dürfen ihre Riten beibehalten. Basis ist hier das gemeinsame Bekenntnis unter dem Papstprimat. *H. E. B.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1634**

Regieren auf Sicht

Deutsche rätseln über Schwarz-Gelb: Was will Merkel? – Franzosen verschnupft über Westerwelle

Vom gescheiterten Schattenhaushalt über den Gesundheitsfonds bis zur Steuerpolitik: Die neue, schwarz-gelbe Regierung lässt kaum klare Linien erkennen, schiebt Entscheidungen lieber auf.

Kritiker des Politikstils von Kanzlerin Angela Merkel sehen ihre Befürchtungen bestätigt. „Planlosigkeit ist ihr Prinzip, Fügung ihr Kompass, Herrschaft ihr Ziel“, schimpft „Stern“-Kolumnist Hans-Ulrich Jörges und konstatiert nach dem „Fast-Fehlstart eines verfassungswidrigen Schattenhaushalts“: „Da war das Prinzip Merkel in seiner reinen Form zu besichtigen: Regieren auf Sicht.“

Das eher nicht im bürgerlichen Lager verortete Magazin spricht damit auch manchem Wähler von Union und Liberalen aus der Seele. Nicht allein die schnell wieder kassierte Idee eines „Sondervermögens“ zur Tarnung neuer Schulden erregte ihr Misstrauen. Vieles, was Unionsanhänger zuvor noch als unvermeidbares Zugeständnis an den roten Koalitionspartner geschluckt hatten, entpuppt sich nun als deren eigenes Anliegen.

So etwa das Festhalten am Gesundheitsfonds: Nur die FDP will ihn auf jeden Fall abschaffen, die CSU mag ihn zwar nicht besonders und möchte ihn zumindest regionalisieren, sie lehnt aber die von der FDP gewollte „Kopfprämie“ noch mehr ab als den Fonds, den nur die CDU bis aufs Messer verteidigt. Was am Ende herauskommt, steht in den Sternen.

Ähnliches gilt für die Steuerpolitik. Nachdem eine grundlegende Steuerreform („einfacher, gerechter“) zunächst ins Jahr 2011 verschoben wurde, gab Finanzminister Wolfgang Schäuble zuletzt die Parole aus: nicht vor 2013. Eine klassische Null-Aussage, denn 2013 endet bekanntlich die Wahlperiode dieser Regierung. Dass für die weitere Planung in Steuerfragen der Wahltermin in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 von Anfang an eine bestimmende Rolle spielte, verstärkt noch den Eindruck, dass hier mehr bekenntnislose Machtstrategie denn inhaltliche Überzeugung die Feder führt.

In dieses Bild passen auch die paar Nettigkeiten für Gastwirte, Apotheker oder Steuerberater, die auf Wunsch der FDP ins Koalitionspapier aufgenommen wurden. Das wichtige Vorhaben breiter Steuerentlastungen hingegen droht im Kugelhagel der CDU-Länderfürsten ein jähes Ende zu finden.

Sechs Kommissionen hat die Koalitionsrunde gebildet, um strittige Fragen später zu klären. Insgesamt 84 Prüfaufträge sind den Beratungsgremien auf den Weg gegeben worden. Spötter bezeichnen dies als „Kommissionitis“ und halten es für den Beweis der Planlosigkeit im zweiten Kabinett Merkel. Wo so viel nachverhandelt werden müsse, da wisse offenbar keiner, wohin es gehe, lautet das Urteil. Gnädigere Stimmen erinnern dagegen an die Erfahrungen mit dem „Basta-Kanzler“ Gerhard Schröder. Der habe wichtige Entscheidungen im Hauruck-Verfahren getroffen, um seine Entschlusskraft in Szene zu setzen. Das Resultat seien unzulängliche Gesetze, die nach ihrem Inkrafttreten nachbehandelt werden mussten. Als abschreckendes Beispiel werden die so genannten Hartz-Gesetze genannt: Die aus diesem mit heißer Nadel gestrickten Werk hervorgegangenen „Jobcenter“ wurden vom Bundesverfassungsgericht für grundgesetzwidrig erklärt und müssen bis Ende 2010 abgeschafft werden. So beschäftigt ein Schnellschuss der Schröder-Ära noch die übernächste Nachfolge-Regierung.

> »Sie ist die Königin der Mitte, weil sie selbst die Mitte ist«

Es sind indes auch weniger die fehlenden Entscheidungen, die den Eindruck von der neuen Regierung trüben, sondern das Gefühl, dass die große Linie fehlt. Weder eine Sachverständigenkommission noch ein interministerieller Arbeitskreis könnten, so mahnt der Berliner Wirtschaftsprofessor Gert G. Wagner in der „Welt“, stellvertretend für die Politik Grundsatzentscheidungen treffen.

Im Ausland fallen die Beurteilungen der neuen deutschen Regierung günstiger aus als daheim. Dies mag zum einen daran liegen, dass die zahlreichen Details, welche die deutsche Debatte anheizen, aus der Entfernung sehr viel schwächer wahrgenommen werden. Zudem ist einstige Kritik an den „verkrusteten“, „veralteten“ Strukturen in Deutschland leiser geworden, seit vor allem solche Länder tief in die Krise geschlittert sind, die sich den Deutschen stolz als Vorbilder für den erfolgreichen Strukturwandel empfahlen.

Der neue Außenminister Guido Westerwelle hat indes schon für Irritationen gesorgt, als er seinen ersten Staatsbesuch nicht (wie traditionell seine Vorgänger) in Paris, sondern in Warschau machte. Die in solchen Fragen empfindlichen Franzosen könnten ihm das noch heimzahlen. Ob ausgerechnet Polen dann an seiner Seite stehen wird, bleibt den bisherigen Erfahrungen zufolge fraglich.

Mit unverhohlener Belustigung beschreibt die „Frankfurter Allgemeins Sonntagszeitung“ („FAS“) Westerwelles Debüt beim EU-Gipfel in Brüssel: „Er gibt sich ganz verblüfft und die Kanzlerin bewundernd, was für eine besondere Rolle Deutschland in der EU spiele.“ Darüber könne sonst niemand staunen, fügt die „FAS“ an und gibt damit ihrer geringen Meinung von den außenpolitischen Vorkenntnissen des frischgebackenen Chefdiplomaten zu Protokoll. Auch wurde verschiedentlich bemerkt, wie erpicht der FDP-Chef darauf war, dass ihn die Medien englisch reden hören. Dies deuteten die Kommentatoren als Ausdruck mangelnder Souveränität.

Kanzlerin Merkel hingegen genießt im Ausland nach ihrem neuerlichen Sieg eine gelegentlich fast ins Mystische gehende Bewunderung. „Sie ist die Königin der Mitte, und sie ist die Königin, weil sie selbst die Mitte ist“, schwelgt die Madrider Zeitung „El País“. *Hans Heckel*



Vertrautes Terrain: Beim EU-Gipfel führte Merkel Westerwelle in die Geflogenheiten ein. Bild: pa

MELDUNGEN

Kein Zuschuss für Befruchtung

Berlin – Die noch im Entwurf zum Koalitionsvertrag vorgesehene bundesweite staatliche Bezuschussung künstlicher Befruchtungen wird nun doch nicht kommen. Man habe sich nicht einigen können, heißt es in Regierungskreisen. Seit 2004 zahlen die gesetzlichen Krankenkassen nur noch die Hälfte der Behandlungskosten und ab der vierten Befruchtung gar nichts mehr. Dadurch fiel die Zahl der Eingriffe auf die Hälfte, rund 10000 Kinder wurden pro Jahr weniger geboren. Allein Sachsen bezuschusst die Befruchtungen seit vergangenen März wieder. Die Zahl der Behandlungen habe seitdem um 30 Prozent zugenommen, so Sachsens Sozialministerin Christine Clauß (CDU). Clauß bezeichnete den Entschluss der schwarz-gelben Koalition als „Armutszeugnis“. *H.H.*

Wechseldusche für Lieberknecht

Erfurt – Einen holprigen Start hat die CDU-SPD-Koalition in Thüringen hingelegt: Zuerst fehlten der einzigen Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten, Christine Lieberknecht, zweimal je vier Stimmen der eigenen Leute – das war genau eine zu wenig für die Wahl mit der absoluten Mehrheit von 44 Stimmen. Im dritten Wahlgang, in dem sogar die einfache Mehrheit genügt hätte, wendete sich das Blatt komplett. Die spontane Kandidatur von Bodo Ramelow (Linke), der offenbar hoffte, in einem Überraschungscoup Regierungschef werden zu können, um dann anschließend doch noch ein rot-rot-grünes Bündnis zu schmieden, führte zur Solidarisierung mit Lieberknecht: Sie erhielt nun plötzlich 55 Stimmen, vermutlich sieben von der FDP und elf eigenen. Im Ergebnis könnte der ungewöhnliche Wahltag Lieberknecht gestärkt haben. *K.B.*

Russki-Deutsch (41):

Mitschurin

Von Wolf Oschlies

Mitschurin hat festgestell / Dass die Butter Gift enthält / Um das Volk nun zu gesunden / Ist die Butter ganz verschwunden“ – lautete eine Version eines Spottliedes, das in den frühen 1950er Jahren in der DDR auf den russischen Pflanzenzüchter Iwan Mitschurin gesungen wurde. In etwa glichen die Lieder über Mitschurins Feststellungen den Songs über die Erfindungen des Sanitätsgefreiten Neumann – mit dem Unterschied, dass es Mitschurin wirklich gegeben hat. Er lebte von 1855 bis 1935 und entwickelte in diesem Leben durch geschickte Kreuzungen etwa 300 frostresistente Obstsorten, die dem Obstbau im rauen russischen Klima Fortschritte verschafften.

Mitschurin konnte und erreichte nicht mehr als viele deutsche Gärtner, was den Hohn erklärte, mit dem seine „genialen“ Kreuzungen von Deutschen kommentiert wurden: „Mitschurin, der Erfinder des hochstämmigen Bratkartoffelbaums“ – hörte ich damals in Thüringen, dessen fleißige und geschickte Menschen für sowjetische „Errungenschaften“ wenig, wenig übrig hatten. Darum blieben wir Thüringer Schüler wohl auch von den „Mitschurin-Gärten“ verschont, die ab 1951 in der DDR angelegt wurden, aber infolge Desinteresses von Lehrern und Schülern wieder verödeten.

Mitschurin war kein stalinistischer Scharlatan, hielt aber irrtümlich seine Veränderungen an Pflanzen für erblich. Das gefiel Stalin und seinen „wissenschaftlichen Hofnarren um den Biologen Lysenko, brachte aber die „Mitschurinsche Wissenschaft“ in Gegensatz zur klassischen Genetik, wie diese von dem deutschen Mönch Gregor Mendel entwickelt worden war. Das schützte die DDR jedoch nicht davor, den Unsinn der damaligen Sowjet-Biologie mitmachen zu müssen, auf den die chronische Nahrungsmittelkrise des Ostens zurückging:: „Jarowisiertes“ (vorgeheiztes) Getreide verfaulte nach der Saat im Boden, ungezählte Rinder erfroren im Winter in „Offenställen“. In Aleksandr Dowtschenkos Film „Mitschurin – Die Welt soll blühen“ (1948) war davon keine Rede. Heute wird der Streifen nur darum noch erwähnt, da die Filmmusik von dem russischen „Jahrhundertkomponisten“ Schostakowitsch stammte. Mit der Melodie der Mitschurin-Spottlieder war sie nicht identisch.

Reformstillstand

EKD-Synode ohne neue Perspektiven

Die Wahl der neuen Ratsvorsitzenden Margot Käßmann und des neuen Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) stand eindeutig im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung der Synode vom 25. bis 29. Oktober in Ulm. Daneben diskutierten die Synodalen jedoch auch über das Ehrenamt, den Rechtsextremismus und den Haushalt 2010.

> Warnung vor den Rechtsextremen

Mit einem Zitat des Reformators Johannes Calvin, dessen 500. Geburtstag dieses Jahr gefeiert wird, führte Vizepräsident Klaus Winterhoff in die Haushaltsberatungen ein: „Die Fürsten sollen eingedenk bleiben, dass ihre Staatseinkünfte keine Privatkassen sind, sondern vielmehr Schatzkammern des ganzen Volkes, die sie ohne offenkundiges Recht nicht vertun oder verschwenden können.“ Wo es im Haushalt mit einem Gesamtvolumen von rund 182 Millionen Euro Einsparmöglichkeiten oder gar Verschwendungen gebe, kam allerdings nicht zur Sprache. Dabei sieht die finanzielle Zukunft der EKD angesichts von Wirtschaftskrise und Steuerreformplänen der neuen Regierung nicht gerade rosig aus. Für 2010 wurden dennoch 42 Millionen Euro für Projekte des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und 14,6 Millionen Euro für Öffentlichkeitsarbeit, darunter vier Millionen für das Magazin „Chrismon“, bewilligt.

Die Synode bezeichnete das ehrenamtliche Engagement als „zentralen Ausdruck des Glaubens“. Gerade ein sich immer stärker ausdifferenzierendes und individualisierendes Gemeinwesen sei auf dieses Engagement angewiesen. Über Allgemeinplätze wie: „sich zu engagieren ist Ehrensache – es geschieht freiwillig, öffentlich, gemeinwohlorientiert, unentgeltlich“ kamen die Synodalen dabei jedoch nicht hinaus.

Beunruhigt zeigte sich die Synode der EKD über rechtsextremes Gedankengut, das sich vermehrt in brutalen Gewalttaten, antichristlichen Ressentiments und Vorfällen äußere. Ähnliche Phänomene von linksextremer Seite behandelten die Synodalen ebenso wenig wie den gegenwärtigen Stillstand der zentralen Reformvorhaben der EKD, die der ehemalige Ratsvorsitzende Wolfgang Huber mit seinem Konzeptpapier „Kirche der Freiheit“ (2006) anstoßen wollte. *HEB*

Neue Ehrung

Menschenrechtspreis für Herta Müller

In diesem Jahr konnte sich der Bund der Vertriebenen über ein reges Medieninteresse bei der Verleihung seines Franz-Werfel-Menschenrechtspreises freuen. Die von der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV) verliehene Ehrung war jedoch nicht nur wegen der Preisträgerin, der in Rumänien geborenen Literaturpreisträgerin Herta Müller, so vielen Zeitungen einen Bericht wert, es war vor allem ihre bei diesem Anlass geäußerte Kritik an der Evangelischen Kirche.

> Die Entscheidung fiel »vor Stockholm«

Bereits Tage vor der Verleihung des Literaturnobelpreises hatte sich die Jury des ZgV entschieden, Herta Müller zu ehren. Obwohl sie keine Unterstützerin des ZgV ist, überzeugte ihr neuer Roman „Atemschaukel“ derart, dass sie nun in der Frankfurter Paulskirche geehrt wurde. Müllers Schilderung der Deportationen von Rumänien-Deutschen in sowjetische Lager würde den Erniedrigten und Ermordeten Gehör schaffen, so der aus Bulgarien geflohene Laudator Ilja Trojanow.

Gehör verschaffte sich dann auch Herta Müller. Sie berichtete von einem Tonband, das man ihr kurz zuvor anonym zugespielt habe. In dem Telefonat-Mitschnitt aus dem Jahr 1989 zwischen dem damaligen evangelischen Bischof in Rumänien und dem schaumburg-lippischen Bischof Joachim Heubach droht der rumänische Kirchenvertreter mit der Aufkündigung der Zusammenarbeit, falls die seit 1987 in Deutschland lebende Müller zum Forum „Die rumänische Wohnung im europäischen Haus“ beim Deutschen Evangelischen Kirchentag geladen würde. Dies Telefonat würde erklären, so Müller, warum sie damals kurzfristig mit der Begründung, sie sei nicht evangelisch, sondern katholisch, ausgeladen worden sei.

Kirchentagssprecher Rüdiger Runge, 1989 als Referent dabei, hält Müllers Darstellung für unwahrscheinlich. Erstens tauche ihr Name in dem Monate zuvor gedruckten Programmheft nicht auf und zweitens hatte Heubach gar nichts mit dem Kirchentag zu tun. Allerdings ist es unbestritten, dass es im Vorfeld des Kirchentages Gespräche mit rumänischen Behörden gab. Selbst das Auswärtige Amt intervenierte aus Sorge um das Wohl der nicht-orthodoxen Kirchen in Rumänien. *Bel*

MELDUNGEN

EU uneins über Klima

Brüssel – „Angela Merkel hat für heute als Klimakanzlerin abgedankt", giftete die Grünen-Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms anlässlich des EU-Gipfels. Sie gibt der Deutschen eine Mitschuld an den nur vagen Finanzzusagen der EU an die Entwicklungsländer im Rahmen künftiger Klimaabkommen. Die Politiker gehen davon aus, dass der Klimaschutz die armen Länder der Welt ab 2020 rund 100 Milliarden Euro pro Jahr kosten wird. Von dieser Zusatzlast wollen die Industrienationen 20 bis 50 Milliarden Euro übernehmen, etwa ein Drittel davon soll auf die EU entfallen. Eigentlich hatten sich die 27 EU-Staaten vor dem zwölftägigen Weltklimagipfel in Kopenhagen im Dezember schon auf eine gemeinsame Summe einigen wollen. *Bel*

Viele Russen wollen gehen

Moskau – Wie das Levada-Institut für Meinungsforschung ermittelte, würden 13 Prozent der erwachsenen Russen gerne auswandern. Und sogar 30 Prozent aller russischen Eltern spornen ihre Kinder an, gut zu lernen, damit sie in Zukunft einen Studien- und Arbeitsplatz im Westen finden. Vergeblich bittet Präsident Dmitrij Medwedjew seine Landsleute in den USA und Deutschland, zu Mütterchen Russland zurückzukommen. Dieser Trend ist nicht neu: Im alten Russland war der Moskauer Wladimir-Trakt die Straße, über die Verbannte nach Sibirien kamen. 1919 wurde er in „Chaussee der Enthusiasten" umbenannt und mit Fabriken und Instituten zugebaut. Seit Jahren ist die Chaussee ein Symbol für russisches Elend: Fabriken pleite, Institute sind „Museen" für veraltete Labortechnik, Gebäude menschenleer. Seit 1990 hat Russland über eine Million Fachleute eingebüßt. *W.O.*

Ein doppeltes Spiel

Russland und China haben vorerst kein Interesse, den Iran in der Atomfrage unter Druck zu setzen

Das Atomprogramm des Iran schreitet weiter voran, doch die Reaktion der internationalen Gemeinschaft bleibt mehr als verhalten. Zu unterschiedlich sind die Interessen der Beteiligten.

Ende Oktober berieten die Vertreter der USA, Russlands, Chinas, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands in einer Telefonkonferenz über das Vorgehen in Sachen Iran. Teheran hat zwar vier Kontrolleuren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Einlass in die Atomanlage nahe der iranischen Stadt Ghom gewährt, doch beruhigt dies die fünf UN-Vetomächte und Deutschland keineswegs. Nicht nur sie sind äußerst skeptisch, ob die iranischen Beteuerungen zutreffen, die Urananreicherung im eigenen Land diene nur der Energiegewinnung. Vor allem in Israel ist man überzeugt, dass der Iran die Atombombe will.

Der Tenor des Telefongespräches war, dass „Einigkeit" über das weitere Handeln nötig sei. Doch schon diese überaus knappe Bilanz der Beratungen verdeutlicht, wie weit man von genau dieser Einigkeit entfernt ist. Zu den wenigen echten Konsenspunkten der Verhandlungspartner gehört offenbar, dass ihnen die Führung des Iran suspekt ist. Der Staat wird seit der islamischen Revolution von 1979 von einem Obersten Rechtsgelehrten aus dem schiitischen Klerus geführt. Staatsoberhaupt Ali Chamenei ist zudem Oberkommandierender der Streitkräfte. Im Westen ist zwar Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad präsenter, doch seine Worte und Taten sind keineswegs dazu angetan, Vertrauen in die Absichten des Landes zu gewinnen. Die gewaltsam bekämpften Demonstranten nach den Präsidentschaftswahlen im Sommer verdeutlichen den autoritären Führungsstil der Machthaber.

Mit dem rabiaten Führungsstil in Teheran hat China keine Probleme, und auch das iranische Streben nach eigenen Kernkraftwerken stößt dort auf Zustimmung. So wird vermutet, dass die Atomanlage in Ghom mit chinesischer Hilfe entstanden ist. Offiziell jedoch debattiert Peking mit den anderen UN-Vetomächten darüber, wie man den Iran davon abhalten könne, eigene Atomanlagen zu bauen.

Auch Russland spielt ein doppeltes Spiel. Zwar ist es dafür, Druck auf den Iran auszuüben, gleichzeitig solle man aber mehr Geduld mit dem Land haben. Nachdem die Mullahs Moskau mehrfach brüskiert haben, ist auch die Langmut des Kreml nicht mehr grenzenlos. Gleichzeitig ist der Iran jedoch ein guter Geschäftspartner – vor allem im Waffengeschäft –, den Russland in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht vergraulen will. Auch hier gibt es Gerüchte. So hatte das verschwundene Frachtschiff „Arctic Sea" neben Holz angeblich auch russische S-300-Raketen für den Iran geladen, die der israelische Mossad rechtzeitig an sich genommen habe.



Ersatzanlage: Für den Fall, dass Israel die seit Jahren bekannte Atomanlage Natans zerstören sollte, haben die Iraner nahe der Stadt Ghom bereits eine zweite gebaut, wie Teheran im September bekanntgab. Bild: Getty

Sollte das stimmen, triebe Moskau mehr als nur ein doppeltes Spiel zum Nutzen der eigenen Rüstungsindustrie. Denn gerade Flugabwehrraketen untergraben Überlegungen der internationalen Gemeinschaft, das Atom-Programm des Iran notfalls durch Luftangriff zu stoppen. Und auch wenn ein Angriff mit Uno-Mandat vorerst so gut wie ausgeschlossen ist – schließlich können sich die Vetomächte nicht einmal auf Sanktionen einigen –, darf Russland nicht diese letzte Option durch Lieferung von S-300-Raketen noch mehr erschweren. Allerdings ist Israel momentan auch das einzige Land, in dem über militärische Attacken zur Verhinderung einer iranischen Atombewaffnung nachgedacht wird. Die USA geben sich seit dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama milde gegenüber Teheran.

Sogar in den USA selbst ist dieser neue „Schmusekurs" umstritten. Hatte US-Präsident George W. Bush noch Militärschläge angedroht, mag sein Nachfolger Barack Obama noch nicht einmal über Sanktionen reden. Dabei haben Republikaner und Demokraten bereits Pläne erarbeitet. Dem US-Senat liegt ein Gesetzentwurf über den Stopp ausländischer Benzinexporte in den Iran vor. Da das Land 40 Prozent seines Benzinbedarfes importieren muss, wäre dies ein schwerer Schlag für das Land, das politisch bereits instabil ist, wie die Demonstrationen im Sommer gezeigt haben.

Zudem wäre es möglich, ausländische Investitionen in den Iran zu reduzieren, internationale Flüge zu stoppen, iranische Ölexporte einzuschränken und Auslandsvermögen einzufrieren. Doch all das würde auch die Interessen der sechs Verhandlungspartner treffen. Gerade Russland und China machen blühende Geschäfte mit dem Iran, und selbst in Deutschland sind iranische Investoren willkommen, beispielsweise um angeschlagene Unternehmen zu stützen. Und so bot man dem Iran jetzt den Kompromiss, dass die Islamische Republik 1,2 Tonnen niedrig angereichertes Uran nach Russland bringt, wo es auf knapp 20 Prozent angereichert und in Frankreich zu Brennelementen weiterverarbeitet werden solle. Russland und Frankreich sagt dieser Vorschlag zu, schließlich eröffnet er ganz legale Verdienstmöglichkeiten, die zudem im Sinne des Weltfriedens sind.

Iran hingegen verlangt Änderungen am Kompromiss, bedeutet er doch, so wie er jetzt ist, das Aus der eigenen Atompläne. Doch da der Druck der untereinander uneinigen Verhandlungspartner äußerst sanft ist, besteht für Teheran keine Notwendigkeit zum Einlenken.

Selbst ein Angriff Israels ist unwahrscheinlich, benötigt Tel Aviv doch Überflugrechte des Irak und Saudi-Arabiens. Aber der Irak wird sich hüten, dadurch die sunnitisch-schiitischen Konflikte im Land zu schüren. Und auch wenn dem wahabitisch-sunnitischen Saudi-Arabien der schiitische Iran als neue Atommacht widerstrebt, so bedeutet das für Riad noch lange nicht, ausgerechnet den Israelis den Weg für einen Angriff auf das muslimische Land zu öffnen. *Rebecca Bellano*

Fortschritte

Moskau erhält Zustimmung für Pipelines

Die beiden großen russischen Pipeline-Projekte Nord Stream und South Stream machen Fortschritte. Vor allem der Bau der South-Stream-Gaspipeline scheint nach Besuchen von Präsident Dmitrij Medwedew und Premier Wladimir Putin in den beteiligten Ländern näherzurücken.

Der türkische Präsident Abdullah Gül stimmte in einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Medwedew geologischen Arbeiten für South Stream in türkischen Hoheitsgewässern des Schwarzen Meeres zu. Im August war es Wladimir Putin bereits gelungen, dafür eine Vorvereinbarung mit Premier Recep Tayyip Erdogan zu treffen. Im Gegenzug sagte Moskau der Türkei seine Unterstützung für den Bau der Ölpipeline von Samsun durch das Schwarze Meer nach Ceyhan am Mittelmeer zu.

Ebenfalls in der vergangenen Woche wurde in Serbien im Beisein von Präsident Medwedew der Vertrag zur Gründung eines russisch-serbischen Gemeinschaftsunternehmens unterzeichnet. An dem Joint-Venture von Gazprom und dem serbischen Energiekonzern Srbijagas hält Gazprom 51 Prozent. Damit sieht es im Augenblick so aus, als könnte South Stream schneller verwirklicht werden als das europäische Konkurrenzprojekt Nabucco, mit dem Gas aus dem Iran und Aserbeidschan an Russland vorbei nach Europa befördert werden soll. Allerdings könnten die Türkei und Bulgarien als „Wackelkandidaten" die Realisierung von South Stream noch gefährden, denn beide unterstützen auch das Nabucco-Projekt. Der Bau der South-Stream-Pipeline soll Ende 2010 beginnen.

Im Norden Dänemark – im Süden Serbien

Für den Bau der Ostseepipeline fehlen Moskau noch ökologische Gutachten aus Finnland, Schweden, Deutschland und Russland selbst. Auch hier kann der Kreml nach Putins Besuch vom September bei seinem dänischen Amtskollegen Laekke Rasmussen aber einen Erfolg verbuchen: Dänemark stimmt nun dem Verlauf der Pipeline auf dem Grund der Ostsee nahe der Insel Bornholm zu. Gazprom schloss dafür mit dem dänischen Staatskonzern DONG Energy einen langfristigen Vertrag ab, der eine Verdopplung der Liefermenge bis 2012 vorsieht. *MRK*

Regierungskrise

Koalition in Rumänien zerbrochen

Nach nur zehn Monaten ist Anfang Oktober die rumänische Regierungskoalition zwischen der Demokratisch-Liberalen Partei (PD-L) und der Sozialdemokratischen Partei (PSD) zerbrochen. PSD-Chef Mircea Geoana trat mit seinen neun PSD-Ministern aus Protest gegen die Entlassung des sozialdemokratischen Innenministers Dan Nica zurück. Dieser soll durch seine laxe Amtsführung der Kriminalität Vorschub geleistet haben. Andere sagen, PD-L-Chef und Premier Emil Boc habe das Amt nur für einen Parteifreund freimachen wollen. Boc regierte in einer Minderheitenregierung weiter, bis ihn Mitte Oktober ein von der Opposition eingebrachter und mit 254 Stimmen gewonnener Misstrauensantrag zum Rücktritt zwang. Rumänien steckt seitdem in einer politischen Krise, und das knapp einen Monat vor der Präsidentschaftswahl.

Deutscher beinahe Premier

Die Opposition, die eine Zweidrittelmehrheit besitzt, schlug daraufhin den parteilosen Klaus Johannis, den erfolgreichen Bürgermeister von Hermannstadt, als Übergangspremier vor. Der Siebenbürger Sachse war kurz zuvor mit 88 Prozent zum dritten Mal als Bürgermeister bestätigt worden.

Mit dem Vorschlag der Parlamentsmehrheit erklärten sich in einer Umfrage 45 Prozent der rumänischen Wähler einverstanden, 24 Prozent waren dagegen. Zwar wollen die Bürger eine Regierung von Fachleuten mit einem parteilosen Premier, doch Präsident Basescu will nach dem Sturz des von ihm inthronisierten Boc kurz vor der Präsidentenwahl keinem Kandidaten der Opposition, sondern einem eigenen Favoriten den Regierungsauftrag erteilen.

Er könne nur akzeptieren, dass jetzt, wo die Wirtschaft im freien Fall sei, eine Regierung ohne erfahrene Politiker regiere, so der Präsident. Es reiche, wenn sein Wunschkandidat, der Finanzexperte Lucian Croitoru, der einzige Parteilose sei. Dieser war zuvor beim Internationalen Währungsfonds und soll seine Kontakte nutzen, um seinem finanziell klammen Land Gelder zu beschaffen.

Johannis kann mit dieser Entscheidung seine landespolitischen Ambitionen abschreiben. Ein Leser der rumänischen „E-Presse" schrieb: "Es war ein sehr schöner Traum. Aber leider kann Herr Iohhanis (sic!) sein deutsches Blut nicht seinen Mitarbeitern übertragen." *Ernst Kulcsar*

Kampf ums Wasser

Palästinenser werden diskriminiert

In einem Bericht vom 27. Oktober (abrufbar unter www.amnesty.org) geht Amnesty International ausführlich auf die Diskriminierung der Palästinenser bei der Wasserzuteilung im besetzten Westjordanland und im Gaza-Streifen ein.

Der Bericht erhält besondere politische Brisanz dadurch, dass die Regierung Obama nun nicht einmal mehr die Einstellung des israelischen Siedlungsbaus als Vorbedingung für „Friedensgespräche" mit der Marionettenregierung von „Palästinenser-Präsident" Mahmud Abbas ansieht und dass Enteignungen und Hausabbrüche in arabischen Quartieren unvermindert weitergehen.

Israel kontrolliert die Reserven

Der 90-seitige Bericht, der auch Illustrationen sowie Kartenmaterial über die hydrologischen Verhältnisse und über die Zerstückelung der besetzten Gebiete durch 500 000 israelische „Siedler" umfasst, belegt, dass Israelis pro Kopf viermal so viel Wasser wie Palästinenser erhalten – für die einen Swimming-Pools und künstlich bewässerte Plantagen, für die anderen verdorrende Felder und Haine. Viele Palästinenser sind zudem von Trinkwasser aus Tankwagen abhängig, die wegen der Straßensperren oft lange Umwege fahren müssen, und viele können sich die nötigsten Mengen selbst in minderer Qualität kaum leisten.

Israel, das die Wasserreserven fast vollständig kontrolliert, nennt den Bericht voreingenommen und falsch. Man gebe den Palästinensern ohnehin mehr, als ihnen gemäß dem Oslo-Abkommen von 1993 zustünde, und außerdem sei der Unterschied im Wasserverbrauch „nicht so groß wie von Amnesty angegeben".

Mark Regev, Pressesprecher von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, konterte Vorwürfe mit der Frage: „Wer sagt denn, dass die Palästinenser ein Recht auf die Grundwasserströme haben?" Die Palästinenser seien selber schuld, weil sie ihr Leitungssystem nicht in Ordnung hielten.

Zu ergänzen wäre allerdings, dass Leitungen und Behälter vorzugsweise durch Militärschikanen zerstört und Ersatzteillieferungen verhindert werden. Ein großer Teil des von Israelis verbrauchten Wassers stammt außerdem von den von Israel völkerrechtswidrig annektierten syrischen Golan-Höhen. *RGK*

Die Bankenkrise ist nocht nicht vorbei

Harte Sanierung bei den Landesbanken – In den USA wieder so viele Subprime-Kredite wie 2006

Als erstes hat es die WestLB erwischt: Die EU-Wettbewerbskommission verlangt die Halbierung der Bilanzsumme und einen Eigentümerwechsel.

In den USA ist es wieder passiert: Mit der Insolvenz der Mittelstandsbank CIT muss der US-Steuerzahler die größte Pleite seit Lehman verkraften. Einzig positiv ist, dass diese Insolvenz nicht so überraschend kam und keine gravierenden weltweiten Auswirkungen haben wird.

Der Fall CIT zeigt jedoch: Die Krise ist noch nicht vorbei. Zumal bekannt wurde, dass der Anteil der Subprime-Darlehen auf dem US-Hypothekenmarkt wieder auf etwas mehr als 20 Prozent gestiegen ist. Jene Kredite von Hausbesitzern mit geringer Bonität, die die Finanzkrise ausgelöst haben, haben somit schon wieder das Niveau von 2006 erreicht – also kurz bevor das Desaster seinen Anfang nahm. Da gut 95 Prozent aller Hypotheken derzeit von den verstaatlichten Immobilienfinanzierern Fannie Mae und Freddie Mac ausgegeben sind, sind in diesem Bereich allerdings keine Bankeninsolvenzen zu erwarten, denn der US-Staat haftet unbegrenzt. Doch das gilt nur in der Theorie, da auch die hinter dem US-Staat stehenden Steuerzahler bis an ihre Grenzen belastet wurden.

Auch der deutsche Steuerzahler kann errechnen, dass die Staatsverschuldung sich am Ende dieses Jahrzehnts im Vergleich zu 2000 beinahe verdoppelt haben wird. Derzeit ist es jedoch schwer zu überblicken, wie teuer die Finanzkrise und ihre Folgen sein werden. Zwar wird keine Bankenpleite erwartet, doch wie der Fall Lehman zeigte, hat auch das nichts zu bedeuten. Der Chef der Bankenaufsicht BaFin, Jochen Sanio, geht sogar davon aus, dass „uns in den nächsten Jahren noch die eine oder andere Bank vor die Füße fallen wird“. Die Finanzkrise sei bereits das Ergebnis einer Strategie, ertragsschwaches inländisches Geschäft durch riskante Anlagen im Ausland zu ersetzen. Doch die neue Bundesregierung schätzt das Urteil der BaFin nicht mehr sonderlich. Die dem Finanzministerium unterstehende Behörde hat schließlich genügend Warnzeichen im Vorfeld der Finanzkrise nicht rechtzeitig erkannt. Daher will Schwarz-Gelb auch die Bankenaufsicht verstärkt in die Hände der Bundesbank geben. Das hat nebenbei den Vorteil, dass im Falle von Fehlern die unabhängige Bundesbank allein die Schuld trägt und außerdem das Parlament nicht die gleichen Auskunftsrechte hat wie bei der BaFin.

„Aus der Phase des akuten Krisenmanagements sind wir heraus. Wir müssen uns jetzt der Krisenprävention zuwenden – national wie international“, betont derweil der Präsident des Bankenverbandes, Andreas Schmitz. Und die in den nächsten Tagen zu erwartenden Zahlen für das dritte Quartal der meisten privaten Banken, Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken dürften sogar Optimismus aufkommen lassen. Selbst die aufgrund der Fusion mit der Dresdner Bank unter Druck geratene Commerzbank hat ihre Staatsgarantien zurückgeben können. Doch während die Deutsche Bank im dritten Quartal bereits wieder 1,4 Milliarden Euro Gewinn verbuchen konnte, waren es bei der immer noch mit 18 Milliarden Euro Direkteinlage vom Staat gestützten Commerzbank 1,05 Milliarden Euro Verlust. Da die Bank Milliarden des Staates, der sie übrigens selber zuvor am Kapitalmarkt leihen musste, nur bei Gewinn verzinsen muss, entgehen dem Bund diese Zinsen nicht nur, sondern er muss sie selber an seine Kapitalgeber zahlen. Zwar ist immerhin der Bankenrettungsfonds Soffin aufgrund der gezahlten Gebühren der Garantienehmer mit gut einer halben Milliarde im Plus ohne bisher als Bürge groß haften zu müssen. Doch angesichts der Milliardeneinlagen bei der Commerzbank, der Staatsbank KfW mit der vor kurzem an einen Finanzinvestor verkauften Mittelstandbank IKB und vor allem der Hypo Real Estate (zuletzt 130 Milliarden Euro) ist schwer zu sagen, ob und wann der Staat diese Gelder je vollständig zurückerhält.

Commerzbank braucht Zinsen an den Staat nicht zahlen

Und dann gibt es ja auch noch die Landesbanken. Die BayernLB machte gerade wieder Negativ-Schlagzeilen, als Ende Oktober die Staatsanwaltschaft die Büroräume der Chefetage durchsuchte. Es ging um einen zu hohen Preis beim Erwerb der österreichischen Tochter Hypo Group Alpe Adria, die von der BayernLB gerade mit einer Milliarde Euro gestützt werden musste. Zuvor hatte die BayernLB selbst vom Freistaat Bayern mit zehn Milliarden vor dem Aus gerettet werden müssen. Derzeit beginnen die Umstrukturierungsmaßnahmen. 5600 der 20 000 Stellen müssen abgebaut werden. Alle anderen Maßnahmen der in diesem Jahr immerhin mit einem passablen Gewinn schließenden Landesbank sind noch nicht offiziell, da sie zusammen mit ähnlichen Vorschlägen der ebenfalls stark angeschlagenen HSH Nordbank und der Landesbank Baden-Württemberg von der EU-Wettbewerbskommission geprüft werden. Diese hatte zuvor der WestLB harte Maßnahmen diktiert, damit diese die 6,4 Milliarden Euro Staatsgarantien, von denen bisher rund 300 Millionen in Anspruch genommen wurden, auch behalten darf. Brüssel hat die Landesbanken schon seit Jahren im Visier, da die Gewährträgerhaftung der Eigentümer, sprich der jeweiligen Bundesländer, den Wettbewerb verzerrt. Diese in Kombination mit den Staatsgarantien sorgt für harte Änderungsforderungen: Bis Ende 2011 muss die WestLB einen mehrheitlichen Eigentümerwechsel vollziehen, die Bilanzsumme halbieren und Beteiligungen verkaufen. Die Weberbank und eine ungarische Tochterfirma wurden bereits veräußert, für die WestImmo läuft der Verkaufsprozess. Standorte in Johannesburg, Peking und Houston wurden geschlossen, genauso wie Münster, Bielefeld und Dortmund. Köln folgt Mitte 2010, so dass bis Ende 2010 1350 weniger Vollzeitarbeitsplätze bestehen als Ende 2007, als es 6147 waren. Bisher ist die WestLB die einzige Landesbank, die beim Soffin einen Antrag auf die Gründung einer Bad Bank gestellt hat. Risikoaktiva in Höhe von 87 Milliarden Euro will das Institut so auslagern.

Doch nicht jede Landesbank ist auf Staatshilfen angewiesen. Die Nord/LB, die in den 90er Jahren gestrauchelte Landesbank Berlin und die Helaba Hessen Thüringen profitierten bisher davon, dass sie sich nicht übermäßig international engagierten, sondern ihren Aufgaben als regionale Landesbank nachkamen. Doch die Helaba weist trotz gestiegenen Konzernergebnisses auf die eigenen Risiken hin. Durch die enge Verzahnung der örtlichen Realwirtschaft „können wir uns in Krisenzeiten den Auswirkungen der Rezession auf die Bonität unserer Kunden nicht vollständig entziehen“. *Rebecca Bellano*



Die WestLB will eine Bad Bank gründen, um Schrottpapiere im Nominalwert von 87 Milliarden auszubuchen.

MELDUNGEN

Brüssel verlangt Zerschlagung

London – Der britische Finanzminister Alistair Darling hat die Zerschlagung dreier im Rahmen der Finanzkrise verstaatlichter Großbanken angekündigt: Lloyds und die Royal Bank of Scotland müssen Teile ihres Privatkundengeschäfts ausgliedern und verkaufen. Die Northern Rock muss ihr komplettes Filialgeschäft aufgeben. Darling folgt damit einer Auflage der EU-Wettbewerbskommission, die zudem britische Banken als Käufer ausschließt. Der erste Interessent, die britische Supermarktkette Tesco, hat jedoch seine Kaufabsicht zurückgenommen. *Bel*

Briten in der Kreide

London – Kevin Brennan, oberster Verbraucherschützer der britischen Regierung, will den Konsumrausch der Briten stoppen. Der Verschuldungsgrad seiner Landsleute ist einmalig in den Industriestaaten, die Sparquote hingegen rutschte 2008 in den negativen Bereich. Schuld hieran seien die Banken, die den Konsumrausch mit anfänglich günstigen Mindestraten bei Kreditkartenschulden anfeuerten. Das will die Regierung ändern. Verantwortungslose Kreditvergabe ohne vorherige Bonitätsprüfung soll verboten werden. *Bel*

Zugpferde des Aufschwungs

Brüssel – Laut Herbstprognose der EU werden Deutschland und Frankreich die Zugpferde des europäischen Aufschwungs sein. EU-Wirtschaftskommissar Joaquin Almunia sagt den Ländern jeweils 1,2 Prozent Wachstum für 2010 voraus. Bei anderen hingegen soll die Wirtschaft weiter schrumpfen. So wird auch im nächsten Jahr bei allen drei baltischen Staaten ein Minus von zwischen 0,1 und vier Prozent erwartet. In diesem Jahr lagen sie bei minus 18 Prozent. *Bel*

Putin wirbt um Investoren

Einstieg ausländischer Firmen in den Energiesektor kein Tabu mehr

Nachrichten über das gestiegene Interesse deutscher Firmen an Russland häufen sich. VW hat die Vollproduktion im russischen Werk Kaluga gestartet, Opel will Astra und Zafira in Königsberg fertigen lassen, MAN plant ein Werk für Lastkraftwagen, und Eon wird in die eigene Gasförderung in Sibirien einsteigen. Die beiden größten deutschen Banken Commerzbank und Deutsche Bank haben ein Auge auf das russische Privatkundengeschäft geworfen. Der Markt ist durch die steigende Zahl von Russen mit mittleren Einkommen für die Banker attraktiv geworden. Ein Grund für das wiedererwachte Interesse deutscher Investoren lässt sich auf die Einsicht der russischen Regierung zurückführen, dass die Zukunft mit einer ausschließlich vom Rohstoffexport abhängigen und vom Staat kontrollierten Wirtschaft nicht zu meistern ist. „So wie bislang können wir nicht weitermachen.“ Diese Warnung Dmitrij Medwedews richtet sich an die russischen Oligarchen. Gleichzeitig kündigte er ein großangelegtes Privatisierungsprogramm an, für das er von Putin Rückendeckung erhält.

Putin, während dessen Amtszeit als Präsident Staatskorporationen zur Kontrolle von Schlüsselunternehmen eingeführt worden waren, vollzieht eine Kehrtwende, indem er Privatisierungen zulässt und um ausländische Großkonzerne wirbt.

Erst kürzlich lud er 15 deutsche Wirtschaftsgrößen zu einem Empfang im Kreml ein. Neben Klaus Mangold, dem Vorsitzenden des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, waren die Vorstandsvorsitzenden wichtiger Konzerne wie Eon Ruhrgas, Siemens, Metro, Thyssen-Krupp und der Volkswagen AG, sowie Achim Kassow, Vorstandsmitglied der Commerzbank anwesend.

Hochkarätige deutsche Manager im Kreml

Putin lobte die Höhe deutscher Investitionen, die trotz Wirtschaftskrise von Januar bis April dieses Jahres um 36 Prozent gewachsen waren. Besonders in der Landwirtschaft, der Bauindustrie, dem Kraftfahrzeugbau und in der Hochtechnologie sind deutsche Unternehmen beteiligt. Es gebe aber auch Pläne für aussichtsreiche Großprojekte, so Putin. Er erklärte, dass vorhandene Arbeitsplätze auf beiden Seiten beibehalten und neue geschaffen würden. Gute Kooperationschancen bestünden im neuen Privatisierungsprogramm.

Klaus Mangold bekundete das Interesse deutscher Unternehmen an einer Modernisierung der russischen Wirtschaft und an der Entwicklung neuer Technologien. Laut Mangold haben deutsche Geschäftskreise vor einigen Monaten ein Investitionsprogramm für russische Unternehmen im Wert von 500 Millionen Euro vereinbart. Das Programm werde bereits in enger Kooperation der Banken beider Staaten umgesetzt.

Weniger optimistisch zeigen sich Unternehmen, die bereits praktische Erfahrungen in Russland sammeln konnten. Viele klagen darüber, dass in der Krise die Drangsalierung seitens der Bürokratie und die Korruption zugenommen hätten. Ikea hat Neuinvestitionen eingestellt, der französische Handelsriese Carrefour zieht sich ganz zurück. Viele Details werden auf einer untergeordneten Ebene entschieden, deren Personal von der Notwendigkeit der Reformen nicht überzeugt scheint. *MRK*

Milliarden für Kleinkinder

Weiter Streit ums Betreuungsgeld – Sorge um Unterschicht

Zu den unausgegorenen Stellen im Koalitionsvertrag gehört die Passage über das Betreuungsgeld. Laut Vertrag „soll“ es ab 2013 denjenigen Eltern gezahlt werden, die ihre ein- bis dreijährigen Kinder weiterhin selbst erziehen. Allerdings könne es „gegebenenfalls als Gutschein“ gewährt werden. Kein Wunder, dass die drei Koalitionsparteien munter weiter streiten. Die von der CSU favorisierte Ausgleichszahlung wird selbst von Großstadt-Politikern der CDU attackiert. Eltern, die ihre Kleinkinder selbst aufziehen wollen, drohen dadurch zu Verlierern zu werden: Sie zahlen über ihre Steuern bald umfangreiche Betreuungsangebote, von denen sie nichts haben.

Damit genau das nicht passiert, kämpft die CSU nach wie vor für ein Betreuungsgeld. Eltern sollen monatlich 150 Euro erhalten, eine Idee, der laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid zwei Drittel der Deutschen zustimmen. Trotzdem tut sich schon die CDU schwer damit. Dabei geht es im Vordergrund nicht um die Kosten von jährlich 1,6 Milliarden Euro. Auch die Junge Union Berlin spricht sich gegen das Betreuungsgeld aus und stimmt in der Sache in die harsche Kritik aus den Reihen der Berliner SPD ein. Der SPD-Bürgermeister des Bezirks Neukölln, Heinz Buschkowsky, bekannt für direkte Worte zu sozialen wie politischen Missständen seines Stadtteils, hatte dem Konzept vorgeworfen, es konserviere die Unterschicht: „In der deutschen Unterschicht wird es versoffen und in der migrantischen Unterschicht kommt die Oma aus der Heimat zum Erziehen, wenn überhaupt.“

In diesem Punkt denkt die CDU fast wie die SPD

Die Junge Union sagt, ein solcher schädlicher Effekt für Großstädte sei zu erwarten und darum dürften nur Gutscheine ausgegeben werden, kein Geld. Auch aus der im Bund als Koalitionspartner an der Umsetzung beteiligten FDP kommt Kritik, Wirtschaftsminister Rainer Brüderle etwa lehnt das Betreuungsgeld offen ab.

Die CSU verteidigt dagegen ihre Pläne: „Mir ist es wichtig, dass jede Familie ihr eigenes Familienmodell leben kann“, so CSU-Vize-Generalsekretärin Dorothee Bär. Schon die CDU ist da weniger eindeutig. Sie hatte noch mit der SPD das „Kinderförderungsgesetz“ auf den Weg gebracht, nach dem bis 2013 jedem dritten Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz geboten werden soll. 750 000 Plätze sollen konkret geschaffen werden – gerade ein Drittel davon in der „familiennahen Betreuungsform“ mit einer Tagesmutter. Ab August 2013 besteht gar ein Rechtsanspruch für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Experten kritisieren daran das frühe Aufbrechen der Mutter-Kind-Bindung und den weitreichenden staatlichen Erziehungsanspruch. Die Kosten bezifferte der Deutsche Städtetag schon im Frühjahr 2007 auf sechs Milliarden Euro jährlich.

Wenn das Betreuungsgeld nun wegen anhaltender Unstimmigkeiten doch nicht zeitgleich mit dem Kinderförderungsgesetz eingeführt wird, bedeutet das nicht nur einen Prestigeverlust für die CSU. Sollte das Konzept ganz wegfallen, droht der Gleichberechtigung aller Erziehungsmodelle das Aus. *Sverre Gutschmidt*

Kein Aufbruch

Von Wilhelm v. Gottberg

Margot Käßmann, seit zehn Jahren leitende Bischöfin der Hannoverschen Landeskirche, wurde in der vergangenen Woche zur Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gewählt. Sie erzielte ein überragendes Wahlergebnis. Nur zehn der 142 Synodalen verweigerten ihr die Stimme.

Es gab durchaus respektable Mitbewerber für den Ratsvorsitz. Aber keiner von ihnen wurde in der Öffentlichkeit so wahrgenommen wie Frau Käßmann. Was hatte die Hannoversche Bischöfin den anderen voraus? Ihre Ehe wurde 2007 geschieden. Vorher hatte sie eine Krebserkrankung durchzustehen. Dennoch verblieb sie im Amt. Sie – und das gilt auch für ihren Vorgänger im Ratsvorsitz – hat den Zusammenhang von Religion und Mediengesellschaft begriffen und verinnerlicht. Keiner ihrer Brüder und Schwestern auf der Bischofsebene ist ihr da ebenbürtig. Sie hat, wie auch andere leitende Bischöfinnen, dem Feminismus in der Kirchenhierarchie zur weiteren Akzeptanz verholfen.

Befreiende Kraft des Evangeliums

Eine besondere Qualifikation für das Spitzenamt der EKD kann das alles nicht sein. Offenbar sieht die überwiegende Mehrheit der Synode das anders. Möglicherweise wollten die Delegierten mit der Wahl Käßmanns ein besonderes ökumenisches Signal setzen, weiß man doch, dass die Ökumene der Bischöfin besonders am Herzen liegt. Dieses Signal wird sich als Bärendienst für die Ökumene erweisen.

Ihre kirchliche Sozialisation erhielt Frau Käßmann im friedensbewegten Links-Protestantismus der 80er Jahre. Die damals verinnerlichten kirchlichen Werte haben ihr Tun und Handeln als Bischöfin bestimmt. Politische Fragen wie Kinder- und Altersarmut, die Ökumene, Laien- und Frauenarbeit, Probleme der Zuwanderer sind ihr wichtig. Für ihre Überzeugungen tritt sie mutig ein und nimmt Streit in Kauf. Gleich nach ihrer Wahl tat sie kund, dass die Evangelische Kirche nochmals über menschenwürdiges Sterben nachdenken müsse. Es könne dazu nicht nur ein kategorisches Nein der Kirche geben, wenn der Wunsch zu sterben mit Nachdruck artikuliert werde.

Die leitende Bischöfin der Hannoverschen Landeskirche – sie bekleidet weiterhin dieses Amt – wird als Ratsvorsitzende der EKD keinen neuen Aufbruch in der gehörig säkularisierten evangelischen Kirche erzeugen. Viele, allzu viele Kirchenmitglieder fühlen sich in dieser politisierenden Kirche nicht mehr zu Hause. Viele sind bereits gegangen, weitere werden gehen oder in freie Gemeinden wechseln. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Was wünschen sich bibeltreue Christen von der neuen geistlichen Spitzenfrau? Sie sollte das Wort Gottes lauter und rein verkündigen. Sie sollte die befreiende Botschaft des Evangeliums zum Mittelpunkt ihrer Arbeit und ihrer Verkündigung machen. Sie sollte immer wieder den Menschen den Ausweg aus persönlicher Schuld und Sünde weisen, sie kann von der immerwährenden Gnade Gottes zeugen und die Vergebung aller Schuld nach vorheriger Buße durch Jesus Christus verkündigen. Das müsste die Losung einer neu ins Amt kommenden Ratsvorsitzenden sein. Damit ließen sich viele der Gegangenen zurückholen.

Der blau-gelbe Lack blättert

Von Konrad Badenheuer

Viel schneller als erwartet ist bei der FDP, der Wahlsiegerin des 27. September, der Lack abgeblättert. Guido Westerwelle, der Triumphator des Wahlabends, verstolpert Auftritte vor der Bundespressekonferenz, in Warschau und in Brüssel. Noch selten musste ein neuer Bundesaußenminister in dieser Form Rechenschaft über seine Englisch-Kenntnisse ablegen. Ein Vizekanzler mit Autorität hat so etwas nicht nötig. Dazu das peinliche Schlittern zwischen Warschau und Paris: Mit einer Spitze gegen die deutschen Vertriebenen wollte er sich in Polen beliebt machen. Jetzt rümpfen viele Deutsche die Nase und Paris noch dazu, weil Westerwelle Polen als erstes besuchte.

Ein gelungener Auftakt sieht anders aus, zumal die Kanzlerin in einer Welt der Gipfeldiplomatie dem Außenminister jederzeit die Schau stehlen kann – Frank-Walter Steinmeier kann ein Lied davon singen.

Auch andere Spitzenleute der FDP sehen unvorteilhaft aus: Hermann Otto Solms, der Finanzminister werden sollte, steht als Gauner da, der gegen alle Grundsätze der FDP mit einem gigantischen Schattenhaushalt Milliarden aus dem Ärmel schütteln wollte. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle fordert weiter Steuersenkungen auf Pump – mit dem absurden Argument, man dürfe nicht „wie Brüning“ gegen die Krise ansparen. Jeder weiß doch, dass wir von einer Brüningschen Politik des Haushaltsausgleichs mitten in der Krise Lichtjahre entfernt sind. Es geht nur um die Alternative zwischen hohen und ruinösen Schulden.

Merkel hat wieder Giftpillen verteilt – diesmal an die FDP

Besonders schwer dürfte es Entwicklungsminister Dirk Niebel mit der Profilierung haben: Er führt ein Ministerium, dessen Abschaffung er bis kurz vor seiner Ernennung gefordert hatte. Na denn viel Erfolg bei der Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Hauses!

Einzig Philipp Rösler scheint eine echte Chance zu haben, in seinem Amt zu glänzen, auch wenn ihm als Bundesgesundheitsminister eine Herkulesaufgabe bevorsteht. Die Lobbies, gegen die er sich durchsetzen muss, sind schier übermächtig. Eine winzige, für das Publikum kaum sichtbare Positionsveränderung von Merkels CDU würde jederzeit genügen, um dem 36-jährigen Senkrechtstarter karrieregefährdende Misserfolge zu bescheren.

Schlecht für unser Land, einverstanden, aber gut für eine Bundeskanzlerin, die ihrem früheren Lehrmeister Helmut Kohl in Sachen Machterhalt und Machterweiterung über den Kopf gewachsen zu sein scheint.

Die Suppe, die eine scheinbar konziliante Merkel der FDP nun mit raffinierten Weichenstellungen in der Sach- und Personalpolitik eingebrockt hat, hat es in sich. Sie dürfte bei den Liberalen in relativ kurzer Zeit zu erheblichen Magenkrämpfen, wenn nicht zu ausgemachtem Brechdurchfall führen.

Das Ganze erinnert fatal an die Politik der „süßen Giftpillen“, mit der Merkel in den letzten Jahren von Rot-Grün Gerhard Schröder das Leben sauer gemacht hat: Zugeständnisse im Vermittlungsausschuss, die die SPD zunächst als Verhandlungserfolge gefeiert hat und die sich dann nach kurzer Zeit als Bumerang erwiesen haben

Rein machtpolitisch gesehen agiert Angela Merkel fast schon genial. Bleibt die große Frage, was sie mit dieser Macht für Deutschland bewegen kann und will.



Nach ihrem strahlenden Wahlsieg hat die FDP einen miserablen Start als Regierungspartei hingelegt: Wenn nun der blau-gelbe Lack unerwartet schnell abblättert, dann hat die CDU-Vorsitzende einiges dazu beigetragen.

Bild: image Point

Moment mal!



Sudetendeutsche bleiben Europäer zweiter Klasse

Von Klaus Rainer Röhl

Kennen Sie Benesch? Es gibt Fragen, die nie bei Jörg Pilawa vorkommen und auch nicht in Günther Jauchs Rateschau. Nicht mal bei den schwierigen Fragen, wo es um 20000 Euro geht. Aber auch nicht für die 50000 Euro-Frage würde sich das Rateteam den Namen Benesch ausdenken? Obwohl jeder Deutsche den Namen kennen sollte. Was ist Benesch? Ist es a) Ein Klosterlikör? b) Ein türkisches Knoblauch-Gericht? c) Ein Zement-Mixer aus Russland? Oder d) Ein tschechischer Politiker, der 1945/46 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben und enteignet hat? Bingo.

Edvard Benesch, nach dem Zweiten Weltkrieg tschechoslowakischer Ministerpräsident von Stalins Gnaden, sollte eigentlich im übrigen Europa vergessen werden. Für die Tschechen ist er ein Held. Für alle übrigen ist er ein Kriegsverbrecher. Am Donnerstag letzter Woche wurde er auf makabre Weise von der EU in Brüssel geehrt. Da wurde EU-Recht um seinetwillen gebrochen, weil der tschechische Präsident Václav Klaus dem Lissabon-Vertrag sonst nicht zugestimmt hätte. Der hartnäckige tschechische Präsident verweigerte seine Unterschrift, angeblich, weil er fürchtete, die Opfer der einst von Benesch erlassenen und nach ihm benannten „Benesch-Dekrete“, die enteigneten und vertriebenen Sudetendeutschen könnten heute als Bürger eines EU-Landes gerichtlich gegen ihre Enteignung vorgehen.

Benesch forderte bereits 1938 Vertreibung der Deutschen

Was bedeuteten die „Benesch-Dekrete“? Am 25. Mai 1945, nur Tage nach seiner Rückkehr aus dem Exil, hatte es die von ihm geführte, durch keine Wahl legitimierte Regierung sehr eilig, die Vertreibung der Sudetendeutschen zu beschließen. Währenddessen liefen im Grenzland mörderische „wilde“ Vertreibungen. Weitere Dekrete ordneten die Enteignung und Ausbürgerung der Deutschen an, ein sogenanntes „Verfassungsdekret“, das ebenfalls bis heute gilt, entzog allen Deutschen die Staatsbürgerschaft. Es folgten Dekrete über die Zwangsarbeit für Deutsche und über außerordentliche Volksgerichte, die ausdrücklich „Retribution“ üben sollten. Auch die „Liquidierung“ der deutschen Evangelischen Kirche in den böhmischen Ländern war Herrn Benesch ein eigenes Dekret wert. Den krönenden Abschluss bildete am 8. Mai 1946 ein Gesetz, das faktisch alle an Deutschen und Ungarn begangenen Grausamkeiten bishin zum Mord für „nicht rechtswidrig“ erklärte, also legalisierte.

Tatsächlich war die Vertreibung schon längst vor der Potsdamer Konferenz beschlossene Sache. Die Austreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei hatte Churchill schon im September 1942 dem tschechischen Exilpräsidenten Benesch versprochen. Im Mai 1943 hatte auch Roosevelt den Tschechen die Enteignung und Vertreibung der deutschen Bevölkerung zugesagt. Gefordert hatte Benesch die Vertreibung der Deutschen aber schon viel früher – ziemlich bald nach dem Münchener Abkommen, das mit Billigung von England und Frankreich den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich gebilligt hatte, im September 1938. Für den Fall eines – damals noch ganz unwahrscheinlichen – Kriegs und einer Niederlage Hitlers in diesem Krieg.

Die größte Massenaustreibung der Geschichte seit Dschingis Khan, die Vertreibung der Deutschen aus den Ostprovinzen, in denen sie acht Jahrhunderte gewohnt hatten, war keine Erfindung von Churchill oder Roosevelt. Nicht Morgenthau, der die Deutschen hasste, hatte diesen Gedanken auszusprechen gewagt, nicht einmal Stalin, der in seinem eigenen Riesenreich ganze Völker und Volksgruppen abtransportieren und 1000 Kilometer weiter in Wüsten oder Permafrost-Gebieten wieder abladen ließ. Benesch, der schon im September 1938 den Transfer von gut der Hälfte der Sudetendeutschen vorgeschlagen hattte, hätte einen möglichst großen Teil seiner deutschen Landsleute am liebsten schon bei der Gründung der Tschechoslowakei 1918/19, aus ihrer Heimat herausgeekelt. Eine seiner berüchtigten Denkschriften von 1918 läuft jedenfalls darauf hinaus.

Tatsache war, dass er schon während des Ersten Weltkriegs eine ethnisch homogene Tschechoslowakei als Ziel ansah. Das hätte die Beseitigung von gut 3,3 Millionen Deutschen und über 700000 Ungarn vorausgesetzt. Benesch hasste die Deutschen, lange bevor es einen Hitler gab. Diese Deutschfeindlichkeit hatte eine lange Vorgeschichte. Benesch war tschechischer Nationalist und fühlte sich als Panslawist. Er träumte von einem slawischen Großreich. Auch die Tschechen hatten, im frühen Mittelalter unter ihrem Fürsten Swatopulk, einmal ein „großmährisches Reich“ gehabt, das allerdings nur wenige Jahre lang existierte. Der Frieden von St. Germain am 10. September 1919 brachte die Erfüllung ihrer Wünsche. Er erklärte die Sudetendeutschen, die mit 3,2 Millionen die zweitgrößte Volksgruppe nach den Tschechen waren, zu einem Teil des Vielvölkerstaats Tschechoslowakei (mit Ungarn, Slowaken, Deutschen, Juden und Tschechen, Polen und Ruthenen). Benesch selber, nach 1938, mit Billigung der Franzosen und Engländer ein Herrscher ohne Land im Londoner Exil, der das Münchener Abkommen nie anerkannte, nannte die Sudetendeutschen Landesverräter.

Merkel ließ Prager Extrawunsch in Brüssel zu

Wer gedacht hatte, kein vernünftiger Tscheche würde sich heute noch solch ein Urteil über die Sudetendeutsche erlauben, der wurde am 22. Januar 2002 eines Besseren belehrt. Von keinem geringeren als der tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman, der Benesch sozusagen noch übertrumpfte, indem er erklärte, die Sudetendeutschen seien für ihn auch heute noch Landesverräter, hätten eigentlich den Tod verdient gehabt und sollten also eigentlich froh sein, nur vertrieben und ihrer Habe beraubt worden zu sein. Und er fügte noch hinzu: „Kann man jetzt wirklich Versöhnung für Verräter fordern?“ Konnte ein Land mit einem solchen Regierungschef Mitglied der EU werden? Es wurde Mitglied.

Dass die Benesch-Dekrete aufgehoben werden müssten, hatte bereits das Europäische Parlament 1999 und 2000 in zwei Resolutionen verlangt. Die rot-grüne Regierung unter Schröder hatte diesen Beschluss zu den Akten genommen, ja sogar aktiv daran mitgewirkt, dass er nicht umgesetzt wurde.

Die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon hätte längst abgeschlossen sein sollen, nur die Tschechische Republik mauerte bis zuletzt. Was tun, fragte sich nicht nur der EU-Ratspräsident, sondern auch Bundeskanzlerin Merkel. Man ging in die Hinterzimmer und fand eine Lösung. Alle waren dann erleichtert, hieß es dann, als schließlich ein Zusatzprotokoll aufgesetzt wurde, indem faktisch die Benesch-Dekrete für sakrosankt erklärt wurden.

Was tat unsere Kanzlerin? Nahm sie kraftvoll Stellung für die über 3,2 Millionen Landsleute? Ihre Erklärung klang eher verlegen: „Das ändert aber nichts daran, dass die Vertreibung für uns Unrecht ist und bleibt.“ Ja und? Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ brachte es auf einen einfachen Nenner. Es war eine Kapitulation: „Der dafür gezahlte Preis müsste ihnen aber ihr Lächeln gefrieren lassen. Die EU, die schon immer ihre Augen vor dem Unrecht der Vertreibung verschloss, ließ sich auch noch zum Handlanger des Prager Bestrebens machen, einen möglichst hohen Schutzzaun um die Benesch-Dekrete zu errichten… Die Sudetendeutschen bleiben, was die Menschenrechte angeht, Europäer zweiter Klasse.“

Leidenschaft für Tabak und Kartenspiel

Ein bewegtes Leben mit vielen Höhen und Tiefen – Vor 250 Jahren wurde Friedrich Schiller geboren

Neben Johann Wolfgang von Goethe zählt Friedrich Schiller zu den prägenden Gestalten der Weimarer Klassik. Zu Weltruhm gelangte der Dichter und Denker vor allem durch sein lyrisches Werk und seine Dramen.

Seine Zeit wäre knapp bemessen, er würde nicht alt werden – das spürte er von Jugend an. Deshalb nahm er sich fest vor, bis zu seinem 30. Geburtstag verheiratet zu sein, und hoffte, es bis zum 50. Lebensjahr „in seinem Körper auszuhalten“. Der so dachte, war Friedrich Schiller, dessen Geburtstag sich am 10. November zum 250. Mal jährt. Das erste Vorhaben konnte er nahezu fristgerecht in die Tat umsetzen und als 30-Jähriger im Februar 1790 Charlotte von Lengefeld ehelichen. Das zweite war ihm nicht vergönnt: Friedrich von Schiller, 1802 in den Adelsstand erhoben, starb am 9. Mai 1805 im Alter von nur 45 Jahren.

Schillers Persönlichkeit mit einem Wort zu erfassen, erscheint schier unmöglich. Als Dichter, Philosoph und Historiker vom

Mit Freunden heimlich verbotene Schriften gelesen

jugendlichen Genie des Sturm und Drang zum universal gelehrten Geisteswissenschaftler gereift, bildet er zusammen mit Goethe, Herder und Wieland das „Viergestirn“ der Weimarer Klassik. Bis heute gilt er als der bedeutendste deutsche Dramatiker. Seine Theaterstücke gehören zum Standardrepertoire deutschsprachiger Bühnen, seine Balladen – Dramen in lyrischer Form – sind jedem ehemaligen Gymnasiasten geläufig. Egal, ob man die Gedichte nun geliebt oder wegen des Zwanges, sie auswendig lernen zu müssen, gehasst hat – die prägnanten Verse haben sich eingebrannt, werden zitiert und manchmal sogar augenzwinkernd parodiert.

Ein bereits zu Lebzeiten anerkannter und hoch verehrter Dichter war Schiller allemal, dazu ein „Workaholic“, getrieben nicht nur von der Ahnung seiner knapp bemessenen Lebenszeit, sondern auch von ständiger Geldnot. Letztere war ihm von Kindheit an vertraut. Aus zwar gebildeten, aber dürftigen Verhältnissen stammend, wird er 1759 in Marbach am Neckar als Sohn eines Wundarztes und zweitältestes von sechs Kindern geboren. Ab dem siebten Lebensjahr besucht er die Lateinschule in Ludwigsburg und 1773 muss er auf herzoglichen Befehl gegen den Willen der Eltern in die Militärakademie „Karlsschule“ in Stuttgart eintreten, wo er zuerst Jura und danach Medizin studiert. Die Zöglinge werden einem harten Drill unterzogen – zu hart für einen sensiblen Jungen. Überliefert ist, dass Schiller noch mit 15 Jahren ins Bett nässt, wofür er mehrfach bestraft wird. Ein „Ventil“ ist die Freundschaft zu Kameraden, mit denen er heimlich Tabak schnupft und verbotene Schriften liest: Plutarch, Shakespeare, Rousseau, Klopstock und Goethes „Götz von Berlichingen“. Nach ersten eigenen, nicht erhaltenen schriftstellerischen Versuchen beginnt Schiller 1776 die Arbeit an dem Theaterstück „Die Räuber“, das er 1781 vollendet und anonym drucken lässt. Parallel legt er sein Examen als Mediziner ab und verfasst eine entsprechende Dissertation.



Friedrich Schiller: Gemälde von Ludovike Simanowiz (1794) Bild: Internet

Die Uraufführung der „Räuber“ im Januar 1782 am Mannheimer Hof- und Nationaltheater wird ein überwältigender Erfolg und bedeutet für den jungen Dichter den Durchbruch. Um bei der Premiere anwesend zu sein, hatte er sich unerlaubt vom Dienst entfernt, wofür er vom Herzog zu zwei Wochen Haft verdonnert und mit einem Schreibverbot belegt wird. Anlass genug für den jungen Freigeist, zusammen mit einem Freund bei Nacht und Nebel aus Stuttgart über die Landesgrenze nach Mannheim zu fliehen, wo er dem Intendanten sein zweites fertiges Drama „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“ vorlegt. Doch dieser will den benachbarten Herzog von Württemberg nicht noch weiter provozieren und lehnt zunächst ab.

Es folgen unsichere „Wanderjahre“ mit Höhen und Tiefen: einerseits doch die Anstellung als Theaterdichter in Mannheim und die Verleihung des Titels „Weimarischer Rat“ durch Herzog Carl-August von Sachsen-Weimar, andererseits eine Infektion mit Malaria, welche im damals noch sumpfigen Rheintal vorkam, sowie die – krankheitsbedingte – Entlassung als Autor, wodurch er fast im Schuldturm landet. Dessen ungeachtet ist Schiller literarisch weiter produktiv, verfasst das bürgerliche Trauerspiel „Luise Millerin“, später umbenannt in „Kabale und Liebe“, sowie erste Teile des „Don Karlos“. 1785 wird er durch seinen Freund und Gönner Gottfried Körner aus der finanziellen Notlage befreit und verbringt die folgenden zwei Jahre bei ihm in Leipzig und Dresden. In Körners Weinberghaus in Loschwitz entsteht 1785 die „Ode an die Freude“ für die Tafel der Freimaurerloge „Zu den drei Schwertern“. Nachdem er im Frühjahr 1787 den „Don Karlos“ vollendet hat, der seinen Ruhm als „Freiheitsdichter“ auch international festigt, reist Schiller im Sommer nach Weimar und macht dort die Bekanntschaft von Herder und Wieland. Ein erstes Zusammentreffen mit Goethe nach dessen Rückkehr aus Italien im September 1788 bleibt folgenlos – man findet kein Interesse aneinander. Bis sich das nachhaltig ändert, vergehen noch sechs Jahre.

In der Zwischenzeit lernt Schiller die Familie von Lengefeld kennen, zwischen deren beiden Töchtern er sich lange Zeit hin und her gerissen fühlt. Die Wahl fällt schließlich auf die jüngere, Charlotte, die er 1790 heiratet. Fortan führt er mit ihr und den in den folgenden Jahren geborenen vier Kindern ein glückliches Ehe- und Familienleben. Auch wirtschaftlich konsolidiert sich sein Leben: Im Dezember 1788 wird er zum Professor für Geschichte an die Universität Jena berufen, wo er im Mai 1789 seine legendäre Antrittsvorlesung hält zur Frage „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“ Antwort: um die Zivilisation verstehen und vorantreiben zu können! Im Januar 1790 wird er zum Hofrat ernannt, im Oktober 1792 zum Ehrenbürger der Französischen Republik. Probleme macht die Gesundheit: Eine Rippenfellentzündung lässt sich beim damaligen Stand der Medizin nicht vollständig auskurieren.

Ab Sommer 1794 entwickelt sich nach einem Briefwechsel die kongeniale Freundschaft mit Goethe, den er für zwei Wochen zu Hause besucht. Trotz gemeinsamer Projekte wie der Monatszeitschrift „Die Horen“ und später dem „Musenalmanach“, an denen die berühmtesten Geistesgrößen der Zeit mitwirken, sowie der gegenseitigen Anstachelung zu produktiver Höchstform stehen beide einander privat durchaus auch kritisch gegenüber: Während sich Goethe an Schillers Leidenschaft für Schnupftabak und Kartenspiel stört, missbilligt Schiller Goethes „wilde Ehe“ mit Christiane Vulpius, die er als dessen „einzige Blöße“ ansieht. 1797/98 entstehen im literarischen Wettstreit mit Goethe Schillers berühmteste Balladen, 1799 zieht er mitsamt Familie nach Weimar.

In einem wahren Schaffensrausch schreibt er ab jetzt „Schlag auf Schlag“ die großen historischen Dramen, mit denen er sein Vorhaben einer „ästhetischen Erziehung des Menschen“ hin zum Vernunfts-, Humanitäts- und Freiheitsideal künstlerisch umsetzt.

Auf den „Wallenstein“ folgen 1800 „Maria Stuart“, 1801 die „Jungfrau von Orleans“, 1803 die „Braut von Messina“, 1804 „Wilhelm Tell“, danach beginnt die Arbeit am „Demetrius“ sowie die Übersetzung von Racines „Phèdre“ aus dem Französischen.

Bei alledem verschlechtert sich Schillers Gesundheitszustand zusehends. Doch je mehr ihn sein Körper im Stich lässt, desto mehr Höchstleistungen ringt er seinem Geist ab.

Nach einer letzten Begegnung mit Goethe am 1. Mai 1805 auf dem Weg ins Theater bricht er während der Vorstellung in seiner Loge zusammen. Friedrich Schiller stirbt am 9. Mai 1805. Unmittelbare Todesursache ist eine vermutlich durch Tuberkulose hervorgerufene Lungenentzündung. Bei der Obduktion wird außerdem eine fortgeschrittene Deformation und Zersetzung lebenswichtiger Organe festgestellt.

Beigesetzt wird Schiller im Kassengewölbe auf dem Weimarer Jakobsfriedhof. 1826 sollen die Gebeine zwecks Umbettung geborgen werden, sind allerdings nicht mehr eindeutig identifizierbar. Die am ehesten in Frage kommenden – Schiller war mit 1,80 Metern für seine Zeit sehr groß – werden in die Anna Amalia Bibliothek gebracht. Von dort „entleiht“ sich Goethe heimlich den Schädel und schreibt bei dessen Anblick das Gedicht „Bei Betrachtung von Schillers Schädel“.

Der Sarg in der Fürstengruft bleibt künftig leer

1827 werden die Gebeine in die Weimarer Fürstengruft überführt, wo später auch Goethe auf eigenen Wunsch „an Schillers Seite“ bestattet wird.

Allerdings steht dieser Sarg heute leer. Nachdem aufwendige DNS-Analysen mit Vergleichsproben engster Verwandter 2006 ergaben, dass die vorhandenen Gebeine, darunter zwei in Frage kommende Schädel, allesamt nicht die Friedrich Schillers sein können, entschloss sich die Klassik Stiftung Weimar, den Sarg leer in der Fürstengruft zu belassen und auch nicht weiter nach dem echten Schädel zu suchen.

Angelika Fischer

Eine repräsentative Auswahl von Schillers beliebtesten und bekanntesten Gedichten, Balladen, Elegien und Epigrammen sowie seiner theoretischen Schriften findet sich in einem Band der Manesse Bibliothek der Weltliteratur, ausgewählt und mit einem Nachwort versehen von Emil Staiger (Manesse Zürich, 680 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, 24,90 Euro).

Alltag im Ostblock

Das »Wende Museum« in Los Angeles erinnert an den Mauerfall

Am 9. November 1989 ging die Mauer in Berlin runter. Am 8. November 2009 geht sie in Los Angeles wieder hoch“, so wirbt „The Wall Project“ auf seiner Homepage für ein Kunstprojekt, mit dem Südkalifornien an diesem Wochenende den 20. Jahrestag des Berliner Mauerfalls feiern wird. Hauptorganisator dieser symbolträchtigen Veranstaltung ist das Wende Museum mit Archiv über den Kalten Krieg in Los Angeles, gemeinsam mit der Stadt Los Angeles.

Dafür wird eine der Hauptverkehrsadern im autoverarrten Kalifornien, der mehrspurige Wilshire Boulevard, mit 30 knapp dreieinhalb Meter hohen Mauerblöcken geteilt, um im Laufe der Veranstaltung von den geladenen Gastrednern eingerissen zu werden. Die Blöcke wurden von zeitgenössischen Künstlern bemalt – die farbige Seite zeigt nach Westen, der graue Zement nach Osten.

„Es geht nicht nur um die Berliner Mauer“, räumt Initiator Justinian Jampol ein, „es geht um die Mauer als Symbol.“ Der junge Historiker ist alles andere als ein Ostalgiker. Mit seinem nicht nur

»Es geht um die Mauer als Symbol«

für die USA ungewöhnlichen Museum hat er für die Wissenschaft eine unermessliche Forschungsstelle geschaffen. Jampol ist durchaus kein schwärmerischer Wirrkopf; er studierte osteuropäische Geschichte in Oxford und arbeitet heute mit den beiden großen Universitäten seiner Vaterstadt zusammen, mit der University of California Los Angeles und der University of Southern California. Mehr als 100 000 Objekte zum Alltag im Ostblock hat Jampol über die Jahre gesammelt, und jährlich kommen Zehntausende neue hinzu. „Wir tragen Dokumente und Materialien zusammen, die der Forschung sonst verloren gehen würden“, sagt Jampol. Kostbarstes Sammlungsstück sind sicher die Aufzeichnungen von Erich Honekker aus dessen Gefängniszelle in Berlin-Moabit. Aber auch Plakate, die kompletten Jahrgänge des „Neuen Deutschland“, Wimpel, Gemälde und Büsten der damaligen Größen erzählen im fernen Los Angeles von einem Kapitel deutscher Geschichte.

Silke Osman

The Wende Museum am 5741 Buckingham Parkway in Culver City, Los Angeles ist für Besucher freitags von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

Archiv voller Leben

»My Life« sammelt Biographien der Erlebnisgeneration

Seit fünf Jahren gibt es in Frankfurt an der Oder und Dammvorstadt (Slubice) ein neues Archiv. Es sammelt Lebensläufe von Menschen der älteren Generation, welche die gemeinsame deutsch-polnische Geschichte erlebt haben.

„My Life“ wird gemeinsam von der Stiftung des Collegiums Polonicum und dem Verein „My Life – erzählte Zeitgeschichte e. V.“ getragen. Diese Einrichtung sammelt und archiviert Lebensgeschichten von Deutschen und Polen zur Erforschung der Alltagsgeschichte und als Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung.

Wie wichtig die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte ist, wurde unter anderem auch beim letzten Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress deutlich, der von der Landsmannschaft Ostpreußen durchgeführt wurde. Gerade zu diesem Thema gab es lebhafte Diskussionen.

Die meist ehrenamtlichen Mitarbeiter des Archivs fragen die Probanden nach ihren Erlebnissen, um dann die Möglichkeit zu bieten, sich näher kennenzulernen. „Was hast du erlebt? Was habe ich

Begegnungsstätte für Deutsche und Polen

erlebt? Wo können wir uns treffen?“ Das sind nur einige der Fragen, auf die das Archiv Antworten geben möchte. Es will auch der jüngeren Generation die Erfahrungen der älteren vermitteln und zugleich Begegnungs-, Schulungs- und Dienstleitungsstätte sein. Zusammenkommen sollen dort alle, die sich für die gemeinsame Geschichte und das Alltagserleben von Deutschen und Polen interessieren. Als Schulungsstätte bietet das Archiv Hilfen zum biographischen Schreiben, Interviewen und Recherchieren, es gibt die Möglichkeit der Aus- und Weiterbildung im Audio- und Videobereich. Lebensgeschichten sollen aufgezeichnet und archiviert werden. Das Archiv ist eine reiche Fundgrube für Wissenschaftler und private Interessenten. Um diese Einrichtung zu finanzieren, besteht neben Spenden für Interessierte auch das Angebot, die eigene Biographie als kartoniertes Heft, als Hörbuch auf einer CD oder gar als gebundenes Buch (jeweils in mehrfacher Ausgabe) zu erhalten. Interessenten können sich bei Helga Grune unter (0335) 553416389 oder unter mylife@fundacjacp.org melden. Weitere Informationen bietet die Internetseite www.archiv-my-life.de

Christiane Rinser

Ein bisschen wie Oskar Lafontaine

1914 noch Parteivorsitzender, stand der ostpreußische SPD-Linke Hugo Haase wenig später an der Spitze einer linken Abspaltung

Schon vor gut 90 Jahren musste sich die SPD mit einer linken Abspaltung herumschlagen. Eine Schlüsselfigur war dabei der ostpreußische SPD-Linke Hugo Haase, der 1914 noch einer der mächtigsten Männer in der SPD war.

Dem am 29. September 1863 im ostpreußischen Allenstein geborenen Sohn eines jüdischen Schuhmachers und Kleinhändlers gelang der gesellschaftliche Aufstieg. Nach dem Abitur in Rastenburg und einem Jurastudium an der Albertina mit anschließendem Referendariat ließ er sich 1888 als Anwalt in Königsberg nieder. Nachdem Haase als Student über marxistische Schriften die Idee des Sozialismus kennengelernt hatte, war er als Referendar der SPD beigetreten. Haase war damit der erste sozialdemokratische Rechtsanwalt Ostpreußens. Angesichts dieses „Monopols“ gehörten nicht nur (Land-)Arbeiter, sondern auch sehr prominente Sozialdemokraten wie der spätere preußische Ministerpräsidenten Otto Braun und Karl Liebknecht zu seinen Mandanten. 1894 wurde Haase auch Königsbergs erster sozialdemokratischer Stadtverordneter. 1897 wurde er in den Reichstag gewählt.

Nach dem Tode Paul Singers 1911 brauchte die SPD einen (formal gleichberechtigten) neuen Mitvorsitzenden an der Seite des unumstrittenen August Bebel. In einer Kampfabstimmung setzte sich der (linke) Haase gegen den (rechten) Friedrich Ebert durch.

Nach dem Tode von Partei- und Fraktionschef Bebel gelang Ebert in dessen Nachfolge dann doch noch der Aufstieg in das Führungstandem der SPD. Wie die Partei erhielt nun auch deren Reichstagsfraktion eine Doppelspitze, bestehend aus dem (linken) Haase und dem (rechten) Philipp Scheidemann.



Auf gleicher Augenhöhe: So wie vorher schon in der SPD bildete Hugo Haase auch in der ersten Regierung der Novemberrevolution das linke Pendant zum späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Bild: pa

Als einziger Sozialdemokrat war Haase also sowohl in der Partei als auch in der Fraktion Mitglied der Doppelspitze. Damit war er der womöglich mächtigste deutsche Sozialdemokrat, als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach.

Über die Frage, wie die SPD sich im Ersten Weltkrieg verhalten solle, kam es zum Bruch zwischen Haase und seiner Partei. Aus einer pazifistisch-internationalistischen Gesinnung heraus lehnte Haase die Bewilligung der Kriegskredite ab. Eine Mehrheit in seiner Fraktion war allerdings dafür und akzeptierte den von der Reichsregierung angebotenen „Burgfrieden“. Nur aus Parteidisziplin stimmte Haase für die Kriegskredite und begründete im Reichstag das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion damit, dass die Sozialdemokraten „das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich“ ließen.

Haases Parteidisziplin hatte jedoch ihre Grenzen. 1916 stimmte er im Reichstag gegen die Annahme des von der Reichsregierung vorgelegten Notetats – gegen einen Mehrheitsbeschluss seiner Fraktion. Der Ausschluss aus der Fraktion und der Verlust des Parteivorsitzes waren die Folge. Zusammen mit gleichgesinnten oppositionellen Sozialdemokraten gründete er daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG). Als diese von Haase geleitete SAG 1917 mit Vertretern der Spartakusgruppe, aus der später die KPD hervorgehen sollte, eine Tagung durchführt, werden Haase und die anderen SAG-Mitglieder aus der SPD ausgeschlossen und gründen im April 1917 in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).

Die Hungersnot im Reich und das Ausbleiben des von der Reichsführung in Aussicht gestellten Sieges führten zu einem Linksruck in Deutschland, der auch darin zum Ausdruck kam, dass das Kaiserreich der Novemberrevolution keinen nennenswerten Widerstand mehr entgegenzusetzen wusste. Die beiden Arbeiterparteien USPD und SPD bilden nun mit dem „Rat der Volksbeauftragten“ eine paritätisch besetzte, sechsköpfige Revolutionsregierung mit Haase und Ebert an der Spitze.

Die SPD steht in dieser revolutionären Umbruchssituation vor der Grundsatzfrage, ob sie mit der links von ihr stehenden Abspaltung USPD eine sozialistische Republik mit Rätesystem oder mit den rechts von ihr stehenden bürgerlichen Parteien eine bürgerliche Republik mit parlamentarischem System aufbaut. Die Partei Eberts, der die Monarchie gerne erhalten hätte und die Revolution erklärtermaßen „hasste wie die Pest“, entschied sich für die zweite Möglichkeit.

Damit war aber auch das Ende der USPD eingeleitet. Entrüstet über den Ebert-Groener-Pakt, Eberts so genannten „Pakt mit den alten Mächten“, traten Haase und die beiden anderen USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten am 29. Dezember 1918 aus. Hin und hergerissen zwischen der rechts von ihr stehenden SPD, welche mit bürgerlichen Parteien die Weimarer Republik aufbaute, und der am 1. Januar 1919 gegründeten KPD, welche diese sich abzeichnende bürgerliche Republik auch mit Waffengewalt bekämpfte, verlor die USPD nach beiden Seiten an Anhängern und an Orientierung.

Mit anderen Gegnern der Kriegskredite gründete er die USPD

Vor 90 Jahren erlitt die USPD dann noch einen weiteren Schlag: Sie verlor mit ihrem Vorsitzenden Hugo Haase eine wichtige Integrationsfigur. Der USPD-Politiker überlebte ein auf ihn am 8. Oktober 1919 verübtes Revolverattentat des mutmaßlich geistesgestörten Lederarbeiters Johann Voß nur um 30 Tage. Am 7. November 1919 erlag er seinen Schussverletzungen. *Manuel Ruoff*

Die erste Botschafterin

Ellinor von Puttkamer vertrat die Bundesrepublik in Straßburg

Die erste Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland entstammt einer der ältesten Familien Pommerns. Am 18. Juli 1910 wurde Ellinor Helene Ottony Erna von Puttkamer als jüngstes Kind des Generallandschaftsrats und Gutsbesitzers Andreas von Puttkamer auf Versin und Starkow und dessen Ehefrau Elisabeth v. Zitzewitz aus dem Hause Budow in Versin, Kreis Rummelsburg, Provinz Pommern geboren. Sie stammt aus einem alten slawischen Haus, das seinen Ursprung auf den Paladin von Danzig Jesco zurückführt und 1257 erstmals urkundlich erwähnt wurde.

Nach einer Kindheit im Kreise von fünf älteren Geschwistern und dem Schulbesuch in Köslin studierte Puttkammer Geschichte. 1936 promovierte sie mit der im darauffolgenden Jahr im Ost-Europa-Verlag erschienenen Arbeit „Frankreich, Rußland und der polnische Thron 1733. Ein Beitrag zur Geschichte der französischen Ostpolitik“ zum Dr. phil. Anschließend arbeitete sie bis Kriegsende am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin. Nebenbei studierte sie an der dortigen Universität von 1940 bis 1942 Rechtswissenschaften. Die Kombination aus geschichts- und (völker)rechtswissenschaftlicher Bildung prädestinierte Ellinor von Puttkammer für eine Tätigkeit in der Außenpolitik.

Ellinor von Puttkammer hatte Verwandtschaft auch jenseits der deutsch-polnischen Grenze, und dem östlichen Nachbarn galt denn auch ihr besonderes Interesse. Sie erlernte die polnische Sprache und war bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges des Öfteren in Polen, wo sie den mittlerweile ausgestorbenen Zweig ihrer Familie kennenlernte. 1944 erschien im Krakauer Buchverlag ihre spätere Habilitationsschrift „Die polnische Nationaldemokratie“. Diese Arbeit über die maßgeblich an der Gründung Zwischenkriegspolens beteiligte Partei Roman Smowskis errang nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen selbst den Status eines Standardwerkes über



Ellinor von Puttkamer

dieses wichtige Thema der polnischen Geschichte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte Puttkammer ihre wissenschaftliche Arbeit fort. Ab 1946 arbeitete sie an der juristischen Fakultät der Universität Mainz als Assistentin und an der Universität als Lehrbeauftragte. 1951 habilitierte sie sich mit ihrem sieben Jahre zuvor erschienen Werk über Polens Nationale Demokratie und erwarb die Lehrbefugnis für Vergleichende Verfassungsgeschichte und Osteuropäische Geschichte. Erst nur als Privatdozentin tätig, erhielt sie 1963 schließlich eine außerplanmäßige Professur an der Universität Bonn.

Ellinor von Puttkammer begnügte sich jedoch nicht mit einer wissenschaftlichen Karriere. Im Jahre der Verkündung des Grundgesetzes beginnt sie als Regierungsrätin eine Laufbahn im höheren Dienst. Ihr Arbeitsplatz sind das Rechtsamt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes beziehungsweise das Bundesjustizministerium. Dort beschäftigt sie sich als Hilfsreferentin mit Besatzungsrecht.

Nachdem in Deutschland wieder ein Auswärtiges Amt eingerichtet worden war, wechselte Puttkammer 1953 in den Auswärtigen Dienst. Dort beschäftigte sie sich drei Jahre als Referatsleiterin mit den Europäischen Gemeinschaften und der politischen Integration in Europa. 1956 erweiterte sich ihr Betätigungsfeld. Als politische Referentin kam sie für vier Jahre an die Botschaft bei den Vereinten Nationen nach New York. Auch nach ihrer Rückkehr in die Bonner Zentrale blieben die UN erst einmal ihr Arbeitsgebiet, sie übernahm die Leitung des entsprechenden Referats. 1969 holte sie ihre europapolitische Vergangenheit jedoch wieder ein. Sie wurde zum Chef der deutschen Mission beim Europarat in Straßburg berufen. Mit der Übernahme dieses Amtes, das sie bis zu ihrer Pensionierung im Jahre 1974 bekleidete, war Ellinor von Puttkamer der erste weibliche Botschafter der Bundesrepublik. Vor zehn Jahren, am 13. November 1999, verstarb die Junggesellin in Bonn. *M.R.*

Der bittere Preis der Einheit

Der Fall der Mauer besiegelte das Ende der SED-Diktatur, aber auch den Verlust der deutschen Ostgebiete

Parlamentsalltag in der Bonner Republik. Der Bundestag tritt zur 174. Sitzung der elften Wahlperiode zusammen. Es ist Donnerstag, der 9. November 1989, und morgens um 9 Uhr schien an diesem historischen Tag noch alles seinen gewohnten Gang zu gehen.

Vor allem für den Abgeordneten Wilfried Böhm war die Welt in Ordnung. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth nahm einen ihm zuvor erteilten Ordnungsruf zurück. Der Anlass: Böhm – von den Lesern dieser Zeitung als langjähriger Autor geschätzt – hatte die spätere Bundesministerin Heidi Wieczorek-Zeul der Zusammenarbeit mit Mauermördern geziehen.

Zehn Stunden später war für eben diese Mauermörder die Welt nicht mehr in Ordnung. Während das Bundestagsplenum sich über die soundsovielte Rentenreform, Streichung des Sterbegelds für Abgeordnete, Einkommenseinbußen der Getreidebauern und Verbesserung des Gemeinnützigkeitsrechts zum Tagesordnungspunkt „steuerliche Erleichterungen für Sportvereine“ vorarbeitet, tagt in „Berlin, Hauptstadt der DDR“, das Zentralkomitee der SED. Der Leiter des DDR-Passwesens, Gerhard Lauter, legt den Entwurf eines neuen Reisegesetzes vor. Kernaussage: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen beantragt werden ... Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD beziehungsweise zu Berlin (West) erfolgen“ – und zwar schon ab dem 10. November. Zwar ahnt Honecker-Erbe Egon Krenz: „Wie wir's machen, machen wir's verkehrt.“ Die wahre Tragweite aber begreift noch niemand im ZK. Achtlos wird der Zettel mit Lauters Entwurf abgenickt und Günter Schabowski zugeschoben, „für die heutige Pressekonferenz“. An sich hatte der Beschluss die Sperrfrist 10. November, 4 Uhr morgens. Doch das bekam Schabowski nicht mit, der bei diesem Teil der Sitzung nicht im Raum war.

18 Uhr: Schabowski, in Personalunion Regierungssprecher und Chefredakteur des SED-Organs „Neues Deutschland“, begrüßt die in Ost-Berlin akkreditierte internationale Presse. Mit langatmigen Verlautbarungen über die Machterhaltungs-Diskussionen im ZK schläfert er die Kollegen ein.

Derweilen nähert sich der Bundestag einem SPD-Antrag zwecks Steuerermäßigung für Schwulen- und Lesbenvereine (Zwischenruf von der CDU/CSU: Das ist sehr einschläfernd!). Hüben wie drüben ahnt noch niemand, dass in wenigen Minuten Weltgeschichte geschrieben wird.

18.51 Uhr: Schabowski wähnt sich bereits am Ende seiner Pressekonferenz. Da fragt ein italienischer Journalist, ob es Neues in Sachen Reisegesetz gibt. Dem Regierungssprecher fällt der Zettel ein, den Krenz ihm zugesteckt hat. Offenbar nicht mit dem Inhalt vertraut, liest er stockend die entscheidenden Sätze bezüglich der Reisefreiheit vor. Ein Kollege von „Bild“ fragt nach, ab wann. Schabowski: „Nach meiner Kenntnis ist das sofort, unverzüglich.“

Wenige Minuten später legt er in einem Interview mit einem US-Fernsehsender nach und bekräftigt ausdrücklich, dass ab sofort jeder DDR-Bürger durch die Mauer (die er dezent „the border“ nennt) nach Westen gehen darf. Das klingt nicht nach Zufall oder Versehen.


Über dem Zehn-Punkte-Programm: Bundeskanzler Kohl und Vizekanzler Genscher Bild: Darchinger

Die weltverändernde Passage dieser denkwürdigen Pressekonferenz geht in West und Ost über die Bildschirme, erreicht Millionen von Menschen. Nur im Gebäude des ZK und in der Parteibonzensiedlung Wandlitz, auch bekannt als Volvograd, bekommt keiner der SED-Gewaltigen etwas mit vom nahenden Ende – das „Tal der Ahnungslosen“ einmal anders herum.

Ganz anders hingegen beim „Klassenfeind“ in Bonn. Minuten nach der Übertragung der Pressekonferenz ruft Bundestagsvizepräsident Dieter-Julius Cronenberg den CSU-Abgeordneten Karl-Heinz Spilker auf. Der teilt, bevor er zu seinem Thema, der Vereinsförderung, kommt, dem Plenum mit: „Ab sofort können DDR-Bürger direkt über alle Grenzstellen zwischen der DDR und der Bundesrepublik ausreisen.“ Das Protokoll vermerkt: „Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD“, nicht jedoch bei den Grünen. Während das Plenum sich noch eine gute Stunde lang eher lustlos und desinteressiert an Übungsleiterpauschalen und Vereinsspenden abarbeitet, informiert Bundesinnenminister Rudolf Seiters telefonisch Bundeskanzler Helmut Kohl, der zum Staatsbesuch in Polen weilt.

Gegen 20 Uhr: Immer mehr Menschen versammeln sich auf beiden Seiten der Berliner Grenzübergänge. An der Bornholmer Straße spitzt sich die Lage bald zu. Der Diensthabende, Oberstleutnant Harald Jäger, fragt seine Mitarbeiter, vor allem aber sich selbst: „Was soll ich tun? Ausreisen lassen? Oder soll ich schießen lassen?“ Seine Vorgesetzten lassen ihn im Stich, sind nicht erreichbar oder wissen auch nicht, was zu tun ist. Eigenmächtig entscheidet er: Es wird nicht geschossen! Um 20.30 Uhr öffnet er erste „Ventile“ (Ausreise mit getarntem Ausbürgerungsstempel), um 22.30 Uhr lässt er die Schlagbäume heben und Zigtausende unkontrolliert hinüber in den Westen (und später auch wieder zurück). Stasi-Offizier Jäger – einer der Helden dieses Abends.

In Bonn unterbricht Vizepräsidentin Annemarie Renger um 20.22 Uhr die Bundestagssitzung für eine halbe Stunde. Rudolf Seiters, SPD-Chef Jochen Vogel, Unionsfraktionschef Alfred Dregger, Grünen-MdB Helmut Lippelt und FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnik geben Erklärungen ab. Wilfried Böhm, mit dem die Sitzung vor zwölf Stunden begonnen hatte, tritt noch einmal in Erscheinung: Gemeinsam mit Helmut Sauer erhebt er sich, stimmt die Nationalhymne an. Die Kollegen von Union, FDP und SPD singen mit, während einzelne (nicht alle!) Grüne fluchtartig den Saal verlassen.

Der Rest dieses denkwürdigen Tages: pure Freude über das Ende der Teilung. Dass die Einheit in Recht und Freiheit einen hohen politischen Preis hat, wird im Freudentaumel verdrängt. Bald aber zeigt sich: Die Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegs-Teilstaaten wird erkauft mit dem Verzicht auf uralte deutsche Provinzen und Siedlungsgebiete im Osten. Wieder einmal sind es die Millionen Heimatvertriebenen, allen voran Ostpreußen, Schlesier, Pommern und Sudetendeutsche, die die Zeche von 1945 zu zahlen haben. Für sie ist und bleibt der 9. November ein Freudentag mit bitterem Beigeschmack. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Deutscher Schicksalstag

Am 9. November 1989 ist die Mauer gefallen. Was ist dagegen das politisch gewählte Datum des 3. Oktober? Die Größe eines Tages liegt ja nicht darin, dass bedeutende Männer ihre Unterschrift unter ein Schriftstück gesetzt haben, sondern darin, dass der friedlichen Revolution des Volkes der Durchbruch gelang. Der 9. November wäre darum gerade für eine Republik und Demokratie ein mehr als angemessenes Datum für einen Nationalfeiertag.

Nun wird dem entgegengehalten, dass der 9. November nicht nur in positiver Hinsicht ein deutscher Schicksalstag sei. Dabei wird auf den Hitler-Putsch 1923 und die „Reichskristallnacht“ 1938 verwiesen. Doch wo steht geschrieben, dass ein Nationalfeiertag nur fröhlich und nicht auch nachdenklich-besinnlich begangen werden dürfte? Letzteres wäre einem Volk der Dichter und Denker nicht unangemessen.

Auf der anderen Seite ist es ja ganz nett, dass die politisch Verantwortlichen dem angeblichen „Tätervolk“ auch einmal einen Tag uneingeschränkter Freude gönnen wollen. Doch ist der 3. Oktober hierfür das richtige Datum? Immerhin regelte der Zwei-plus-vier-Vertrag für Deutschland nicht nur die Rückgewinnung der Souveränität und die Vereinigung seines westlichen mit dem mittleren Teil, sondern auch die sang- und klanglose Aufgabe seines Ostens.

Zudem ist der Nationalfeiertag der Franzosen, der den Bundesbürgern so gerne als Vorbild präsentiert wird, der 14. Juli, auch nicht frei von Belastungen. Schließlich wurden bei der Erstürmung der Bastille nicht nur Verbrecher und Geisteskranke befreit, sondern auch unschuldige Wachleute brutal ermordet. Und die am 14. Juli 1789 ausgelöste Revolution brachte neben „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ weit mehr Tote als der „Marsch auf die Feldherrnhalle“ und die „Reichskristallnacht“ zusammen. *M. R.*

»Ich bin Bulgare, Bulgaaaare!«

Was Aleko Konstantinow seinen Baj Ganjo in Europa erleben lässt

Sofia 1880: Baj Ganjo, Rosenölhändler aus dem Rodopen-Gebirge, fährt nach „Europa“ – in einem bulgarischen Zug mit bulgarischer Lokomotive, davon überzeugt, „Europa wird sehen, dass Bulgarien nicht schläft“. Es wird Abend, im ganzen Zug gibt es kein Licht – „das haben wieder die verdammten Ausländer getan“ – und zuletzt bestätigt die Reisegesellschaft die alte Regel, dass „Balkan“ dort ist, wo Zugtoiletten kurz nach Grenzübertritt zum Davonlaufen aussehen.

So steht's im erzkomischen Geschichtenzyklus um Baj Ganjo, ein literarisches Kind von Aleko Konstantinow (1863–1897). „Schtastliweza“ (der Glückliche) nannte er sich, und so heißt auch Sofias „Hausberg“, zu dem Konstantinow eine Massenwanderung ausrichtete, die ihn zum Begründer des bulgarischen Naturschutzes machte.

„Vesela Balgarija“ (Fröhliches Bulgarien) hieß ein Literatenzirkel, dem Konstantinow vorstand und in dem er seine Baj-Ganjo-Stories dem Lachtest unterzog. Seinen Helden schickte der Dichter durch ganz Europa, von einem „Clash of civilisations“ zum nächsten. In einem Wiener Hallenbad schockt Baj Ganjo, die Beine von bunten Balkan-Strümpfen verfärbt, die „versteinerten Deutschen“ mit abenteuerlichen Schwimmstilen und Sprüngen und steht schließlich auf dem Sprungturm, wie King Kong auf die Brust trommelnd und brüllend: „Ich bin Bulgare, Bulgaaaare!“ Ähnlich bricht der in Kleidung, Manieren, Sprache und Gehabe so archetypische Bulgare in Budapester Opernabende, Dresdner Trauerfeiern und Prager Ausstellungen ein, stellt alles auf den Kopf und wundert sich dann, wie verrückt seine Umgebung aussieht.


Aleko Konstantinow

Auch Aleko Konstantinow war Bulgare – klüger und gewitzter als das Gros seiner Landsleute, aber ihnen ehrlich zugetan. Er kannte sie, hat ihre archaischen Sprachkonventionen im Ohr gehabt, ihre bäuerische Souveränität geschätzt, ihren Witz geliebt und sie mit Baj Ganjo in verrückteste Situationen gelotst, aus denen sie immer wieder freikamen. Wer heute, ein gutes Jahrhundert später, seine Baj-Ganjo-Stories wieder liest, der staunt über die Gleichheit bulgarischer Emotionen: „Europa“ damals wie heute. Heute ist es für Bulgaren Chiffre für kühle Prüfung eigener Perspektiven und rationale Annahme von Brüsseler „Hausaufgaben“. Für Konstantinow war „Europa“ ironische Messlatte bulgarischer Andersartigkeit, die nicht unsympathisch, aber auch nicht „europäisch“ ausfiel: Geografische Nähe bringt nicht automatisch entwicklungspolitischen Gleichschritt.

Aleko Konstantinows Porträt ziert schon lange den bulgarischen 100-Lewa-Schein. Bulgarien ist seit Januar 2007 EU-Land, kriegt irgendwann den Euro – der spätestens dann (neben lateinisch und griechisch) auch kyrillisch beschriftet sein wird, eine Schrift, die Bulgaren im Jahre 893 „erfanden“. *Wolf Oschlies*

Zoologie war sein Leben

Der Autor von »Brehms Tierleben« war auch ein Meister des Wortes

Der Namensgeber von „Brehms Tierleben“ kam am 2. Februar 1829 in dem thüringischen Dörfchen Unterrenthendorf als Sohn des Pfarrers Christian Ludwig Brehm und dessen zweiter Ehefrau Bertha zur Welt. Der Vater war ein anerkannter Hobbyornithologe und seine Forschungen weckten früh Alfred Brehms Interesse für die Zoologie. Von Beruf wollte Brehm jedoch Architekt werden, und so machte er nach dem Schulbesuch ab 1844 eine Lehre bei einem Baumeister in Altenburg, erlernte das Maurerhandwerk und besuchte die Altenburger Kunst- und Handwerksschule. 1846 zog er nach Dresden um, um dort Architektur zu studieren.

Wenig später bot der renommierte Vogelkundler Johann Wilhelm von Müller dem 28-Jährigen jedoch an, ihn auf eine Afrikaexpedition als Sekretär und Gehilfe zu begleiten. Begeistert griff Brehm zu. Nach nur zwei Semestern brach er sein Studium ab und nach Afrika auf. An der Seite des Barons bereiste er während einer fünfjährigen Expedition Ägypten einschließlich der Sinai-Halbinsel und den Sudan. Diese Reise brachte Brehm seinen Durchbruch als Vogelkundler. Er verarbeitete seine Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse zu dem 1853 in Jena erschienen Werk „Reiseskizzen aus Nordost-Afrika“ und wurde in die renommierte Akademie der Naturforscher (Leopoldina) aufgenommen.


Alfred Brehm

Die Würfel waren gefallen. Brehm hatte Blut geleckt, ließ die Architektur Architektur sein und begann 1853 ein Studium der Naturwissenschaften in Jena, das er bereits zwei Jahre später mit der Promotion abschloss. Es folgten weitere Forschungsreisen durch Europa, Afrika und Asien. Brehm verstand es, diese Reisen zu gerne gelesenen populärwissenschaftlichen Abhandlungen literarisch zu verarbeiten. Seine Veröffentlichungen finden im Bildungsbürgertum derart viele Leser, dass der Verleger Hermann Julius Meyer ihn für sein Bibliographisches Institut um ein großes, vielbändiges Nachschlagewerk über das Tierreich bittet. Das Ergebnis wird ab 1864 veröffentlicht. Unter der Bezeichnung „Brehms Tierleben“ wird es weltberühmt.

Neben seinem so erfolgreichen literarischen Schaffen war Brehm auch als Zoodirektor tätig. So leitete er ab 1863 erst den Zoologischen Garten Hamburg und danach das Berliner Aquarium Unter den Linden. Sein Hauptmetier blieb jedoch das geschriebene und gesprochene Wort. Vortragsreisen führten ihn bis in die Vereinigten Staaten. Gezeichnet von den Strapazen seiner USA-Reise, einer Malaria-Erkrankung, die er sich bereits in jungen Jahren in Afrika zugezogenen hatte, sowie vom frühen Tod seines an Diphterie erkrankten jüngsten Sohnes, starb Alfred Brehm im Alter von nur 55 Jahren am 11. November 1884 in seinem Geburtsort, in den er sich auf der Suche nach Ruhe zurückgezogen hatte. *M. R.*

Als Machtfaktor versagt

Zu: „FDP contra Steinbach“ (Nr.43)

Von solchen Typen wie Westerwelle und den polnischen Nationalisten sollten wir uns nichts vorschreiben lassen. Das Dokumentationszentrum soll wohl das Niveau der Ausstellung im „Deutschen Historischen Museum“ (*PAZ* Nr. 37) haben.

Frau Merkel hilft doch offensichtlich ihrer Parteifreundin Erika Steinbach auch nicht. Sie taktiert nur mit unseren Stimmen, da sie weiß, dass Rot-Rot-Grün für uns noch schlimmer wäre. Wir sind doch nur nützliche Idioten für die ehemalige FDJlerin.

Meine Eltern hatten die Möglichkeit, nach der Gründung der Bundesrepublik mit einer Partei der Vertriebenen ein Machtfaktor zu sein. Sie haben versagt, genau wie die „Grauen Panther“, die ja locker 20 Millionen Stimmen gewinnen könnten.

Vorschlag: Wir Heimatvertriebenen bauen ein eigenes Zentrum. Wie? Die *PAZ* und der Bund der Vertriebenen sollten Vertriebene und andere um Spenden bitten. Es gibt doch ganz sicher Heimatvertriebene, die es zu Wohlstand und Reichtum gebracht haben.

Dr. Helmut Klimmek, Krefeld

Russen bejubeln einen Verbrecher

Zu: „Prozess um Stalins Ehre“ (Nr. 38)

Hitler hatte auch Verwandte. Die sollen es einmal wagen, die Ehre Hitlers verteidigen zu wollen. Sie würden in der Luft zerrissen und auf Lebenszeit geächtet. Anders in Russland, wo in Teilen ein Stalinkult blüht. Auch wenn er etwa 20 Millionen Menschen auf dem Gewissen hat und Hitler weit überbietet, zählt das für viele Russen nicht. Er hat mit der Ausrufung des „Großen vaterländischen Krieges“ eine Geschichte geschrieben, die mit dem Untergang unseres Landes endete. Auch wenn uns Russland ohne die Unterstützung der Alliierten nie besiegt hätte – man betrachte einmal, wo überall deutsche Soldaten kämpften –, nur der Erfolg zählt. Und auch ungezählte Gräueltaten der Roten Armee sind vergessen oder unter den Teppich gekehrt. In Berlin-Treptow steht in Übergröße der Sowjetsoldat, der Friedensbringer und Menschenfreund (100 000 Vergewaltigungen hat er allein in Berlin auf dem Gewissen). Wie unlängst zu lesen war, soll in Russland die Geschichte festgeschrieben werden. Wer andere Meinungen verbreitet, soll bestraft werden.

Detlef Hillebracht, Lünen

Blickerweiterung

Zu: *PAZ*

Seit nunmehr einem Jahr lese ich regelmäßig und komplett die *PAZ* und ich bin erstaunt, wie sich doch mein Weltbild verändert hat, insbesondere auf dem Gebiete der deutschen Geschichte und deutschen Kunst und Wissenschaft.

Es werden in den Massenmedien stets dieselben, eng gehaltenen Ansichten, Themen und Namen verbreitet – und all der Reichtum unserer und anderer Kulturen und Ideen bleibt verborgen. In diesem Sinne – obwohl ich in einigen Grundhaltungen nicht übereinstimme – ist die Lektüre der *PAZ* mir eine echte Bereicherung, eine Blickerweiterung.

Peter Linnemann, Santander, Spanien

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



„Die Brücke“: Der Film aus dem Jahr 1959 schildert sehr realistisch und kompromisslos das Schicksal von sieben Jungen, die in den letzten Kriegstagen noch Soldat geworden sind. Bild: pa

Kino damals unter Tränen verlassen

Zu: „Fehlgeleiteter Idealismus“ (Nr. 42)

Bernhard Wickis Antikriegsfilm „Die Brücke“ hat Filmgeschichte geschrieben. Der Zeitpunkt für die Uraufführung ist interessant, denn drei Jahre zuvor hatte Adenauer die Wehrpflicht in der BRD wieder einführen und 5000 kriegserfahrene Wehrmachtsoffiziere für den Dienst in der Bundeswehr reaktivieren lassen.

So war es die moralische Tiefenwirkung des ehrlichen, frei von Pathos und Klamauk gedrehten Films, der den Pazifismus in Deutschland ganz wesentlich gefördert hat. Auch ich habe damals unter Tränen das Kino verlassen, denn 16 meiner älteren HJ-Kameraden fielen an der Straße Gera/Frankenthal unter ähnlichen Bedingungen. Ich sah sie noch lachend, über den Gegner Witze machend, den Plattenwagen vollgestapelt mit Panzerfäusten, durch die Stadt ziehen. Sie glaubten, mit einigen Fähnrichen von der Fahnenjunkerschule Weilburg/Lahn General Pattons Panzerspitzen vor der Stadt aufhalten zu können. Nur zwei Tage später kapitulierte die Geraer Garnison kampflos.

Nicht fehlgeleiteter Idealismus allein trieb die Jugend auf Leben und Tod freiwillig in die Schlacht, nicht mal der Glaube an Hitler und den Endsieg. England und Frankreich hatten Deutschland den Krieg erklärt. Roosevelt ließ schon ab 15. September 1941, das heißt drei Monate vor Hitlers Kriegserklärung, den Atlantik zur US-Kriegszone ausrufen und dort deutsche U-Boote jagen.

Das alles und die barbarischen Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung erzeugten den übermächtigen Wunsch nach Rache. Im Kampf wurde die Rache zur befreienden Tat.

Verstehen kann das nur, wer dabei war und aus der Geschichte gelernt hat.

Dieter Bock, Burgstall

Polemik pur

Zu: Leserbrief „Hitler durch Weglassung von Schuld reinwaschen“ (Nr. 40)

Die Erklärung der Bundeskanzlerin am 1. September vor aller Welt, dass Deutschland allein schuldig am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sei, hat mich nicht verwundert. Dass aber ein Leser der *PAZ* behauptet, der anerkannte Historiker Schultze-Rhonhof habe in seinem Buch Hitler durch Weglassung von Schuld reingewaschen, macht mich fassungslos. Ich wollte eigentlich über diesen überwiegend polemischen Brief einfach hinwegsehen. Die vielen Neuauflagen des Buches sprechen für sich.

Dieter Schulz, Bremerhaven

»Gender«-Faschismus diskriminiert Männer

Zu: „Wirklich benachteiligt?“ (Nr. 41)

Im Bereich des öffentlichen Dienstes wird die angebliche Schlechterbezahlung von Frauen gerade vom Typus der kinderlosen Karrierefrau, die ihre hohe Position aufgrund ihres Geschlechtes im Rahmen der „Frauenförderung“ erreicht hat, gepredigt.

Ziel ist dabei nicht – wie behauptet –, eine angebliche Benachteiligung aller Frauen (besonders Mütter) zu beseitigen, sondern eine weitere Bevorzugung einiger Frauen ohne sachlichen Grund durch die Diskriminierung vieler anderer (besonders Männer) zu erreichen. So demaskiert sich die widerwärtige Fratze des „Gender“-Faschismus selbst.

Teilzeitkräfte erhalten im öffentlichen Dienst nicht nur pfenniggenau denselben Stundensatz wie Vollzeitkräfte. Sofern beamtet, leisten die Dienstherren durch die ungekürzte Beihilfe im Krankheitsfall für Teilzeitkräfte sogar prozentual mehr.

Dozenten der Fachhochschule für den öffentlichen Dienst in NRW berichten, dass für Inspektorenlehrgänge inzwischen zu 80 Prozent Frauen eingestellt werden. Eine Diskriminierung von Frauen liegt hier offenkundig nicht vor, sondern das Gegenteil. Diese Dozenten müssen sich sogar bei der SchulleiterIn rechtfertigen, wenn sie männlichen Studenten sehr gute Noten geben.

Abschließend ein männliches „Karrierebeispiel“ nach erfolgreich bestandener Inspektorenprüfung: Lebensalter 43 Jahre, öffentlicher Dienst, 23 Jahre in Vollzeit, 1992 Beförderung zum Oberinspektor. Mit denselben Eckdaten dürfte kaum eine Frau zu finden sein, die heute noch „nur“ Oberinspektorin wäre.

Eignung, Befähigung und fachliche Leistung sind im öffentlichen Dienst dieser Republik für Karrieren gerade nicht entscheidend, obwohl das Grundgesetz dies zwingend vorschreibt.

Joachim Ruhnau, Döttesfeld

Prinzenerlass gab es nicht

Zu: „Des letzten Kronprinzen dritter Sohn“ (Nr. 39)

Der Autor erwähnt hier den „antimonarchistischen Prinzenerlass von 1940, mit dem Adolf Hitler Kriegshelden aus vormaligen Fürstenhäusern verhindern wollte“. Er habe damit den Einsatz von Prinzen an der Front verboten. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. In Martin Molls „Führer-Erlasse“, Stuttgart 1997, einer Sammlung aller Erlasse Hitlers, existiert kein Prinzenerlass.

Victoria Luise berichtet in „Ein Leben als Tochter des Kaisers“, dass Hitler dem Landgrafen Philipp von Hessen mitteilte: „Einen Erlass in dieser Form gibt es nicht, und Ihre Söhne können selbstverständlich jederzeit Offizier werden. Ich muss es aber ablehnen, dass die Söhne der fürstlichen Häuser in die Armee eintreten, die sich durch Worte oder Handlungen gegen den NS-Staat oder mich stellen.“

Hitlers Misstrauen war begründet, denn zum Beispiel gehörten Prinz Louis Ferdinand und Prinz Friedrich, der Sohn von Kronprinz Wilhelm, dem Widerstand an.

Egmont Prinz zur Lippe-Weißenfeld erwarb als Nachtjäger 1944 das Eichenlaub, Prinz Sayn-Wittgenstein, ebenfalls Nachtjäger, sogar die Schwerter zum Ritterkreuz mit Eichenlaub.

Ingeborg Pohl, Lüneburg

Dem Tod in den Lagern mehrfach nahe – Rotes Kreuz rettete

Zu: Leserbriefe Rheinwiesenlager

Was meine Leidensgenossen berichten, kann ich voll bestätigen. Von April bis August 1945 habe ich unter freiem Himmel im Lager Sinzig überlebt. In einem Leidensmarsch, unter Kolbenhieben der französischen Bewachung, habe ich dann das Lager Andernach erreicht. Hinter dem Lagertor bin ich dann mit über 40° Fieber zusammengebrochen. Auch nach viermonatigem Aufenthalt im Lazarett waren die Wunden am Kopf und im linken Oberschenkel nicht verheilt. Der Bombensplitter im Schenkel hatte durch den langen Marsch eine eitrige Entzündung bewirkt. Mein Überleben kann ich einem deutschen Militärpfarrer verdanken, der beim französischen Offizier der Wachmannschaft eine ärztliche Behandlung verlangte. Die erste Antwort lautete: „Nazi-Schwein soll verrecken.“ Nach weiteren Protesten kam dann ein Zweiradkarren, von einem Esel gezogen. Man warf mich darauf und ich bekam sogar ein Bett im deutschen Krankenhaus (Heil- und Pflegeanstalt). Nach einigen Tagen brachte man mich wieder zurück, wo das verlassene Lager aufgeräumt werden musste. Die Insassen wurden nach Frankreich zur Zwangsarbeit gebracht. In den letzten Viehwaggon kamen wir und wurden in Südfrankreich am Fuße der Pyrenäen ins ehemalige Barakkenlager „Rivesaltes“ verbracht. Mein Körpergewicht war etwa 40 Kilo und ich war an Ruhr erkrankt. Daher kam ich in ein Krankenlager in der so genannten „Sterbebarake“. Dort haben Rotkreuz-Schwestern die Gefangenen versorgt. So eine Frau kümmerte sich um mich, ihr verdanke ich mein Leben. Sie hat mich trocken gelegt, mich gewaschen, mir Tee eingeflößt und mich gefüttert. Es wurde mir im wahrsten Sinne des Wortes ein „Schutzengel“ geschickt. Der Tod besuchte uns jede Nacht. Jeden Morgen wurden die Leichen auf einen Karren gepackt und zur Bestattung gebracht. Ein Kommando von 60 Mann schaufelte Gräber. Jeder wollte gerne zu dem Trupp gehören, denn diese Leute wurden verpflegt. Eines Tages, wir hatten neu gewaschene Decken bekommen, standen mehrere Personen in weißen Kitteln vor meinem Lager. Es war eine Kommission des „Internationalen Roten Kreuzes“. Der Dolmetscher berichtete über den 18 Jahre alten Mann, meine Krankheit und Verwundung. Ab sofort erhielt ich ein opiumhaltiges Medikament und ich war gerettet. Mit einem Lazarettzug kam ich nach Deutschland.

Gerhard Janzen, Oberhausen

Traurige Zukunft

Zu: „Ramadan für alle Londoner“ (Nr. 38)

Das dürfte auch unsere Zukunft sein. Erst Ramadan für alle Berliner und dann auch für das, was einmal Deutschland war.

Können wir eigentlich noch etwas dagegen tun? Zu viele Frauen wollen keine Kinder, und wo keine Geburten sind, da ist auch keine Zukunft. So einfach ist das leider.

Werner Voss, München

DDR-Enteignete sind fast immer schuldlos staatlich Bestrafte – Berlin verweigert Rehabilitierung

Zu: „Deutsche Altlast“ (Nr. 43)

Bei den mitteldeutschen Enteignungen von 1945 bis 1949 geht es in vielen Fällen nicht um Enteignete, sondern um staatlich Bestrafte, die unschuldig als Naziaktivisten und Kriegsverbrecher durch Amtsträger der SBZ und der DDR mit einer Vermögensstrafe belegt worden sind. Diese rechtswidrigen Bestrafungen erfolgten teilweise mittels eines Strafgesetzes für Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und sogar gegen die für deutsche Amtsträger an sich verbindlichen sowjetischen Besatzungsbefehle, die eine Verfolgung und Bestrafung Unschuldiger (wohl aus gegebenem Anlass) ausdrücklich verboten haben.

Erklärend ist diesem Artikel hinzuzufügen, wie die kommunistische und stalinistische Menschenverachtung heute in unserem Staatswesen weiter praktiziert wird: So haben unsere heutigen Amtsträger der Verwaltung und der Justiz seit der Regierung Kohl (Union/FDP) unbemerkt von der vielfach desinteressierten Öffentlichkeit und im Schutz der vielen gleichgeschalteten Medien die Aufgabe, die Verfolgungen Unschuldiger in der SBZ und in der DDR aufrecht zu erhalten, obwohl dies nach § 344 StGB (Verfolgung Unschuldiger) und § 345 StGB (Vollstreckung gegen Unschuldige) eine Straftat ist. Dies geschieht, indem die von deutschen Amtsträgern in der SBZ und in der DDR als erklärte Naziaktivisten und Kriegsverbrecher verfolgten und mit Vermögenseinzug bestraften Personen heute nicht rehabilitiert werden. Denn wenn diese unschuldig vom Staat bestraften Personen heute rehabilitiert werden würden, müsste unser Staat das aus der DDR von ihm 1990 übernommene und dann bereits teilweise an Dritte zu Gunsten der Staatskasse verkaufte Vermögen der Betroffenen ersetzen. Diese praktizierten Rechtsstaatswidrigkeiten sind ein Zeichen dafür, dass unsere Gewaltenteilung wieder ausgesetzt ist.

Das Schlimme an diesem heutigen Unrecht ist, dass die Betroffenen für nicht begangene Untaten weiter als „Naziaktivist und Kriegsverbrecher“ gelten müssen, weil unsere Gerichte mit abwegigen und mit den Rechten der Betroffenen nichts zu tun habenden Begründungen eine Rehabilitierung verweigern. Eine gerichtlich verweigerte Rehabilitierung – aus welchen Gründen auch immer – für eine staatliche Bestrafung einer nicht begangenen Straftat ist letztlich eine Vollstreckung gegen Unschuldige.

Die verheerenden volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieses heutigen Staatsverbrechens können in den neuen Bundesländern besichtigt werden, wie den „ehemaligen“ aber eigentlichen Eigentümern und Leistungsträgern nach kommunistischem Vorbild ihre Tätigkeitsmöglichkeit auf ihrem eigenen Grundstück noch heute – diesmal aus fiskalischen und aus parteienmachterhaltenden Gründen – staatlich verweigert wird.

Es geht in den betroffenen Fällen somit nicht um Enteignungen. Unsere Regierung hat heute lediglich die Aufgabe, für die Wiederherstellung unserer Rechtsstaatlichkeit zu sorgen, wozu auch eine funktionierende Gewaltenteilung gehört. Denn kein unabhängiger Richter würde schuldlos staatlich bestraften Personen die Rehabilitierung verweigern.

Es ist für mich erschütternd, mit welchem unzureichenden Wissen Journalisten in nahezu allen Medien das Thema heute behandeln. So hat die Regierung leichte Hand, dieses Unrecht weiter auszusitzen.

Gerhard Heeren, Partenheim

Das Ostpreußenblatt

Nr. 45 – 7. November 2009

MELDUNGEN

Der neue »Fritz« ist da

Hamburg – Der neue „Fritz“ ist da. Die „Junge Zeitschrift für Ostpreußen“ beschäftigt sich diesmal mit den deutschen Medien und deren Verhältnis zu den Vertriebenen. Außerdem gibt es interessante historische Beiträge sowie Berichte aus dem Verbandsleben des Bundes Junges Ostpreußen (BJO). *PAZ*



Der neue „Fritz“

Museum im Wasserturm

Johannisburg – Die Stadtverwaltung von Johannisburg hat über die Renovierung des dortigen ehemaligen Wasserturm entschieden. Er enthält eine Glaskuppel, zwei Aussichtsetagen und einen Aufzug für Behinderte. Des Weiteren soll der Turm ein Museum beherbergen. Die Baukosten sind noch unbekannt. *PAZ*

Entvölkerte Elchniederung

Heinrichswalde – Die Bevölkerung des Kreisgebietes von Heinrichswalde ist in den letzten drei Jahren weiter zurückgegangen, obwohl im Durchschnitt 600 Menschen pro Jahr zugezogen sind. Grund ist die niedrige Geburtenrate: Den durchschnittlich 17,6 Todesfällen pro 1000 Einwohnern im Jahr standen nur zwölf Geburten gegenüber, berichtet die Kreisverwaltung. Die Bevölkerungsdichte in der ohnehin schon dünn besiedelten Elchniederung beträgt jetzt nur noch 16 Einwohner pro Quadratkilometer. 1939 waren es immerhin 55. Auch die Zahl der Schulen hat sich verringert. Es gibt jetzt nur noch zehn allgemeinbildende Schulen mit 2169 Schülern. Im Jahre 1939 gab es in der Elchniederung 85 Volksschulen mit 7493 Schülern. Die Privatisierung der Landwirtschaft geht nur schleppend voran. Tonangebend sind Großbetriebe in genossenschaftlichem Besitz mit über 3000 Hektar Nutzfläche. Dagegen macht die Versorgung der Bevölkerung mit Telefonanschlüssen Fortschritte, es kommen jetzt 127 (Festnetz-)Telefone auf 1000 Einwohner. Die einzige Zeitung für das Kreisgebiet, die „Slawskie Novosti“ (Heinrichswalder Nachrichten), hat eine Auflage von 2000 Exemplaren. *H. Dz.*

Weggefährten des Menschen

In Königsberg wurde den Katzen ein Fest gewidmet, der »Tag des Katers« – Erinnerung an E. T. A. Hoffmann

In diesem Jahr wurde in Königsberg zum ersten Mal ein ungewöhnliches Fest gefeiert, der „Tag des Katers“. Das Pregelufer auf Höhe des Kulturzentrums „Fischdorf“ blieb für diesen Tag für die Besucher des Fests reserviert.

Die Idee war bereits im Mai entstanden während eines Treffens von Volkskünstlern und Kunsthandwerkern anlässlich der Einweihung des zweiten Gebäudeabschnitts im „Fischdorf“. Weil Pawel Fjodorow, Generaldirektor der „Fischdorf“-Betreibergesellschaft, die Idee gefiel und der Kater schon im Mittelalter in Königsberg als Beschützer der Menschen galt, setzte er sich für die Umsetzung ein.

Im Museum „Königstor“ befindet sich eine Bronzeskulptur des Katers aus dem Märchen von E. T. A. Hoffmann. Es ist eines der bekanntesten Exponate, die das Musem im Jahr 2005 zum Stadtjubiläum angeschafft hatte. Viele Besucher wollen den Kater berühren in der Hoffnung, dass ihre geheimen Wünsche in Erfüllung gehen. Als erster hatte Wladimir Putin die Gelegenheit dazu, als er der Eröffnung des Museums Königstor nach der Restaurierung beiwohnte.

Katzen sind seit Urzeiten Weggefährten des Menschen. Viele Male retteten Katzen ihre Herrchen, indem sie vor Naturkatastrophen und verborgenem Unglück warnten. Eine Legende besagt, dass während der Pest in Königsberg Anfang des 18. Jahrhunderts einige



Der Verein der Katzenfreunde verschenkte am „Tag des Katers“ junge Kätzchen. Bild: Tschernyschew

Katzen ihre Herren retteten, indem sie Ratten und Mäuse fingen, welche die Krankheit übertrugen.

Einer alten Überlieferung zufolge können Katzen angeblich sogar Menschen heilen. Daraus entwickelte sich ein alter Brauch: Bevor man in ein neues Haus einzog, ließ man zuerst eine Katze hinein. Aus dem Verhalten des Tiers zog man Rückschlüsse auf die günstigsten Plätze im neuen Heim.

Obwohl es ein verregneter Septembertag war, strömten schon am Vormittag zahlreiche Gäste zum „Fischdorf“, auf der Pregelpromenade war kein Durchkommen mehr. Manche, die ihren Kater oder ihre Katze mitgebracht hatten, verglichen ihr Tier mit dem Königsberger Maskottchen: Welches glich ihm am meisten? Die Gäste schauten die Tiere an und versuchten sie zu streicheln. Der Verein der Katzenfreunde verschenkte junge Kätzchen.

Das Festprogramm war in zwei Bereiche aufgeteilt. Vor den Mauern des „Fischdorfs“ wurde ein Theaterstück über die Rolle des Katers in der Geschichte Königsbergs aufgeführt. Anschließend bewegten sich die als Kater verkleideten Schauspieler graziös durch die Menschenmenge auf der Promenade. Viele ließen sich mit ihnen fotografieren.

Auf einer Bühne bei der Fischerbörse wechselten sich Kinder- und Jugendgruppen mit Liedern und Vorstellungen zum Thema Katzen ab. Der Dichter Sem Simkin präsentierte die Kinderzeitung „Murr“, die zu Ehren des Königsberger Katers Murr aus den Märchen E. T. A. Hoffmanns ihren Namen erhielt. Die Leser hatten die Gelegenheit, die Herausgeber ihrer Zeitung persönlich kennenzulernen.

Am Kai hatte man zahlreiche Kioske und Stände aufgebaut, die sich natürlich alle um Katzen drehten. Von der Nahrung, Pflegetipps bis zu Porträts wurde alles angeboten. Einen wichtigen Teil des Fests bildete ein Wettbewerb, in dem die Königsberger sich als Maler versuchen konnten. Die übrigen Gäste konnten sich bei einer lustigen Katzenmodenschau, bei Kindergedichten und Liedern amüsieren.

Die Tradition, Katzen zu verehren, gibt es auch in anderen Städten. Die St. Petersburger Eremitage beispielsweise veranstaltet jedes Jahr einen „Tag des Märzkaters“ zum Zeichen des Dankes an die berühmten „Eremitage-Katzen“, welche die Schätze der Weltkunst vor Ratten und Mäusen schützen. Dort gab es 2005 einen Internationalen Tag der St. Petersburger Kater und Katzen. Die Italiener feiern im November den „Tag des Schwarzen Katers“. Und in der belgischen Stadt Ypern gibt es zum Karneval ein Katzenfestival mit Katzenkonzerten und -ausstellungen. Nun hat auch Königsberg einen Tag des Katers, der bei allen gut ankam. *Jurij Tschernyschew*

Über 1945 hinaus

Buchpräsentation in der Handelskammer

Christian Papendicks großformatige Bilddokumentation „Der Norden Ostpreußens – Land zwischen Zerfall und Hoffnung“ gehört mit 1227 Fotografien zu den aufwendigsten Werken dieser Art. Vor wenigen Wochen wurde das seit Anfang Mai erhältliche Buch im Schäfersaal der Hamburger Handelskammer in festlichem Rahmen präsentiert. Der musikalischen Eröffnung durch die Chaconne in G-Dur folgten Grußworte des Hausherren und des Gastgebers. Der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg erklärte launig, dass er als Rheinländer „von der anderen Ecke Preußens“ stamme und verwies voller Stolz darauf, dass seine Kammer 1992 die erste öffentlich-rechtliche Institution aus der Bundesrepublik gewesen sei, die in Königsberg ein Büro habe eröffnen dürfen. Hans-Jörg Schmidt-Trens sprach von der Mammutaufgabe, sich dem Verfall der deutschen Bausubstanz entgegenzustemmen, wobei Papendicks Werk eine besondere Bedeutung zukomme.

Der Gastgeber, das Ostpreußische Landesmuseum, war durch seinen Direktor Joachim Mähnert vertreten. In seinem Grußwort stellte er sein Ziel vor, zukünftig in der Behandlung des Themas Ostpreußen über das Jahr 1945 hinauszugehen. Das betreffe zum einem das Schicksal der Ostpreußen nach ihrer Flucht und Vertreibung in Mittel- und Westdeutschland, aber eben auch die weitere Entwicklung des Landes, und hier passe Papendicks Buch ebenso wie die in Kürze im Ostpreußischen Landesmuseum zu sehende Ausstellung „Es war ein Land ...“ mit dem Untertitel „Der Norden Ostpreußens in Fotografien von Christian Papendick“ perfekt, da dessen Bilder das Nachkriegsostpreußen zeigen.

> »Der Norden Ostpreußens«

Den Höhepunkt der Präsentation bildete ein vom Professor an der Freien Kunstschule Stuttgart Albrecht Leuteritz präsentierter Gang durch das Buch. Unterstützt wurde dieser lebendige Vortrag durch die Projektion von Fotos, Karten und Seiten aus Papendicks Werk.

Den Abschluss bildete eine stimmungsvolle Lesung aus Gertrude Papendicks Erinnerungen an Königsberg durch Regina Pressler sowie ein persönliches Wort des Buchautoren mit anschließendem Signieren. *Manuel Ruoff*

Idealist im Internet

PAZ-Leser Manfred Höhne: Der Mann hinter »Ostpreussen.net«

Wer im Internet über Ostpreußen recherchiert – und immer mehr, vor allem junge Menschen tun das –, der stößt auf ein Angebot von Zehntausenden Seiten. Zwei davon ragen hinsichtlich der Vielfalt ihres Angebots mit Abstand aus dieser Masse hervor: Zum einen natürlich www.ostpreussen.de, die Internetseite der Landsmannschaft Ostpreußen, in die auch die Seite der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* eingebettet ist. Zum anderen aber die Seite „www.ostpreussen.net“.

Mit ihrem enorm vielseitigen und klar gegliederten Angebot macht „ostpreussen.net“ einen überaus professionellen Eindruck. Von praktischen Tipps für Reisende bis zu historischen und landeskundlichen Informationen lässt die Seite, die fast täglich aktualisiert wird, kaum einen Informationswunsch von Freunden Ostpreußens offen. Vergleicht man das Angebot mit der Seite der LO, so hat ostpreussen.net mit ihrem integrierten Forum („Info-Börse“) in punkto Interaktivität die Nase vorn. Dagegen stößt man im – beeindruckend umfangreichen – Personenverzeichnis immer wieder auf „tote“ Verknüpfungen, genauer gesagt auf Artikel, in denen der Name der gesuchten Person teilweise eher beiläufig fällt. Hier hat die Seite der LO mit dem laufend weiter anwachsenden Textarchiv der *PAZ*, das die Möglichkeit der Volltextrecherche bietet, wohl das noch stärkere Angebot. Auch das Bildarchiv der LO hat auf ostpreussen.net keine Entsprechung.

Und doch: „ostpreussen.net“ ist beeindruckend, und schon lange wollten wir wissen, wer denn die Macher hinter diesem Angebot seien. Klar war nur, dass diese die Landsmannschaft Ostpreußen,

> Eine Stange Geld aus der Privatschatulle floss in diese Seite

aber auch die *PAZ* offenbar schätzen: Bei den Verknüpfungen auf „ostpreussen.net“ stehen LO und *PAZ* ganz oben.

„Ich bin ein Preuße, aber im Herzen fühle ich mich auch als Ostpreuße“, erklärte Manfred Höhne, der Mann hinter ostpreussen.net. Er sei als (West-) Berliner vor einigen Jahren ins brandenburgische Bad Saarow gezogen. Von dort betreibe er jetzt die Seite ostpreussen.net, mit der er sein Steckenpferd Ostpreußen pflegt. Die Inhalte der Seite findet Höhne vor allem in Büchern, aber auch in der von ihm abonnierten *Preußischen Allgemeinen*, in Heimatbriefen und zunehmend im Internet. Die Seite existiert seit nunmehr gut vier Jahren. Für die Inhalte zeichnet der 69-jährige Diplom-Kaufmann alleine verantwortlich, die grafische Gestaltung erledigt ein Freund, Peter Ritter aus Gumbinnen.

Obwohl die Seite inzwischen an die 30000 Zugriffe im Monat verzeichnet und damit beispielsweise für Anbieter von Ostpreußen-Reisen oder Büchern durchaus interessant sein könnte, verzichtet der preußische Idealist Höhne bisher ganz auf Werbung. Der Glaubwürdigkeit seines Informationsangebots kommt das natürlich zugute, allerdings ist die Seite für ihn damit ein reines Zuschussgeschäft, in das der pensionierte Freiberufler im Laufe mehrerer Jahre den Gegenwert eines Mittelklassewagens gesteckt hat.

Über den Internetauftritt der Landsmannschaft, der hinsichtlich der Zugriffszahlen „ostpreussen.net“ erst vor wenigen Monaten überholen konnte, spricht Höhne mit viel Respekt. „Wir sollten uns einmal in Ruhe darüber austauschen, wie wir zusammenarbeiten könnten“, erklärte er am Telefon spontan. *K. B.*

Zweisprachig

Grundschule in Raschau (OS.) eröffnet

Zu Beginn dieses Schuljahres wurde in Raschau die erste zweisprachige Grundschule im Bezirk Oppeln eröffnet. Zur Eröffnungsveranstaltung waren einige hundert Besucher erschienen, sehr viele Kinder und zahlreiche prominente Gäste, unter ihnen der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Bernard Gaida, und der deutsche Konsul in Oppeln, Ludwig Neudorfer.

An der Schule werden 56 Schüler in sechs Klassen von 13 Lehrern unterrichtet. Zweisprachig ist zunächst nur die erste Klasse. Die Zweisprachigkeit wird – wie bereits zuvor bei der zweisprachigen Grundschule in Ratibor-Studen – von Schuljahr zu Schuljahr ausgebaut. Ziel ist mittelfristig, fächerübergreifend gemäß den Bestimmungen der polnischen Bildungsverordnung auch in deutscher Sprache zu unterrichten.

Träger der Privatschule ist der Verein „Pro Liberis Silesiae“. Der Verein war am 26. November 2008 von 15 Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen worden. Vorsitzende des Vereins ist Margarethe Wysdak, stellvertretende Vorsitzende Garbriele Pampuch. Ziel des Vereins ist es, das Bildungsniveau der Kinder zu steigern und insbesondere den muttersprachlichen Deutschunterricht zu fördern. Die Kinder stehen ausdrücklich im Mittelpunkt des Projektes. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, die deutsche Kultur kennenzulernen. Da zuvor eine Schließung der Grundschule in Raschau von den Behörden beschlossen war, ergab sich die Möglichkeit der Übernahme der Schule einschließlich Kindergarten und Weiterführung in Eigenregie. *AGMO-Intern*

56 Schülern stehen 13 Lehrer gegenüber

Käse aus Marienwerder

Deutschland ist wichtigster Kunde der polnischen Agrar- und Lebensmittelbranche

Schlesische Wurstspezialitäten und die polnische Hafermastgans als Weihnachtsbraten: Das kennen und schätzen viele Menschen in Deutschland. Wurst und Fleisch gehören zu den polnischen Exportschlagern bei den Lebensmitteln. Doch auch Spirituosen (Wodka, Liköre), Süßwaren, Obst und Gemüse, Fisch und Molkereiprodukte – aber auch Tabakwaren – werden in Polen produziert und exportiert. Insgesamt für rund elf Milliarden Euro 2008. Das macht etwa 20 Prozent des gesamten polnischen Exports.

Alle zwei Jahre trifft sich die Lebensmittel-Branche der ganzen Welt auf der „Allgemeine Nahrungs- und Genussmittel-Ausstellung“ (Anuga) in Köln. 6200 Aussteller aus 97 Ländern waren dieses Jahr im Oktober dabei. Polen, seit April 2005 EU-Mitglied, gehörte auch in diesem Jahr zu den großen Aussteller-Ländern. Mit 118 Unternehmen rangierte es an 13. Stelle der Messeaussteller. Der EU-Beitritt vor fünf Jahren löste in der polnischen Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie eine Euphorie aus und ließ 2005 die Zahl der Anuga-Aussteller und -Fachbesucher um rund 60 Prozent gegenüber 2003 ansteigen: Kamen 2003 noch 82 Aussteller und etwa 1000 Fachbesucher aus Polen, so schnellten diese Zahlen seitdem um 50 Prozent in die Höhe.

Der polnische Außenhandel mit Agrarprodukten war in den vergangenen vier Jahren relativ stabil. Der Export polnischer Nahrungsmittel im ersten Halbjahr 2009 sank leicht um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 5,46 Milliarden Euro. Rund 80 Prozent davon gehen in die 26 EU-Staaten, etwa zehn Prozent nach Russland und den GUS-Staaten.

Deutschland ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner der polnischen Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie. Allein 22 Prozent des Exports entfielen auf Polens westlichen Nachbarn. Umgekehrt führte Polen für zirka 950 Millionen Euro landwirtschaftliche Produkte aus Deutschland ein (Exportüberschuss: 237 Millionen Euro). Insgesamt erzielte die polnische Landwirtschaft und Lebensmittelbranche im ersten Halbjahr 2009 ein Exportplus von 1,15 Milliarden Euro.

Einer der 118 polnischen Anuga-Aussteller ist das Molkerei-Unternehmen Polmlek mit Vertriebszentrale in Allenstein. Die Polmlek-Gruppe ist nach eigenen Angaben viertgrößte Molkerei des Landes. Export-Manager Krzysztof Przybyla: „Polmlek verarbeitet rund 2,5 Millionen Liter Rohmilch pro Tag zu Butter, Käse und Molkereiprodukten. An acht Standorten arbeiten etwa 1800 Beschäftigte.“

So produzieren 420 Beschäftigte in Heilsberg Milchprodukte unter dem Markennamen „Warmia“, in Allenstein, der Vertriebszentrale, kümmern sich 160 Mitarbeiter um Produkte unter dem Markennamen „Mazur“, und in Marienwerder produzieren 70 Beschäftigte vor allem Käse, der unter der Marke „Eko“ vertrieben wird.

Die Polmlek-Gruppe ist eine privat geführte Kapitalgesellschaft. Neben solchen Privatunternehmen gibt es im Molkerei-Sektor einige staatliche Betriebe und Genossenschaften, die sich im Besitz der Milchproduzenten befinden.

Übrigens: Die Milchpreise in Polen bewegen sich auf EU-Niveau: Der Liter Milch kostet den Verbraucher rund 45 Cent, die Bauern erhalten für den Liter Rohmilch zirka 23 Cent. *Siegfried Schmidtke*

Vieles kommt aus Ostdeutschland

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

na, das hätten wir auch wieder einmal schnell geklärt. Und sogar blitzschnell, denn kaum war in Folge 42 die Luftaufnahme von dem ostpreußischen Ort erschienen, der als „Neuhausen“ angegeben war, da kam bereits die erste Stellungnahme: Neuhausen ist es nicht! Ich hatte schon gehofft, dass Frau **Dorothea Blankenagel** aus Duisburg als authentische Chronistin dieses östlich von Königsberg gelegenen Ortes zu der Aufnahme Stellung nehmen würde, und das tat sie dann auch prompt. Da ich ja Neuhausen-Tiergarten als beliebtestes Ausflugsziel meiner Kindheit gut in Erinnerung hatte, war ich selber sehr skeptisch gewesen, allerdings kannte ich nicht den Flughafen. Und dann kam die Erklärung von der Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Labiau, Frau **Brigitte Stramm**, St. Michaelisdonn, und von Herrn **Klaus Lemke** aus Hemer: Es ist Labiau und nicht Neuhausen. Herr Lemke, dessen Kindheit sich in dieser an der Deime gelegenen Stadt abgespielt hat, beschreibt ausführlich die aus dem Aufnahme ersichtlichen Merkmale: „Deutlich ist in der Bildmitte die Schlossburg aus dem Jahre 1258 mit der Dammstraße zu erkennen. Auch die Adlerbrücke über die Deime, sowie der Holzhafen und der Fischhafen am Marktplatz mit der Ordenskirche. Daneben das Geschäftshaus Gustav Lemke an der Marktstraße, das Geburtshaus meines Vaters. Im oberen Bildteil ist der Verlauf der Königsberger Straße und im rechten Bereich die Wilhelmstraße mit Landratsamt und Krankenhaus sichtbar. Weiter sind im oberen Bildrand die Erich-Koch-Siedlung sowie die Wirtschaftsflächen des Gutes Reiken zu erkennen. Also keine Start- und Landebahnen, wie ich vermutet hatte. Die lagen in Labiau wo anders, denn die Deimestadt hatte auch einen Militärflugplatz bei Eichenwalde, etwa zwei Kilometer südlich. Hier waren auch Lastensegler des Typs DFS 230 stationiert, von einem dieser Flugzeuge dürfte die Aufnahme gemacht worden sein. Und auch aus welcher Position kann Herr Lemke genau bestimmen und legt hierzu sogar Auszüge aus Messtischblättern bei: aus Ost-Nordost über der Straße 126 von Groß Skaisgirren/Kreuzingen in Richtung Domäne Viehhof. So akribisch hätten wir die Lösung des „Bilderrätsels“ nicht erwartet. Vielen Dank, lieber Herr Lemke, das ist Maßarbeit! Die Beschriftung „Neuhausen“ auf dem Foto muss später in Unkenntnis geschehen sein.

Erinnerungen wecken Erinnerungen, das ist nun einmal in jeder Familie so und in unserer Ostpreußischen Familie besonders. Ich erwähnte kurz in meinem Rückblick auf meine Königsberger Kindheit und damit auf die qualvollen Klavierspielstunden auch meine Musiklehrerin **Eva Maraun**, und siehe da: Es meldeten sich weitere ehemalige Schülerinnen dieser außergewöhnlichen Musikpädagogin – das Attribut gilt nicht nur für ihre Leistungen, sondern auch für ihre Unterrichtsmethoden, die vor allem die unmusikalischen Schülerinnen zu spüren bekamen. Frau Ilse Pfeifer, Glaucha, wie Frau Dr. **Christel Hegendorff**, Düren, zählten nicht zu diesen, denn sie haben sehr gute Erinnerungen an Eva Maraun, die sogar über die Schulzeit hinausgehen. Ich weiß noch, dass auf den ersten Schultreffen der Königsberger „Bismarckerinnen“ in den 50er Jahren auch nach dem Schicksal der Musiklehrerin gefragt wurde, und es ging damals die Fama, sie sei in der Heimat geblieben und von den Russen im Samland zur „Küstenwache“ eingesetzt worden. Nichts davon, denn Eva Maraun starb 1962 in einem Erfurter Altersheim. Sie hatte in den 50er Jahren noch ihre ehemalige Schülerin in Düren besucht. Für **Ilse Pfeifer** geborene **Borchert** ist Fräulein Maraun – so wurden die unverheirateten Lehrerinnen ja damals angeredet! – deshalb so lebhaft in Erinnerung geblieben, weil schon vor 25 Jahren ihre Mutter Schülerin der Musiklehrerin gewesen war und diese sie oft mit deren Namen, **Erika Zollenkopf**, anzureden pflegte. Eva Maraun besaß bezüglich ihrer sehr musikalischen Schülerinnen ein phänomenales Gedächtnis. Umgekehrt aber auch, wie man an den Zuschriften sieht, über die ich mich sehr gefreut habe.

Erfreulich ist auch die Resonanz, die Frau **Marthina Klüppelberg** aus Neuss auf die Suchfragen nach ihrer Familie mütterlicherseits zu verzeichnen hat, allerdings treffen die Antworten nicht den Kern der Sache. Deshalb bat mich die Schreiberin, noch einmal nachzufassen. Nun ist die Veröffentlichung ja erst einige Wochen her, in Folge 39 hatte ich ihren Wünschen sehr viel Platz eingeräumt, und deshalb kann ich so schnell nicht noch einmal in voller Länge auf ihre Suchfragen eingehen. Man muss immer einige Zeit verstreichen lassen, denn oft erfolgt die Reaktion erst nach Wochen, Monaten ja manchmal sogar nach Jahren. Gerade ältere Menschen, die wie in diesem Fall als mögliche Informanten in Frage kämen, benötigen Zeit für ein intensives Lesen. Hinzu kommt, dass viele Leser die Fragen weiter vermitteln an Landsleute, die als Zeitzeugen in Frage kämen, und das geht auch nicht so schnell, vor allem wenn diese bereits im hohem Alter sind. Jüngere Menschen stoßen zumeist über das Internet zu uns. Ich kann ja Frau Klüppelbergs Ungeduld verstehen, denn wir sind wirklich der letzte Hoffnungsträger für sie, aber man muss schon Geduld aufbringen. Immerhin ist es erfreulich, dass Frau Klüppelberg erste Erfolge verzeichnen kann. Sie schreibt: „Es überkreuzten sich mehrere Aktivitäten und führten zu einem regen Austausch durch Briefe und Telefonate mit lieben Nachbarn beziehungsweise deren Kindern aus der Heimat meiner Familie Herbst. Unter anderem fand ich bei einer Routineabfrage im Internet in der Ostpreußischen Familie den Namen **Leithaus** aus Erubischken. Da meine Mutter diesen Namen des Öfteren erwähnte, wusste ich, dass es sich um eine wichtige Kontaktadresse handelt. Mittlerweile liegen mir interessante Informationen vor, und ich bin ganz verwundert über die mir entgegengebrachte Hilfsbereitschaft und bedanke mich dafür herzlich bei den betreffenden freundlichen Damen und Herren. Leider erfüllte sich meine Hoffnung, durch den veröffentlichen Suchwunsch Näheres über die Familie meines Opas zu erfahren, nicht.“ Soweit Frau Klüppelberg zu der bisherigen Resonanz, die doch schon recht beachtlich ist. Heute und hier nur noch einmal das Wesentliche der Suchfragen: Es handelt sich um die Familie Herbst aus dem Kreis Pillkallen. Frau Klüppelbergs Großvater **Gustav Herbst**, * 25. August 1893 in Jodzuhnen (Jodungen), lebte nach dem Ersten Weltkrieg in Erubischken (Hopfendorf) und arbeitete dort auf dem Gut der Familie **Hundsalz**. Er heiratete 1920 **Minna Bergau** aus Erubischken. 1930 erwarb das Ehepaar mit drei Kindern einen Hof in Antbudupönen (Vormwalde). Gustav Herbst verstarb nach kurzem Einsatz als Grenzsoldat 1940 in Königsberg. Gesucht wird auch nach der Familie ihres Großonkels, des Schuhmachers **Otto Franz Bergau**, * 1910 in Erubischken, † 1939. Einige Namen aus dem Umfeld ihrer Mutter, die diese oft erwähnte: **Gottschalk**, **Krüger**, **Reuter**, **Schmidt**, **Kaiser**, alle aus den erwähnten Ortschaften im Kreis Pillkallen. Vielleicht erinnert sich jemand aus diesen Familien an die Familien Herbst/Bergau? (Frau Marthina Klüppelberg, Thomas-Mann-Straße 9 in 41469 Neuss, Telefon 02137/12613, E-Mail: marth.klueppelberg@t-online.de)

Wer von einer Reise in die Heimat zurückkehrt, bringt im Gepäck nicht nur Andenken mit – und sei es auch nur eine Handvoll Dünensand –, sondern auch Fragen und Wünsche, die sich durch neue Eindrücke und Erkenntnisse ergeben haben. So ergeht es jedenfalls Herrn **Klaus Schützler** aus Malente. Er schreibt: „Die Heimatreise Juli/August in das Memelland hat wiederum Fragen zum „Adeligen Gut Miszeiken“ aufgeworfen. Miszeiken, südöstlich vom Memel an der befestigten Kreisstraße nach Dawillen gelegen, – die ehemalige Einfahrt ist noch zu erkennen, ihr gegenüber befindet sich ein Baum mit einem Storchennest – wurde im Jahre 1793 von der Frau des Postsekretärs von Memel, **J. G. Schulz**, erworben. 1819 ging das Gut an den Sohn **Georg Leopold** Schulz über. 1838 übernahm Leutnant **James Roerdanß**, der die Tochter **Jenny** seines Vorbesitzers geheiratet hatte, das Gut. Bereits 1847 ging es an einen neuen Besitzer, **Georg Peter von Schulze** aus Marwa, über. Er stammte aus der geadelten Linie der Schulz und war mit einer geborenen **Lorck** verheiratet. Aus Ermittlungen habe ich ersehen, dass die Familie Roardanß später nicht mehr in Erscheinung trat, ebenso die Familie Lorck zuletzt 1939.“ Herrn Schützler fragt nun, ob es noch Nachfahren dieser beiden genannten Familien gibt oder wer ihm Hinweise geben kann, wer etwas über sie aussagen könnte. (Klaus Schützler Lindenallee 59 in 23714 Malente, Telefon 04523/2659.)

Unser Landsmann **Herbert Skroblin** aus Wächtersbach hat im Nachlass eines Ostpreußen ein großes, gut erhaltenes Foto gefunden, das er uns übersendet. Da es unbeschriftet ist, müssen wir unsere Leser fragen, ob sich jemand an dieses Gebäude erinnert, das zur Zeit der Aufnahme noch recht neu erscheint. Es dürfte sich um eine Mühle oder ein Lagerhaus handeln, wie der mit Säcken beladene Wagen vermuten lässt. Nach dem beruflichen Umfeld des Verstorbenen zu urteilen, könnte das Objekt im südlichen Ostpreußen, also in Masuren oder im Oberland, gelegen haben. Das Original, das sich bei uns befindet, würde Herr Skroblin bei Interesse gerne einem Heimatarchiv oder anderen Interessenten überlassen.

Der weitaus größte Teil unserer Leserpost bringt Freude ins Haus. Auch ohne Fragen und Wünsche. Nur mal so geschrieben: Schön, dass es euch gibt! Oder wie in dem Brief von Herrn **Heinz Schlagenhauf** zu lesen „Wenn ich am Freitag die *PAZ* erhalte, dann lese ich als erstes die Ostpreußische Familie. Wie Sie in Folge 37 die Heimat Ostpreußen beschrieben haben, habe ich auch gemerkt, wie Sie an dieser Heimat hängen, was ich auch nur bestätigen kann. Hier habe ich sofort an Frau **Fröse** und ihr Lied über die Frische Nehrung gedacht, die damals geschrieben hat: Wo deine Seele wurzelt, da ist deine Heimat! So bleibt Ostpreußen unser Heimatland.“

Heimat kann man auch schmecken! Und wenn jetzt der Martinsvogel auf den Tisch kommt, so schön kross gebraten, mit Äpfelchen und Meirahn im Bauch, dann finden sich auch Landsleute zu einem heimatlichen Gänseschmaus zusammen. Und wir können dazu eine ostpreußische Beilage der Extraklasse bieten. Denn vor einiger Zeit bekam ich ein Gedicht zugesandt, das eine Leserin entdeckt hatte, „Einladung zur Martinsgans“ betitelt. Und geschrieben hat es – Simon Dach, Professor der Poesie in Königsberg. Vor 350 Jahren mundete dem Dichter des „Anke von Tharau“ der Martinsvogel genau so wie uns heute.

„Wenn der heilige Sankt Martin
will der Bischof sehr entfliehn,
sitzt er in dem Gänsestall, niemand findt ihn überall,
bis der Gänse groß Geschrei
seine Sucher ruft herbei.
Nun dieweil das Gickgackslied
diesen heilgen Mann verriet,
dafür tut am Martinstag man
den Gänsen diese Plag,
daß ein strenges Todesrecht
gehn muß über ihr Geschlecht.
Drum wir billig halten auch
diesen alten Martinsbrauch,
laden fein zu diesem Fest unsre
allerliebste Gäst
auf die Martinsgänslein ein bei
Musik und kühlem Wein.“

Ja, man wusste schon zu leben in der Kürbishütte am Pregel!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Wer erinnert sich an dieses Gebäude? Sachdienliche Hinweise bitte an Skroblin Herbert, Mittelweg 2, 63607 Wächtersbach Bild: privat

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Foto: Pawlik

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 99. GEBURTSTAG

Lutz, Edith, geb. **Soyka**, aus Treuburg, Goldaper Straße 24, jetzt Thermalbadstraße 4b, 96476 Rodach, am 11. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Trobisch, Elisabeth, geb. **Klan**, aus Neidenburg, jetzt Senioren-Zentrum Sprembergstraße 34, 03119 Welzow, am 12. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Westphal, Walter, aus Osterode, jetzt Oldenburger Landstraße 10, 23701 Eutin, am 13. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Buttkus, Ella, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Niddastraße 19, 38120 Braunschweig, am 10. November

Haller, Ruth, geb. **Thiex**, aus Königsberg, Mozartstraße, Auf den Hufen, jetzt Schultheißstraße 13, 81477 München, am 14. November

Heyn, Hildegard, aus Lyck jetzt Bornstraße 10, bei Ruehmann, 20146 Hamburg, am 15. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Goertz, Mara, geb. **Gerleick**, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Königsberger Straße 13, 32602 Vlotho, am 15. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Conrad, Irma, aus Standeslawo, jetzt Bremer Heimstiftung, Alfred-Faust-Straße 115, 28277 Bremen, am 14. November

Doehring, Helmut, aus Schönrohr, Kreis Elchniederung, jetzt Strandweg 8a, 23570 Lübeck-Travemünde, am 14. November

Nadolny, Paul, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Krausbergweg 33, 51143 Köln, am 10. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dastik, Naemi, geb. **Gundermann**, aus Ebenrode, jetzt Unter den Eichen 112, 12203 Berlin, am 14. November

Grunenberg, Helene, aus Gingen, Kreis Lyck, jetzt Rosenstraße 22, 47551 Bedburg-Hau, am 11. November

Poddig, Gerda, geb. **Salewski**, aus Berningen, Kreis Ebenrode, jetzt Im Flieder 9, 71549 Auenwald, am 14. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Eberlein, Elfriede, geb. **Flick**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Döinghauser Straße 23, 58332 Schwelm, am 11. November

Gleiminger, Betty, geb. **Borkowski**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Keifferle 27, 70734 Fellbach, am 7. November

Göstl, Gertrud, geb. **Piasta**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Hagen-thaler Str. 99, 89258 Weißenhorn, am 10. November

Lempp, Selma, geb. **Sawatzki**, verw. **Schlösser**, aus Schölen-Heide, Kreis Heiligenbeil, jetzt Fasanenstraße 1, 88255 Baienfurt, am 11. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barenthin, Erika, geb. **Przyborowski**, aus Treuburg, Golaper Straße 6, jetzt Wilhelm-Külz-Straße 15, 14728 Rhinow, am 10. November

George, Gerda, geb. **Drescher**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Bessemerstraße 78, 12103 Berlin, am 13. November

Hoogen, Helga, geb. **Haase** , aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Am Rosenberg 17, 79238 Ehrenkirchen, am 12. November

Lasarzyk, Elisabeth, geb. **Wolterhoff**, jetzt Heinrichstraße 47a, 45470 Mülheim an der Ruhr, am 15. November

Lehmann, Erna, geb. **Czmoch**, verw. **Salamon**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, jetzt Niedersachsenstraße 5, 31832 Springe, am 9. November

Loschwitz, Rudolf, aus Königsberg, jetzt Römerstraße 19, 40476 Düsseldorf, am 10. November

Schneider, Erika, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Neustraße 42, 45663 Recklinghausen, am 13. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arbeiter, Heinz, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Mühlenstraße 17, 25712 Kuden, am 11. November

Bogö-Schröder, Ruth, geb. **Schröder**, aus Germau, Kreis Samland, jetzt Grubachweg 7, 88131 Lindau, am 9. November

Bollnow, Lisa, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Samland, jetzt Am Sande 15, 21614 Buxtehude, am 12. November

Diehr, Gerda, geb. **Rudorf**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Lübsche Straße 41, 23966 Wismar, am 11. November

Dorra, Walter, aus Kannwiesen, Kreis Ortelsburg, jetzt Zur Mühle 6, 56288 Krastel, am 9. November

Dreschke, Annemarie, geb. **Briese**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Gerhart-Hauptmann-Weg 6, 38356 Helmstedt, am 10. November

Faerber, Martha, geb. **Siebert**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Karl-Marx-Ring 14, 81735 München, am 11. November

Grickscheit, Werner, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Elchweg 8a, 31303 Burgdorf, am 11. November

Hess, Hilde, geb. **Czychi**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Reismühle 8, 22087 Hamburg, am 9. November

Hoffmann, Max Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Josefinenstraße 12, 44628 Herne, am 11. November

Kairis, Hilde, geb. **Brix**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, jetzt Joseph-Hehl-Straße 13, 46509 Xanten, am 8. November

Kraft, Otto, aus Tannemühl, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlelller 19, 36124 Eichenzell, am 9. November

Langer, Willi, aus Forsthaus Burgsdorff, Kreis Gerdauen, jetzt Zur Egge 34, 34431 Marsberg, am 15. November

Loose, Dieter, aus Ortelsburg, jetzt Adolfstraße 26, 38102 Braunschweig, am 11. November

Maerz, Helene, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Saarwerdenstraße 4, 47906 Kempen, am 15. November

Nowotka, Alice, aus Neidenburg, jetzt Am Hasenberg 16, 18209 Bad Doberan, am 11. November

Oetterer, Ilse, geb. **Podleschny**, aus Lötzen, jetzt Breslauer Straße 34, 50858 Köln, am 11. November

Ohlendorf, Guenter, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, jetzt 777 S. Roth, Surrey 3, Reed City, MI 49677, USA, am 13. November

Porten, Gerhard, aus Ortelsburg, jetzt Schubertstraße 18, 55543 Bad Kreuznach, am 12. November

Schmidt, Ruth, geb. **Boeck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Gartenstraße 5, 97633 Aubstadt, am 14. November

Wende, Gertrud, geb. **Scheffler**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Eschenweg 8, 24782 Büdelsdorf, am 9. November

Wolff, Waltraut, geb. **Flamming**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Im Bannen 27, 56727 Mayen, am 12. November

Zimmel, Martin, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Kakenhaner Weg 100, 22397 Hamburg, am 11. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Barthel, Anneliese, geb. **Nimzik**, aus Treuburg, Karl-Freyberg-Straße, jetzt Gartenstraße 49, 21720 Steinkirchen, am 14. November

Bluhm, Klaus, aus Tilsit, jetzt Mendelejewweg 14, 17491 Greifswald, am 11. November

Buddruss, Georg, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Judensand 45, 55122 Mainz, am 11. November

Erismann, Horst, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Hohen Kamp 47, 59192 Bergkamen, am 15. November

Gillert, Maragete, aus Neidenburg, jetzt Posener Straße 22, 29345 Unterlüß, am 9. November

Gregor, Elfriede, geb. **Eweleit** , aus Skören, Kreis Elchniederung, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 31, 74076 Heilbronn, am 12. November

Herksröter, Herta, geb. **Eisenberg**, aus Lokehnen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hörster Straße 51, 33790 Halle, am 9. November

Heydemann, Meta, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, jetzt Thomas-Mann-Straße 25, 26386 Wilhelmshaven, am 14. November

Heymer, Jutta, aus Neidenburg, jetzt Birkigweg 6, 95119 Naila, am 11. November

Holschuh, Klara, geb. **Nicklaus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Haisterbacher Straße 12, 64711 Erbach, am 11. November

Juschka, Benno, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, jetzt Alte Schule 2, 31311 Uetze, am 9. November

Karschau, Helmut, aus Georgswalde, Kreis Samland, jetzt Ursulinengasse 22, 41199 Mönchengladbach am 10. November

Löffelholz, Ella, geb. **Ott**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Theodor-Storm-Straße 46, 37308 Heilbad Heiligenstadt, am 11. November

Müller, Lieselotte, geb. **Achenbach**, aus Ebenrode, jetzt Lomatzscher Straße 24/16, 04720 Döbeln, am 15. November

Otto, Erwin, aus Seefrieden, Kreis Lyck, jetzt Am Heideberg 42, 50354 Hürth, am 13. November

Pollack, Martha, geb. **Wittke**, aus Bärwalde, Kreis Samland, jetzt Weinstraße Süd 42a, 67098 Bad Dürkheim, am 15. November

Reddel, Hedwig, geb. **Simon**, aus Schanzendorf, Kreis Ebenrode, jetzt Paulstraße 33, 42857 Remscheid, am 13. November

Reichwald, Bruno, aus Labiau, jetzt Im Winkel 23, 32469 Petershagen, am 26. Oktober

Salis, Marie, geb. **Willuda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Spanische Schanzen 16, 47495 Rheinberg, am 13. November

Sauerland, Edith, geb. **Block**, aus Wilhelmstal, Kreis Ortelsburg, jetzt Apteikersteg 14, 46485 Wesel, am 10. November

Schäfer, Werner, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, jetzt Von-Bergmann-Straße 47, 65191 Wiesbaden, am 10. November

Seiler, Lothar, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Rotdornweg 25, 23845 Grabau, am 14. November

Semmelroggen, Hans-Georg, aus Korschen, Kreis Treuburg, jetzt Erzberger Straße 85, 55120 Mainz, am 9. November

Simon, Gerda, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Sommerhofenstraße 215, 71067 Sindelfingen, am 12. November

Staake, Frieda, geb. **Apholz**, aus Jägertal, Kreis Samland, jetzt Dorfstraße 11, 21376 Eyendorf, am 11. November

Stemmert, Werner, aus Gertrudenhof, Kreis Treuburg, jetzt Neuselsbrunn 31, 90471 Nürnberg, am 10. November

Taruttis, Kurt, aus Skören, Kreis Elchniederung, jetzt Stettiner Straße 22, 47829 Krefeld, am 12. November

Werner, Erna, geb. **Noetzel**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Scharnhorststraße 40, 58097 Hagen, am 10. November

Werner, Elisabeth, geb. **Kanigowski**, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Kärntner Weg 26, 40591 Düsseldorf, am 9. November



Borutta, Erwin und Frau Elfriede, geb. **Wilschewski**, aus Auer, Kreis Mohrungen, jetzt Radeland 12, 22927 Großhansdorf, am 12. November

Braun, Walter und Frau Lisbeth, geb. **Reinhold**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Frankenweg 34, 21680 Stade, am 12. Novemer

Knorr, Fritz, aus Heiligenbeil Bismarckstr. 61, und Frau Irmtraut, geb. **Ringstorff**, aus Hamburg, jetzt Hasenhöhe 135, 22587 Hamburg, am 4. November



Lange, Horst, aus Buchwalde, Kreis Mohrungen und Frau Erika, geb. **Krüger**, jetzt Berliner Ring 4, 38518 Gifhorn, am 6. November

Wolter, Klaus und Frau Renate, geb. **Hagel**, aus Königsberg, jetzt Johannes-R.-Becher-Straße 40a, 39218 Schoenebeck, am 14. November



Reyentanz, Ingo, aus Hirschfeld und Frau Viola, geb. **Schlenger**, aus Lauchhammer, jetzt Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, am 16. November

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird gesondert hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Adventsfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 30. November bis 7. Dezember 2009 findet im Ostheim wieder die alljährliche Adventsfreizeit statt. In dieser vorweihnachtlichen Zeit wollen wir zusammen ein Stück auf die Weihnachtszeit zugehen. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands" ausgezeichnete Kurpark lädt zu einem Bummel ein. Bei den täglichen Kurkonzerten finden Sie angenehme Entspannung und Unterhaltung. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend stimmen wir uns mit einem „Adventsabend" auf das kommende Weihnachtsfest ein. Für diese siebentägige Adventsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 337 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 291,50 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax: (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 6. November, 18.30 Uhr, Phoenix: KGB in Deutschland.

Freitag, 6. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Spanien unter dem Halbmond.

Freitag, 6. November, 20.15 Uhr, WDR: Wie der Hermann in den Teutoburger Wald kam.

Freitag, 6. November, 20.15 Uhr, 3sat: Friedenswege – In den Karnischen Alpen standen sich im Ersten Weltkrieg Truppen aus Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn gegenüber.

Freitag, 6. November, 21.30 Uhr, 3sat: Schlachtfeld Meer – Überfischung der Weltmeere.

Freitag, 6. November, 22.25 Uhr, 3sat: Schranken – DDR-Straßensperranlagen.

Freitag, 6. November, 23.30 Uhr, ARD: Schiller. Historiendrama.

Sonnabend, 7. November, 20.15 Uhr, Vox: Das Dritte Reich vor Gericht – Die Nürnberger Prozesse.

Sonnabend, 7. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Als die Synagogen brannten.

Sonnabend, 7. November, 20.05 Uhr, N24: Die Mauer – Todesstreifen in Berlin.

Sonnabend, 7. November, 21.05 Uhr, N24: Der Fall der Mauer.

Sonnabend, 7. November, 21.10 Uhr, n-tv: History – Die Berliner Mauer.

Sonnabend, 7. November, 22.05 Uhr, n-tv: History – Angriff auf die Tirpitz.

Sonnabend, 7. November, 0.15 Uhr, Vox: Spiegel TV – Welche Farbe hat der Krieg?

Sonntag, 8. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Montag, 9. November, 19.25 Uhr, ZDF: Das Fest der Freiheit.

Montag, 9. November, 20.30 Uhr, Phoenix: Moskau, Mythen und Mauerfall – Wie der Kreml die deutsche Einheit zuließ.

Mittwoch, 11. November, 20.15 Uhr, 3sat: Menschen & Mächte. Der Zweite Weltkrieg – Hitlers Blitzkriege.

Donnerstag, 12. November, 20.15 Uhr, NDR: Länder – Menschen – Abenteuer. Eine Herbstreise durch Westpreußen.

Donnerstag, 12. November, 22.05 Uhr, N24: Hitlers Atlantikwall

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 11. November, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart. Vortrag: „Ostpreußens Bedeutung in der deutschen Politik- und Geistesgeschichte“, Referent: Prof. Dr. Hartmut Fröschle. Der Landesvorstand lädt herzlich zur 5. Veranstaltung der diesjährigen Vortragsreihe ein. Prof. Dr. Hartmut Fröschle, nach jahrzehntelanger Lehrtätigkeit an der Universität Toronto und Gastprofessuren in Minsk, Saratow und Königsberg nach Stuttgart zurückgekehrt, ist Vorsitzender des VDA Landesverbands Baden-Württemberg. Im Mittelpunkt seines Vortrags stehen die Bedeutung Ostpreußens und seine vielfältigen Auswirkungen auf die deutsche Politik- und Geistesgeschichte. Bei der Geschichtsbetrachtung ist nach Ansicht von Prof. Fröschle der Wille des Historikers zur Wahrhaftigkeit von entscheidender Bedeutung. In seinem historischen Überblick bemüht sich der Redner um das ganze Bild der Geschehnisse und hofft dazu beizutragen, die der Öffentlichkeit oft nicht bewussten Leistungen Ostpreußens und seiner Geistesgrößen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Es erwartet Sie mit diesem Gang durch 700 Jahre ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion. Eintritt frei.

Lahr – Donnerstag, 12. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3. – Sonntag, 15. November, 14.30 Uhr, Gedenkfeier zum Volkstrauertag vor dem Mahnmal auf dem Schutterlindenberg.

Ludwigsburg – Donnerstag, 19. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 21. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenanlage „Im Lindach“, Schwäbisch Hall. Elfi Dominik zeigt einen Videofilm von den letzten zehn Reisen nach Pommern, Ost- und Westpreußen sowie Schlesien. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Baldige Anmeldungen an Elfi Dominik, Tel. (0791) 72553. – Mittwoch, 2. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe „Im Lindach“.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 12. November, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben“. – Sonnabend, 21. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Wendlingen – Sonntag, 22. November, 14.30 Uhr, Totengedenkstunde auf dem Friedhof in Wendlingen. Anschließend Kaffeetafel im Gasthaus zum Lamm, Kirchheimerstraße.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffen am Denkmal auf dem Waldfriedhof zum Gedenken am Volkstrauertag. 16 Uhr, Königsberger-Klopse-Essen in der „Orangerie“.

Bamberg – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg. Thema: Siegfried von Feuchtwangen.

Erlangen – Donnerstag, 12. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grützwurstessen mit Mundartvorträgen im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 6. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kulturnachmittag im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Altdeutschen Bierstube“, Marienstraße, Hof. Thema: „Seedienst Ostpreußen“.

Ingolstadt – Sonntag, 15. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonnschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Sonntag, 15. November, Kranzniederlegung „Alter Friedhof“, anschließend auf dem „Neuen Friedhof“ Blumenniederlegung an den Gräbern der unbekannten Soldaten.

Landshut – Dienstag, 17. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel“.

Memmingen – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß.

München Nord / Süd – Sonnabend, 7. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Hansjürgen Kudczinski zeigt einen Videofilm von der 60-Jahrfeier der Gruppe im Mai 2009 sowie eine Bilderschau rückblickend auf das 60jährige Bestehen der Gruppe. Zuvor wie gewohnt eine gemeinsame Kaffeetafel. – Freitag, 13. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Heide Bauers Diabericht über eine Reise ins nördliche Ostpreußen. Gäste herzlich willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: bdvberlin@cityweb.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 8. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 b. 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 11. November, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 102, 10963 Berlin, Referat über Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771235.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Donnerstag, 12. November, 12 Uhr, lädt die Frauengruppe alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft zum Entenessen wieder in die „Hermann Post“, Oberneulander Landstraße 163. Haltestelle „Oberneulander Heerstraße“ der BSAG-Linie 33 (verkehrt zwischen Horner Kirche und Seebaldsbrück) ein. Es gibt Hochzeitssuppe und Ente satt mit Beilagen. Preis pro Person und Essen: 17 Euro. Anmeldung bei Frau Richter, Telefon 405515, bei der Wandergruppe oder in der Geschäftsstelle (Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon 3469718, auch auf Anrufbeantworter). Eine Vorkasse ist nicht erforderlich. – Sonntag, 15. November, 14 Uhr, Gedenkfeier zum Volkstrauertag am Ehrenkreuz auf dem Osterholzer Friedhof. – Donnerstag, 19. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Hotel zur Post.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 14. November, 10 Uhr (Ende 17 Uhr), Christkindelmarkt aller ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke beziehungseise U3-Station Rödingsmarkt). Die Besucher erwartet ein reichhaltiges Angebot an heimatlichen Spezialitäten und diverser Literatur. Die Landesgruppe ist mit ihrem Stand vertreten und freut sich auf Ihr Kommen.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 21. November, 14 Uhr, vorweihnachtliches Programm mit Kaffeetafel im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahnlinie 1 bis Stadthausbrücke oder U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Richtung Michaelis-Kirche noch rund sechs Minuten. Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 28. November, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Gemeinsam will man sich mit Gedichten, Liedern und Geschichten auf das kommende Weihnachtsfest einstimmen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer-Kirche, bis Bauerberg. Von dort sind es nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldungen bis zum 27. November bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Osterode – Sonnabend, 28. November, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Ohlsdorf. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, die Feier wird musikalisch begleitet. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Anmeldungen bei Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Sensburg – Sonntag, 8. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg. Kulturveranstaltung nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 23. November, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis „Waldquelle). Manfred Samel zeigt den Film: „Eine historische Ostpreußenreise von 1937“.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel: „Gedenkstunde 60 Jahre LOW-Kreisgruppe Darmstadt“.

Hanau – Mittwoch, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Kassel – Dienstag, 10. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum beliebten Grützwurstessen im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Erforderliche Anmeldung bei Frau Hebaum, Telefon 3171729. Anschließend liest Ruth Barthel wieder originelle Tiergeschichten aus der Heimat. – Landesfrauenreferentin Karla Weyland hielt auf der letzten Zusammenkunft einen Vortrag, passend zum Erntedankfest, „Unser täglich Brot gib uns heute …“. Man konnte nur staunen, was sie alles vom täglichen Brot im weitesten Sinne des Wortes berichten konnte. Sie begann mit einem Gedicht von Agnes Miegel über das erste Brot. Es folgten Berichte über den Ackerbau im deutschen Osten, über Brauchtum beim Brotbacken, beim Häuserbau und beim Einzug und natürlich beim Erntefest. Dazwischen immer wieder Gedichte und Verse von Agnes Miegel, Johannes Trojan sowie bekannte Volkslieder. Viele Bibelsprüche, Lebensweisheiten und Redensarten befassen sich mit dem Brot. Auch hörten die Teilnehmer die Sage von der Kornmuhme und die Legende vom Rosenwunder und Landgräfin Elisabeth von Thüringen. Gerhard Landau berichtete kurz von seiner Wanderfahrt mit zwölf Teilnehmern nach Korbach. Dort bestaunten alle die wenig bekannten Schönheiten dieser Stadt. Eine Wiederholung dieses Ausfluges im nächsten Jahr reizt.

Wetzlar – Montag, 9. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. Charlotte Kaufmann hält einen Vortrag über die „Geschichte und die Verarbeitung von Bernstein“.

Wiesbaden – Dienstag, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Helga Laubmeyer hält einen Diavortrag über eine Reise nach Ostpreußen und zeigt Bilder ihrer Heimatstadt Heiligenbeil. – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35. Unter dem Titel „Warum lässt man alles verfallen …?“ erzählt Peter Gutzeit vom Untergang des Ritterguts seiner Eltern in Groß Polleiken und berichtet über die Situation im nördlichen Ostpreußen. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 19. November, 18 Uhr, „Festliches Wildessen“ (Stammtisch) in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie einer Wildsuppe. Anmeldungen bis spätestens 13. November bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Sonntag, 15. November, 9 Uhr, Kranzniederlegung am Volkstrauertag am Ehrenmal 1870/71 (neben der Dreikönigskirche). Zum Gedenken der gefallenen Soldaten und der Opfer von Flucht und Vertreibung.

Buxtehude – Sonntag, 15. November, 11.30 Uhr, Feier der Stadt Buxtehude am Ehrenmal am Stadtpark zum Volkstrauertag.

Delmenhorst – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der ostdeutschen Kulturstube. Georg Jakubeit zeigt einen Film über eine Reise nach Ost- und Westpreußen.

Göttingen – Dienstag, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Ratskeller Göttingen. – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Gasthof Zur Linde, Hauptstraße 50, Göttingen. Anmeldungen bis zum

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

24. November bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 12. November, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4, Helmstedt. – Sonnabend, 14. November, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Volkstrauertag auf dem St.-Stephani-Friedhof. – Sonntag, 15. November, 9.30 Uhr, Gottesdienst im St. Walpurgis. – Donnerstag, 19. November, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Hildesheim – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Ratskeller“, Markt 1. Dr. Fred Martin hält ein Referat: „Osteoporose (Knochenschwund)“.

Oldenburg – Mittwoch, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten, Oldenburg. Auf dem Programm steht ein Diavortrag: „Unbekanntes Arabien. Ein Besuch in Dubai“. Es berichtet das Ehepaar Detlef und Renate Lubenau.

Rinteln – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42 in Rinteln. Dr. Hans-Walter Butschke wird zum Thema „Die Überlebensstrategien in der Tierwelt für den Winter“ referieren. Neben den Mitgliedern sind Freunde und Interessierte als Gäste herzlich willkommen. Informationen über die landsmannschaftliche Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, „Ostpreußisch Platt“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 19. November, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 16. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düren – Sonntag, 15. November, 10 Uhr, Treffen der Gruppe beim „Neuen Friedhof“ zur Kranzniederlegung.

Ennepetal – Donnerstag, 19. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube zum Schmandschinken-Essen.

Essen – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Lesung aus dem „Ostpreußisches Tagebuch“ von Hans Graf von Lehndorf.

Gevelsberg – Freitag, 20. November, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Keglerheim“, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 9. November, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 16. November, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Lüdenscheid – Der diesjährige Tagesausflug ging mit 45 Teilnehmern zunächst nach Doorn / Holland. Dort besichtigte man das Huis Doorn (Landgut), welches von 1919 bis 1941 die letzte Exilresidenz von Wilhelm II, dem letzten deutschen Kaiser und König von Preußen war. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde ihm in Deutschland als persönliches Versagen angekreidet und führte dazu, dass am 9. November 1918 die Republik ausgerufen wurde. Der Kaiser, der sich zu diesem Zeitpunkt im belgischen Spa befand, konnte nicht mehr nach Deutschland zurückkehren. Am 10. November 1918 gab die niederländische Regierung ihre Zustimmung, so dass der deutsche Kaiser ins niederländische Exil gehen konnte. Er lebte zunächst als Gast auf Schloss Amerongen, bis er das „Huis Doorn“ gefunden, gekauft und nach Ausführung einiger baulichen, Maßnahmen bezog. Beim Betreten des Hauses werden die heutigen Besucher an die Beziehungen zwischen dem Haus Oranien-Nassau und Hohenzollern erinnert. Die Beziehungen reichen bis in die Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm (1620–1688) zurück, der mit Louise Henriette von Oranien- Nassau verheiratet war. Im Haus Doorn ist fast alles so geblieben wie zu Kaisers Zeiten. Es wurde nach dem Zweiten Weltkrieg vom niederländischen Staat als feindlicher Besitz beschlagnahmt. Das Inventar passt nicht ohne weiteres zu einem Landsitz von bescheidener Größe, sondern verrät etwas von der damaligen kaiserlichen Eleganz. Die deutsche Regierung hatte dem kaiserlichen Paar die Gelegenheit gegeben, die neue Residenz mit Gegenständen aus den Privatgemächern vom Berliner Stadtschloss, Schloss Bellevue in Berlin sowie dem Neuen Palais in Potsdam einzurichten. Die kostbare Sammlung von Schnupftabakdosen aus dem 18. Jahrhundert und andere Kleinodien stammen aus dem Berliner Schloss Monbijou. Etwa 59 Waggons voll kaiserlichem Hausrat wurden nach Holland gebracht. Darunter alleine vierzig kaiserliche Uniformen, Porzellan, Gemälde, Porträts, Möbel, Miniaturen, Juwelen sowie Gastgeschenke von Regierungen. Das tägliche Leben des deutschen Kaisers in Doorn verlief ruhig und in geregelten Bahnen. Große Empfänge gab es nur selten. Seine Bewegungsfreiheit außerhalb des Landgutes war aus Sicherheitsgründen sehr begrenzt. Offiziell hielt er sich von der Politik fern und hackte täglich Holz, doch als Kaiser nach Deutschland zurückzukehren bleibt bis zu seinem Tod im Jahre 1941 sein größter Wunsch. Nach diesem eindrucksvollen und geschichtsträchtigen Rundgang durch „Huis Doorn“ ging es zu einem gemeinsamen Mittagessen und nach Utrecht in den Dom zu einem Orgelkonzert. Ein sich anschließender gemütlicher Altstadtbummel beschloss diesen interessanten und schönen Ausflugstag.

Mülheim (Ruhr) – Sonntag, 15. November, 10.30 Uhr, feierliche Kranzniederlegung am Gedenkstein für die Opfer der Vertreibung, Altstadtfriedhof.

Neuss – Sonntag, 15. November, 11 Uhr, Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag, Hauptfriedhof, Rheydter Straße, Neuss.

Wesel – Sonnabend, 14. November, 16 Uhr, Ostdeutscher Volkstrauerabend der Gruppe in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Die Gruppe wird ihr 55jähriges Bestehen mit einem ansprechenden Programm feiern. Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung, sowie die besinnlichen gesprochenen Worte über die Heimat, werden vom Sing- und Mundharmonikakreis gestaltet und ausgeführt. Festredner ist der Vorsitzende der Landesgruppe Jürgen Zauner. Ehrungen für 25 und 40 Jahre Mitgliedschaft stehen an. Festessen: geräucherte Gänsebrust-Schnittchen. Verbindliche Anmeldung bis zum 7. November an H. Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder U. Paehr, Telefon (0281) 1637230.

Wuppertal – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Viktoria-Haus, Neumarkt 2.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 7. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Freitag, 6. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Gänsekeule-Essen in der Gaststätte Mayer Bräu, Schillerstraße, Ludwigshafen-Oggersheim.

Mainz – Freitag, 6. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 7. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Diavortrag über Königsberg im Blindenzentrum, Untere Zahlbacher Straße 68, 55131 Mainz. Anschließend Grützwurstessen. Anmeldungen bei Frau Biniakowski, Telefon (06131) 5843947. – Freitag, 13. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt a.d.W. – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Klaus Trautmann hält einen Vortrag: „Wir wollten im heutigen Ostpreußen leben.“ Ein Fernsehen-Team begleitete Trautmann, als er sich mit seinen Angehörigen und vielen Rindern in einem Konvoi in den nördlichen Teil Ostpreußens begab. Mit seinem Vortrag schaut er auf diese Zeit zurück.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Der Themenplan zur letzten Veranstaltung war durch den Vorstand gut vorbereitet worden. Auf Grund einer akuten Erkrankung fehlte leider der Vorsitzende Alexander Schulz. Um trotzdem einen reibungslosen Programmablauf zu gewähren waren Hilli Bartkowiak und Karin Janella sehr umsichtig tätig. Nach der Begrüßung gedachte Ingrid Labuhn der Menschen, die in selbstloser Bereitschaft, ihr Leben für andere hingegeben haben und für ewig irgendwo namenlos ruhen. Der absolute Höhepunkt des Tages war der Vortrag von Herrn Marklein, dem Leiter des Bismarck-Museums in Jever. Anschaulich und unterhaltsam war seine Schilderung über Otto von Bismarck. Dieser, für die deutsche Geschichtsschreibung so wichtige Staatsmann war in seinen letzten Lebensjahren zum Denkmal seiner selbst geworden. Gertrud Altermann nahm im Rahmen einer Gedenkrede Bezug auf diesen Vortrag. Die Gruppe Chemnitz ist ohne Kulturkreis und Frauengruppe nicht denkbar. Die Kaffeetafel war von der Frauengruppe an diesem Tag besonders liebevoll geschmückt worden. Ihre Leiterin Liesbeth Krüßel, die gleichzeitig auch Leiterin des Wanderkreises ist, wurde für ihr jahrelanges Engagement mit der Ehrennadel in Silber der Landsmannschaft Ostpreußen geehrt. In einer Laudatio wurde ihr Wirken zum Wohle der Heimat gewürdigt. Blumen wurden auch den neu in den Vorstand berufenen Beisitzern Renate Lohs, Elisabeth Seelig, Hermann Reich und Gerhard Maulitz überreicht. Aus der ostpreußischen Heimatfibel „Der Riese Timpetu“ wurde von Henry amüsant zur Erinnerung an die Schulzeit in Ostpreußen vorgetragen. Die Gestaltung des „Kulturkreis Simon Dach“ war ein Liedereigen über die ostpreußischen Städte und sehr gelungen, in denen es einst einen Bismarckturm gab. Überrascht wurde das Publikum mit einem Lied, getextet und vertont von Ingrid Labuhn, über „Der kleinen Stadt Sensburg“, dem Herz von Masuren. Ingrid Labuhn hat mit einem erweiterten Chor einige Lieder besonders für den Gastredner aus Jever einstudiert. Eine besondere Bedeutung hatte für die Teilnehmer das Lied „Freude schöner Götterfunken“. Wie stets, wenn mit Schicksalsgefährten Erinnerungen wachgerufen werden, wurden auch verstohlen etliche Tränen weggewischt. Mit Freunden an der Seite war es wieder ein schöner Tag im Mit- und Füreinander. Der Austausch von persönlichen Erinnerungen und historischen Fakten ist das Besondere dieser Gemeinschaft.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 12. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Wahl im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Mittwoch, 18. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 9. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Gedenken der Kriegstoten im „Krötenhof“. – Montag, 16. November, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Sonntag, 8. November, 14 Uhr, Treffen der Grup-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

pe in der Gaststätte SV Post. – Dienstag, 17. November, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg. – Freitag, 20. November, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Eine große Andalusien-Rundreise unternahm eine Reisegruppe unter der Leitung des Landesvorsitzenden Ferner. Granada, Cordoba, Sevilla – klangvolle Namen einmaliger Städte mit Kathedralen und Paläste. Dazu die Alhambra und die Sierra Nevada. Jerez de la Frontera, Stadt des Sherrys und der feurigen Pferde. Cádiz, älteste Stadt Spaniens. Ronda und die weißen Dörfer, einmalige Kunstschätze und traumhafte Landschaften. Kurz: Ein Bildungsurlaub mit anschließendem Badeaufenthalt an der Costa del Sol. Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch einer Flamenco-Aufführung, abseits der großen Touristenzentren in der Nähe von Sevilla. Ein Erlebnis der ganz besonderen Art – mit einem Rhythmus, dem sich niemand entziehen kann. Diese Schau hat sich tief in die Seelen der Reiseteilnehmer eingeprägt. Der Besuch einer spanischen Reitschule mit den feurigen andalusischen Pferden und einer Präsentation, die köstlichen Wein- und Weinbrandproben in Jerez sowie der Besuch eines Stierkampfes in Marbella waren weitere Höhepunkte in Andalusien. Eine Schiffsfahrt von Cadin aus, war geprägt vom folkloristischen Auftritt 40 spanischer Landfrauen. Ein Blick von Gibraltar, dem britischen Überseeterritorium, auf den afrikanischen Kontinent durfte natürlich nicht fehlen. Beim Besuch des Pablo-Picasso-Museums stellten die Teilnehmer fest, dass die meisten Zeichnungen und Malereien mit weiblichen Formen durch das Genie Picasso zum Ausdruck gebracht worden sind. Ja, das Museum in Malaga ist sehenswert. Andalusien besticht durch seine Vielfalt an Sehenswürdigkeiten: Da ist die frühere Kalifenstadt Cordoba mit der großen Moschee aus dieser Zeit, einstmals das zweitgrößte Gotteshaus des Islam; heute umgestaltet zu einer Kathedrale, oder Sevilla mit seinen wunderschönen maurischen Bauten. Granada mit der Alhambra, „die Rote“. So nennt man die Festung auf dem Felsen über der Darro-Schlucht. Hinter deren Mauern verbirgt sich ein „arabisches Märchen“ mit Innenhöfen, Wasserspielen und Gräben, repräsentativen Sälen, Balkonen und Alkoven. Die Alhambra ist ohne Frage der zauberhafteste Bau Andalusiens und der einzige Platz, an dem man maurische Atmosphäre noch unverfälscht genießen kann.

Pinneberg – Sonnabend, 21. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Es steht „Gänseverspielen“-Bingo (es winkt der Weihnachtsbraten) auf dem Programm. Anmeldung unter Telefon (04101) 73473, oder Telefon (04101) 62667.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Die Kulturtagung der Landesgruppe war von den ostpreußischen Landsleuten gut besucht. Die Themenauswahl erfolgte unter dem Gesichtspunkt: Hilfe bei der Gestaltung von Heimatnachmittagen in den Kreis- und Regionalverbänden zu geben. „Wer denn sonst, wenn nicht wir, muss Sorge tragen, dass das gemeinsame historische und kulturelle Erbe für Gegenwart und Zukunft bewahrt wird?“. Es war ein gutes Zeichen, dass eine junge Frau, die Tochter von Edeltraut Dietel, sich intensiv mit der Entstehung, Geschichte, Fundorten, Abbau, sowie Verarbeitung und Verwendung des Bernsteins beschäftigt hatte und dies gekonnt und interessant vorgetragen hat. Mit Hilfe von Experimenten zeigte sie, dass der Bernstein kein Stein, sondern fossiles Harz eozäner Nadelbäume ist. Viele Folien verdeutlichten die Bernsteingewinnung im Tagebau und die Kunst der Handwerker bei der Bearbeitung von Bernstein. Ein junger Mann, Enkel von bekannten ostpreußischen Landsleuten von Frau Dietel, brachte unter dem Thema, „Reise durch Ostpreußen – Reiseanregungen in die Heimat“, in Form einer DVD und Reiseprospekten zum Vortrag. Sicher gibt es genügend junge Menschen, die den älteren bei Vorträgen zur Hand gehen könnten. Margarete Ritter hatte den „Wehlauer Pferdemarkt“, den größten Markt Europas, für alle in die Gegenwart geholt. Dachte zu Beginn der eine oder andere Zuhörer vielleicht noch, damit kann man keinen Hund hinter dem Ofen vorlocken, so zeigte der Vortrag, gespickt mit zahlreichen Erinnerungen, den Stolz der ostpreußischen Bauern und Händler, ihre Bedachtsamkeit und Gründlichkeit in ihren Überlegungen, immer in Wahrung des eigenen wirtschaftlichen Vorteils. Echter ostpreußischer Humor, in Anekdoten zum Ausdruck gebracht, dazu der ostpreußische Dialekt der Vortragenden, aber auch die 700jährige Kulturgeschichte des Marktes selbst, gab viele Anregungen, das Gehörte zu bewahren und weiterzusagen. Ursula Klein, Autorin, deren Vorfahren aus Königsberg / Ostpreußen stammten, stellte das Leben der Familie Kron (Mutter) vor. Die Episode vom Ausflug zur Vogelwarte Rossitten zeigte die Fröhlichkeit und Ausgelassenheit der Kinder, aber auch Nachdenklichkeit durch die Worte des kriegsversehrten Pförtners (Ersten Weltkrieg). Die Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges war geprägt durch das Erleben der Kinder „vor Hunger sterben zu müssen“. Die Generation der Eltern hat die Vergangenheit totgeschwiegen, um sie angeblich zu bewältigen, so die Autorin. Sie habe sich dieses vorgestellt und nachträglich für ihre Kinder aufgeschrieben. Herr Klein, der Ehemann, ein gebürtiger Thüringer, begleitete die Ausführungen seiner Frau mit der Gitarre und spontan sangen alle Zuhörer mit. Ein herzliches Dankeschön an alle Referenten.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Trauer um Horst Labusch – Mit großer Betroffenheit haben wir von dem plötzlichen Tod von Horst Labusch erfahren, der am 25. Oktober 2009 im Alter von 86 Jahren verstarb. Er wurde in Grünfelde im Kreis Angerburg geboren und nach dem Abitur an der Hindenburgschule 1942 zur Wehrmacht einberufen. Nach der Entlassung aus russischer Gefangenschaft im Jahr 1948, studierte er Pädagogik und trat nach dem Staatsexamen als Realschullehrer in den Hamburger Schuldienst ein. Aus Liebe und Treue zur Heimat engagierte er sich bereits frühzeitig bei den Angerburgern. So organisierte er für die Kreisgemeinschaft im Patenkreis Rotenburg – ab den 50er Jahren – Jugendfreizeiten. 1961 wurde er in den Kreistag der Kreisgemeinschaft Angerburg gewählt und gehörte der Kreisvertretung bis zuletzt an. Auch für die neue Amtszeit ab September 2009 stellte er sich zur Verfügung. Im Vorstand wirkte er zuletzt von 1985 bis zur Neuwahl im September 2009, wobei er auf eine erneute Kandidatur verzichtete. In seiner langjährigen Arbeit für Angerburg übernahm Horst Labusch 1998 75jährig die Schriftleitung für den Angerburger Heimatbrief, als es zu einer Vakanz dieser Aufgabe kam. In das Redaktionsteam war er schon 1986 eingetreten. Die zeitaufwendige Arbeit als Schriftleiter übte er mit großer Kompetenz bis Ende 2005 aus. Dabei kam ihm sein umfangreiches Wissen von der Geschichte und Kultur Ostpreußens zugute. Sein beispielhafter Einsatz für Angerburg und Ostpreußen wurde 1996 mit der Verleihung des Silbernen und 2003 des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen gewürdigt. Die Lücke, die Horst Labusch hinterlässt, wird nur schwer zu schließen sein, die Kreisgemeinschaft Angerburg verliert mit ihm einen Eckpfeiler und beeindruckende Persönlichkeit, die uns als Ansprechpartner und Ratgeber fehlen wird. Horst Labusch wird uns in Erinnerung bleiben als liebenswürdiger Mensch, der leise und überlegt sprach, dabei aber durchaus überzeugend wirkte. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Geschäftsstelle – Die Postanschrift der Geschäftsstelle hat sich geändert. Ab sofort sind wir unter folgender Anschrift zu erreichen: Kreisgemeinschaft Angerburg e. V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100 (Landkreis), Fax (04261) 983883100 (Landkreis). dienstags von 9 bis 17 Uhr, mittwochs von 9 bis 12.30 Uhr, und donnerstags von 9 bis 17 Uhr.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Bericht vom deutsch-russischen Forum in Lüneburg – Unsere Kreisgemeinschaft war diesmal beim deutsch-russischen Forum in Lüneburg mit einer dreiköpfi-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

gen Delegation unter Kreisvertreterin Elke Ruhnke vertreten. Das Forum fand am Wochenende vom 24./25. Oktober 2009 statt und wurde von der Landsmannschaft Ostpreußen getragen (*Das Ostpreußenblatt* berichtete bereits). Ziele waren eine deutsch-russische Zusammenarbeit auf den Gebieten Denkmalschutz und Tourismus in Ostpreußen zum Wohle unserer wichtigen Kulturdenkmäler in unserer ostpreußischen Heimat. Von besonderer Bedeutung aber war dieses Forum für uns, da wir hier unseren guten Bekannten Dimitrij Schilow mit Nachrichten aus Heiligenbeil treffen konnten. Herr Schilow übermittelte uns offizielle Grüße der russischen Administration und von Bürgermeister Schlik. Ein wichtiges Ziel dieses Treffens war es zwischen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und der russischen Verwaltung ein gedeihliches Verhältnis zu schaffen. Dieses scheint im Rahmen unserer Gespräche auf einen guten Weg gebracht worden zu sein. Gemeinsam konnte über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Ziel der Errichtung eines beständigen Heiligenbeilmuseums in Heiligenbeil gesprochen werden. Wir Heiligenbeiler wollen dies Projekt im Rahmen unserer Möglichkeiten fördern und begleiten. In Folge der geführten Gespräche ist inzwischen ein offizieller Brief von Bürgermeister Schlik bei Kreisvertreterin Ruhnke mit einer Einladung nach Heiligenbeil eingetroffen. Frau Ruhnke wird dieser Einladung zusammen mit ihrem Stellvertreter Christian Perbandt im ersten Quartal 2010 gerne nachkommen.

Brandenburger–Kirchspieltreffen – Am Wochenende 9. bis 11. Oktober hat sich das Kirchspiel Brandenburg wieder zu seinem jährlichen Treffen in Rotenburg an der Wümme zusammengefunden. Mit 44 Teilnehmern waren wir trotz acht kurzfristiger Absagen und sechs nicht erschienener Samstags-Tagesgäste mit der Veranstaltung wieder sehr zufrieden. Diese ist sehr harmonisch und mit viel Plachandern abgelaufen, selbst der regnerische Samstag konnte einige nicht von einem größeren Spaziergang abhalten. Auch eine Gratulation zur Diamantenen Hochzeit von Paul und Gisela (geb. Pöppel) Schulz konnten wir überbringen, diese wurde mit einem „kleinen Feigling“ auch gebührend beklopft. Nachdem das Kirchspiel Pörschken ja leider ohne KSP-Vertreter leben muss, haben wir aus „Nachbarschaftshilfe“ nunmehr auch den Ortsverband Ludwigsort unter der seitherigen Leitung von Frau Dammeyer mit übernommen. Die ersten Gäste waren am Samstag auch schon da, und ich hatte den Eindruck, dass es ihnen ebenfalls sehr gut gefallen hat. So freue ich mich für nächstes Jahr auf mehr „Neue“ aus Ludwigsort. Zudem kann ich vermelden, dass es Frau Rauschning trotz großer Zeitprobleme gelungen ist, das Ortsbuch für Brandenburg rechtzeitig fertig gestellt mitgebracht zu haben. Dieses fand unter den Anwesenden auch großen Anklang und Fr. Rauschning hat alle 15 gedruckten Exemplare an den Mann, beziehungsweise an die Frau bringen können. Für eine Neuauflage hat Fr. Rauschning schon wieder neue Daten gesammelt, die dann auch bei einem Neudruck mit berücksichtigt werden. Weitere Exemplare werden jedoch nur auf Anforderung in Auftrag gegeben und wenn wenigstens fünf Bestellungen zusammengekommen sind. Bestellungen können zum Preis von 40 Euro inkl. Versand bei mir oder bei Fr. Rauschning bitte schriftlich in Auftrag gegeben werden.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Hauptkreistreffen – Am 2. und 3. Oktober 2009 fand in Minden im Hotel Bad Minden das diesjährige Kreistreffen der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg statt. Dieses war turnusmäßig mit der Vollversammlung und der Wahl der Mitglieder des Kreisausschusses verbunden. Nachdem die Kreisvertreterin Gisela Broschei den Tätigkeitsbericht der letzten zwei Jahre abgegeben hatte, in dem sie eingehend über die Situation des Samland-Museums, den Wiederaufbau der Kirche in Arnau, den Vortrag von Tatjana Gräfin Dönhoff, die Erstellung der Gemeindelisten und des Bildarchivs berichtet sowie den allgemeinen Geschäftsbericht abgegeben hatte, wurden die neuen Mitglieder des Kreisausschusses gewählt. Dem Kreisausschuss gehören danach folgende Mitglieder an: Dorothea Blankenagel, Barbara Bressem-Dörr, Gisela Broschei, Axel Doepner, Wolfgang Knitter, Peter Laux, Carl Mückenberger, Herbert Paulusch, Dietrich Riebensahm, Manfred Schirmacher, Willi Skulimma (in alphabetischer Reihenfolge).

Bereits am Sonnabendnachmittag hatte Dr. Rix, Vorsitzender des Kuratoriums Arnau e.V., im Mediensaal des Preußen-Museums einen begeisternden Vortrag unter dem Titel „Arnau als Beispiel ostpreußischer Kultur“ gehalten. Das Fazit war, dass sich die Arnauer Katharinenkirche, nachdem sie 1992 der völligen Zerstörung anheim zu fallen schien, wie ein Phönix aus der Asche erhebt, dass die Arbeiten an der Kirche noch viele Jahre in Anspruch nehmen und viel Kraft und Geld erfordern werden. Deshalb ist jede Art der Unterstützung, mag es sich um Archivalien, Material oder finanzielle Mittel handeln, willkommen. Eine andere Art der Unterstützung ist der Besuch der Kirche. Sie steht allen Gästen offen. Es empfiehlt sich aber, den Besuch beim Kuratorium Arnau (Kronsbek 10, 24214 Noer-Lindhöft) anzumelden. Fragt man danach, warum ein solches Baudenkmal dem Verfall entrissen wurde, so will ich Dr. Rix zitieren: „Durch die Wiedererstehung der Kirche wird ein zentrales architektonisches Kulturdokument der Ordenstätigkeit in die Zukunft ragen und den nachfolgenden Generationen ein Zeugnis der in Jahrhunderten erbrachten Leistungen geben.“ Eine interessante und zu bewundernde Arbeit stellte im Anschluss an den Vortrag über Arnau Peter Laux mit seinen Nachforschungen für das Ortsfamilienbuch des Kirchspiels Schaaken vor. Der Enkel einer ostpreußischen Großmutter hat sich mit einem befreundeten Landsmann, Egon Perkuhn, an die Arbeit gemacht, um ein mehrbändiges Werk über alle Einwohner, die zwischen 1646 und 1874 dort geboren wurden, dort geheiratet haben oder dort gestorben sind, zu verfassen. Das bedeutet, dass die in den Kirchenbüchern enthaltenen Angaben nochmals niedergeschrieben und familiär zusammengefasst werden, so dass sie der Nachwelt erhalten bleiben und lesbar sind.

Im Preußen-Museum befindet sich das Samland-Museum. Dort konnten sich die Besucher – sachkundig geführt von Herrn Schirmacher – ein Bild von den Sammlungsstücken aus dem ehemaligen Landkreis Königsberg machen. Viele Landsleute nahmen die Gelegenheit wahr und fanden häufig Erinnerungsstücke aus ihren Heimatorten. Der Abend galt der Unterhaltung. Hier musste man allerdings feststellen, dass die Landsleute lieber zusammensaßen, um sich im wahrsten Sinne des Wortes zu unterhalten, als etwa das Tanzbein zu schwingen. Es ist natürlich auch schön festzustellen, dass es noch immer unerschöpflichen Gesprächsstoff gibt. Wie bei jedem Treffen wurde auch am folgenden Sonntag früh ein Kranz am Ehrenmal an der Porta Westfalica niedergelegt. Dieser Gedenkstein war 1965 zur Zehnjahresfeier des Patenschaftsverhältnisses Kreis Minden-Lübbecke – Landkreis Königsberg aus Portasandstein errichtet worden. Er ist geschmückt mit den Wappen der Stadt Königsberg und der alten Reichshauptstadt Berlin sowie mit denen der beiden Landkreise mit Angabe der Kilometerentfernungen.

In der folgenden Feierstunde begrüßte die Kreisvertreterin Gäste und Landsleute und besonders unsere älteste Teilnehmerin, die 92 jährige Ehrenvorsitzende, Gerda Weiß, sowie die stellvertretende Landrätin Birgit Härtel. Frau Härtel war uns bereits vom letzten Treffen her bekannt, und so sah sie auch dieses Mal freundschaftliche Worte. Es tat gut, dass sie versprach: Der Kreis wird Ihnen auch weiterhin zur Seite stehen. Sie erinnerte an die bisherige fruchtbare Zusammenarbeit, griff noch einmal den „Arbeitsbesuch“ der Mindener Schüler in Arnau auf und wertete diesen als Blick in die Zukunft mit dem Ziel der Öffnung und Versöhnung. Dr. Rix begann seinen Vortrag mit einer kurzen Darstellung der geschichtlichen Entwicklung und bedeutenden Ereignisse Königsbergs und Ostpreußens und stellte heraus, dass sich politisches Geschehen oftmals auf klar umgrenzte geographische Räume konzentriert. So in der neuem Geschichte. Nach dem Ersten Weltkrieg hat das Ringen um Ostpreußen die herausragende Bedeutung dieses Landes gezeigt, was sich im Zweiten Weltkrieg fortsetzte. Nach dem Krieg wurde die strategische Bedeutung dieses Landstrichs nicht geringer, man denke nur an die Probleme bei der Festlegung der Grenze zu Polen, den zunehmenden Druck der Nato, die Stationierung von Mittelstreckenraketen, den Kampf um die Pipelines. Dr. Rix analysierte aber auch das Verhalten der Russen nach der Eroberung des Landes. Während die Eroberer Ostpreußen zunächst als reine Kriegsbeute behandelten, zeigt sich seit einigen Jahren zunehmend auch ein anderes Verhältnis zu Nordostpreußen: „Die verschüttete deutsche Kultur bricht sich unaufhaltsam Bahn und hinterlässt nachhaltige Spuren im Denken der Menschen.“ Diese Feierstunde wurde stimmungsvoll umrahmt von den klassischen Darbietungen zweier Musikerinnen.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Wahlaufruf – Im Frühjahr 2010 sind die Kirchspielvertreter des Kreises Labiau neu zu wählen. Der Wahlausschuss für diese Wahl ist auf der Sitzung der Kreisgemeinschaft Labiau am 25./26. April 2009 in Altenbruch bestellt worden und besteht aus den Kirchspielvertretern Erika Freitag, Südhang 58, 32699 Extertal / Vorsitzende; Brigitte Hagedorn, Weckerlinweg 14, 44359 Dortmund und Ingeborg Schmidt, Horner Heckenweg 20, 48147 Münster. Wahlberechtigt sind alle nach Vollendung des 18. Lebensjahres, soweit sie in der Kartei des Kreises Labiau eingetragen sind. Die Kreisvertreterin macht von ihrem Recht entsprechend der Wahlordnung vom 13. April 2003 Gebrauch und schlägt folgende Kandidaten vor: Kandidaten für folgende Kirchspiele: **Friedrichsrode / Sussemilken**: Bude, Irmgard; Reichwald, Bruno, Warthun, Horst; **Gilge**: Freitag, Erika; **Groß Baum**: Hagedorn, Brigitte; **Gr. Legitten**: Schmidt, Ingeborg; Springer, Hubertus; **Hohenbruch / Lauknen**: Stramm, Brigitte; **Kaimen**: Hunger, Ilse; Kurzmann, Dorothea; **Labiau-Stadt**: Lanatowitz, Heinke; **Labiau-Land**: Lemke, Klaus-Arno; Lemke, Anni-Lore; Lemke, Horst; Lemke, Bärbel; **Laukischken**: Marenke, Egbert; Hahn, Martina; **Liebenfelde / Mehlauken**: Erdmann, Alfred; Ludendorff: Aumann, Helli; **Markthausen / Popelken**: Hundsdörfer, Karl-Heinz; Potz, Horst; Todt, Anneliese; Schaulinski, Alfred.

Gemäß Punkt 3 der Wahlordnung sind weitere Vorschläge / Bewerbungen bis Ende Dezember 2009 an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Labiau Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn / Holstein, einzureichen. Diese Vorschläge / Bewerbungen müssen den vollständigen Namen, Geburtsdatum / Geburtsnamen und Anschrift, sowie die vollständige Anschrift und den Heimatort beziehungsweise den der Vorfahren des / der Kandidaten enthalten. Eine schriftliche Erklärung zur ehrenamtlichen Mitarbeit ist hinzuzufügen. Wir bitten, dass sich Interessierte aus den Kirchspielen melden, es werden auch Ersatzvertreter gesucht, denen dann die Möglichkeit gegeben wird, sich einzuarbeiten. Nach Abschluss der Vorschläge / Bewerbungen erstellt der Wahlausschuss eine aktualisierte Kandidatenliste entsprechend Punkt 4 der Wahlordnung. Der Wahlaufruf wird Mitte Januar 2010 erneut veröffentlicht. Als Wahltermin ist der 15. März 2010 vorgesehen. Der Wahlausschuss



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@t-online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Fox, Tel. (040) 5203191.

Die Kreisgemeinschaft wählte einen neuen Vorstand – Im Rahmen des diesjährigen Hauptkreistreffens in der Aula des Berufsbildungszentrums Neuss, wurde laut Satzung der Kreisgemeinschaft Rößel e.V. ein neuer Vorstand / Kreisausschuss gewählt. Ferner wurden elf weitere Kandidaten für die Wahl des neuen Kreistages benannt. In den neuen Vorstand gewählt: Erster Kreisvertreter: Reinhard Plehn, geb. 12. Dezember 1937 in Bischofsburg, 40699 Erkrath, Georg-Büchner-Straße 66. Stellvertretender Kreisvertreter: Paul Thiel, geb. 16. Februar 1939 in Stockhausen, 66333 Völklingen, Haydnstraße 23. Schatzmeister: Siegfried Schrade, geb. 2. Februar 1938 in Zweilinden, 41066 Mönchengladbach, Erikastraße 38. Schriftführerin: Waltraud Wiemer, geb. 30. September 1941 in Bischofsburg, 51375 Leverkusen, Mendelssohnstr. 7. Karteiführerin: Ursula Schlempke, geb. 22. September 1940 in Daun / Eifel, 41464

Fortsetzung auf Seite 20

»Ich bin ein deutscher Patriot«

Grußwort des Sprechers der LO, Wilhelm v. Gottberg, zum deutsch-russischen Forum

Im Namen des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) begrüße ich Sie herzlich zu dieser Wochenendveranstaltung hier in der alten Hansestadt Lüneburg. Sie sind uns sehr willkommen, denn Sie kommen aus unserer Heimat, die inzwischen Ihre Heimat geworden ist. Die meisten von Ihnen beschäftigen sich mit der Kultur des Landes, beziehungsweise mit den Archivalien der Geschichte, wie mit der nun schon seit 65 Jahren andauernden russischen Geschichte des Gebietes. Ich bitte Sie, liebe russische Freunde, haben Sie Verständnis, wenn ich die deutschen Bezeichnungen für geographische Begriffe des Königsberger Gebietes benutze. Ich bin ein deutscher Patriot. Ich bin 1940 in Domnau geboren, heute Domnowo, und meine Eltern hatten in Gr. Klitten, einem Ort bei Domnau, Grundbesitz.

Die Ostpreußen, zumindest so weit sie noch im Oblast Kaliningrad geboren wurden, sprechen vom Königsberger Gebiet oder vom nördlichen Ostpreußen, manchmal auch vom russischen Teil Ostpreußens. Die Städte der Heimat nenne ich alle mit ihren deutschen Namen, ich bin sicher, Sie wissen, um welche Städte es sich handelt, wenn ich ihre deutschen Namen nenne.

Meine Damen und Herren, Russland ist eine große Kulturnation. Das gilt trotz der 70 Jahre, die Ihr Land und die russischen Menschen unter dem Totalitarismus haben leiden müssen.

Wir wissen, was die russischen Menschen, besonders unter dem Stalinismus, haben erleiden müssen. Auch unser Land hat zwölf Jahre eine schwere Diktatur erleiden müssen. Unsere Völker haben sich in fast vier Jahren blutigen Krieges Furchtbares angetan. Der Krieg ist seit fast 65 Jahren vorbei, es besteht kein Anlass mehr, dass sich Russen und Deutsche heute noch mit gegenseitigen Vorwürfen aus der Zeit des 20. Jahrhunderts verletzen. Russland ist ein europäisches Land, auch wenn der größte Teil des russischen Territoriums in Asien liegt. Russland hat der europäisch-abendländischen Kultur- und Geistesgeschichte viel gegeben, wer das außerhalb Russlands bezweifelt, sollte sich viel Zeit nehmen, die kulturellen Einrichtungen St. Petersburgs zu besichtigen.



Begrüßte die Gäste: Wilhelm v. Gottberg Bild: MRK

Russland achtete auch die Kultur anderer Staaten. Unter uns ist unser Freund und Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen Anatolin Bachtin. Sein Werk über den drohenden Verfall der Ordenskirchen im nördlichen Ostpreußen hat dazu geführt, dass ein Teil dieser sakralen Bauwerke gerettet werden konnte.

Wir Ostpreußen haben – solange wir noch in der Heimat lebten – sehr nach Osten zu unseren russischen Nachbarn geschaut. Wir hatten kaum den Blick für die westeuropäischen Nachbarn. Die Königsberger Universität – wie schön, dass sie heute Immanuel Kant Universität heißt – strahlte weit nach Osten aus. Sie war über viele Jahrzehnte das verbindende Element für die deutsch-russische Nachbarschaft.

Wir bedauern, dass wir heute zwischen unseren Staaten keine gemeinsame Grenze mehr haben. Das hat niemand von uns allen, die wir hier im Raum versammelt sind, verschuldet. Dass die deutsche Ostgrenze heute an den Flüssen Oder und Neiße liegt, dieser Vorschlag kam zuerst von den Anglo-Amerikanern.

Europa ging es immer gut, wenn das russische Volk und das deutsche Volk partnerschaftlich und harmonisch miteinander Umgang hatten. Das war im 19. Jahrhundert so und auch viele Jahre im 18. Jahrhundert. 1990 war es die russische Staatsführung, die die Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten ermöglichte, das bleibt unvergessen.

Es ist mein Wunsch, dass Deutschland und Russland näher zusammenrücken und intensiver als bisher zusammenarbeiten.

Ich habe Ihnen einen von mir verfassten Pressebericht mitgebracht, er ist allerdings schon zweieinhalb Jahre alt. Ich fordere in diesem Artikel von der EU und von Deutschland mehr Verständnis für Russland. Freunde müssen zusammenstehen, auch wenn sie unterschiedlichen Nationen angehören. Wir hier im Raum, als Russen oder Deutsche sollten uns als Avantgarde für eine intensivere deutsch-russische Partnerschaft verstehen.

Abschließend möchte ich an Sie, liebe russische Freunde, eine Bitte richten. Bitte setzen Sie sich bei Ihrer Regierung dafür ein, dass der lästige Visumszwang zwischen unseren Ländern aufgehoben wird. Wenn das nicht möglich ist, könnte man zumindest unbürokratisch ein formloses Einreisevisum gegen eine Gebühr beim Grenzübertritt in die russische Föderation in den Pass einstempeln. Es würde gegenseitige Besuche enorm erleichtern und ausweiten. Kennenlernen und miteinander sprechen sind die Grundlagen für dauerhafte Freundschaft. Mein mehrfach geäußerter Appell an die deutsche Regierung,

> »Russland ist ein europäisches Land«

sie möge mit der russischen Regierung vereinbaren, den Visumszwang abzuschaffen, blieb bisher unerhört.

Es ist der Wunsch des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, dass wir dies Gesprächsforum institutionalisieren. Wir sollten es vielleicht auch auf die kommunalpolitische Ebene ausweiten.

Ich wünsche uns allen einen fruchtbaren Gedankenaustausch, Russland und Deutschland gemeinsam ein herzliches Glückauf! *W.v.G.*

Fortsetzung von Seite 19

Neuss, Meertal 212. Geschäftsführerin und Redakteurin des „Rößler Heimatboten“: Gisela Fox, geb. 21. Februar 1939 in Hamburg, 22417 Hamburg, Leegmoor 43.

Im Anschluss an die Vorstandswahl erfolgte die Aufstellung der elf Kandidaten für den Kreistag, der für vier Jahre gewählt wird. Für die Wahl in den Kreistag wurden vorgeschlagen: Ernst Grunwald, Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft Rößel e.V., geb. 12. November 1924 in Krausen, 50933 Köln, Losheimer Straße 2. Anton Sommerfeld, langjähriger Schatzmeister und Geschäftsführer des „Rößler Heimatboten“, geb. 25. Februar 1922 in Groß Mönsdorf, 41462 Neuss, Benzstraße 18. Hans Bachus, geb. 3. Mai 1943 in Königsberg, 56567 Neuwied, Rodenbacher Straße 42. Maria Braun, geb. 1. Februar 1934 in Groß Kölln, 41541 Dormagen, Aloysiusstraße 36. Ernst Grünheidt, geb. 30. Juni 1935 in Samlack, 52382 Niederzier, Eilener Weg 23. Erna Jahnel, geb. 16. Juli 1940 Groß Kölln, 41470 Neuss, An der Laage 2a. Franz Krause, geb. 25. Februar 1923 in Schellen, 52146 Würselen, Duffesheider Weg 26. Ernst Michutta, geb. 19. Juni 1931 in Lautern, 34305 Niedenstein, Wiehoffstraße 21. Paul Rückstein, geb. 29. Januar 1933 in Labuch, 41472 Neuss, Weststraße 30. Erwin Weinert, geb. 8. Juli 1933 in Bischofsburg, 47803 Krefeld, Kempener Allee 185. Elfriede Wrobleswski, geb. 5. August 1938 in Cronau, 40597 Düsseldorf, Benrather Schloßallee 88. Als Ersatzkandidaten wurden vorgeschlagen: Rita Schrade, geb. 17. November 1939 in Schwenkitten, 41066 Mönchengladbach, Erikastraße 38. Helga Weinert, Bischofsburg, 47803 Krefeld, Kempener Allee 185. Waldemar Rogalla, Bischofsburg, 42807 Remscheid, Postfach 100703.

Laut Satzung der Kreisgemeinschaft veröffentlicht der Wahlausschuss die elf Kandidaten in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Ostpreußenblatt* und im „Rößler Heimatboten“. Gehen bis zum Ende der Wahlfrist am 31. Dezember 2009 keine Einsprüche gegen diese Kandidaten ein, so gelten sie als gewählte Mitglieder des Kreistages.

Arbeitsgemeinschaft Junge Generation

Düsseldorf – Sonnabend, 21. November, bis 10 Uhr Anreise; 10 Uhr, „Universale Menschenrechte? Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“ Referentin: RA Sabine Birken (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen); 11 Uhr, „Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges“ Referent: Michael Weigand, BdV NRW; 12 Uhr, Zeitzeugenbericht Barbara Berger „Vertreibung und Integration“; 13 Uhr, Gemeinsames Mittagessen; 13.45 Uhr, Arbeitsgruppen: 1. Volksgruppenrechte in der Republik Polen (Leitung: Tobias Körfer, AGMO), 2. Menschenrechte in Russland (Leitung: Eleonora Faust, BdV NRW), 3. Medien und Menschenrechte (Leitung: Tatjana Weber, Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland NRW); 14.45 Uhr, Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum; 15.15 Uhr, Podiumsdiskussion: Wie wird den Menschenrechten Geltung verschafft? Teilnehmer: Sabine Birken, Hans-Günther Parplies (BdV NRW), Michael Weigand (BdV NRW), Klaus M. Deuchert (Gesellschaft für bedrohte Völker), Leitung: Markus Häßelbarth. Ende der Veranstaltung gegen 16.30 Uhr. Seminarleitung: Eleonora Faust, Markus Häßelbarth.

Das Seminar findet im Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, statt. Teilnehmerbeitrag: 10 Euro, Leitung: Eleonora Faust, Markus Häßelbarth. Anmeldung: Bund der Vertriebenen – Landesverband NRW, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon (0211) 350361, Fax 369676, Mail: faust@bdv-nrw.de, Anmeldefrist: 13. November 2009.

Kreuzworträtsel

Hochruf; unruhig, stürmisch; um Almosen Bittender; untadelig, achtbar; jap. Herrschertitel; Serviermöbel; Märchenfigur der Brüder Grimm; Zahlungsmittel; Handarbeitstechnik; Auftritt auf fremder Bühne; Metallbolzen; Stadt und Fluss in Böhmen; frühere schwed. Popgruppe; Teil des Bruches (Mathematik); niederländische Stadt; die Ackerkrume lockern; prahlen, protzen; dt. Komponist (Max); Filmhund; wirklich; Vorsilbe: zwischen (lat.); obere, vordere Seite des Rumpfes; Änderung der Entwicklungsrichtung; Gebiet; Baugelände; französischer Apfelwein; unecht wirkendes Verhalten; Oberteil aus Trikotstoff; Eile, überstürztes Drängen; Missbilligung ausdrücken; Standbild; schwankend, unsicher; kurzer, heftiger Regenschauer; Widerhall; früherer Reitersoldat; Futterpflanze; Klavierteil; Druckhebel; Lobgesang; Ruhm, Ehre; Hauptstadt Finnlands; Summe der Lebensjahre; fort, weg; beginnend mit; äußere Begrenzungslinie; Verstand, Denkvermögen; Bratenbeigabe, Soße; Kummer, Seelenschmerz; Haustier; Retter, Befreier; Wahlübung im Sport; britischer Sagenkönig; chem. Zeichen für Germanium; Hülle, Futteral; alleinig, ausschließlich; Zimmer; fettarm; Staat im Baltikum; somit, mithin; Hinterhalt (auf der … liegen); Grundmodell; zustehende Menge, Quantum; aus einer Gefahr befreien; bunter Tropenvogel; verfallenes Bauwerk; Bootsruder; Kostenpunkt; Leiter einer Band (engl.); Kurzstreckenläufer; Getreidekornhülse; Säugling, Kleinkind; Riesenschlange; altnordischer Donnergott; gefrorenes Wasser; Bruder Jakobs im A. T.; kleiner Junge (ugs.); heiße Klimazone; Luftreise; Stockwerk; Gliedstaat der Schweiz; glätten, planieren; Landkartenwerk; ital. Dichter (Torquato); sächsische Stadt an der Elbe; Untugend; Verbannung; Verbannungsort; nicht durch zwei teilbar; griechischer Buchstabe; schmal; begrenzt; Nachkommenschaft aus Eiern; Opernsologesang; Trinkgefäß; Fremdwortteil: aus; ehemalig; kleine, schnelle Schritte machen; nach unten bewegen (Kopf); Stadt in Mittelitalien; Jazzstil; Hartschalenfrucht; eiförmig

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Kaempfer, 2. Stunden, 3. Teppich, 4. Schlitten, 5. Schulden, 6. Fehler, 7. Schreiber – Pupille

Magisch: 1. Katalog, 2. Kathete, 3. Fontane

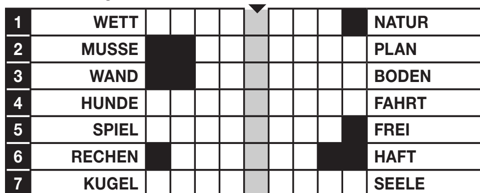
Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CHLMO; EIRS; AIKPS; AEHPS; ANOR; AGNR; ENOT; HNOR; EMOSS; AAHOPR; ACINORSST; CEHK; EEGN

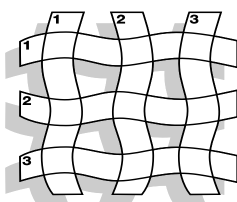
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung das Sehloch des Auges.



1	WETT		NATUR
2	MUSSE		PLAN
3	WAND		BODEN
4	HUNDE		FAHRT
5	SPIEL		FREI
6	RECHEN		HAFT
7	KUGEL		SEELE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Waren- und Bücherverzeichnis
2 Seite im rechtwinkligen Dreieck
3 deutscher Dichter (Theodor)

»Die Zeit ist noch nicht reif«

Gespräch mit dem in Polen lebenden Kabarettisten Steffen Möller über eine schwierige Nachbarschaft

In der ausgebuchten Hamburger Komödie Winterhuder Fährhaus trat der Kabarettist Steffen Möller auf, der gerade auf Deutschlandtournee ist. Mit viel Humor klärte der wohl bekannteste Deutsche in Polen das Publikum über das Nachbarland, dessen unglaublich schwierige Sprache, den Aberglauben und einige amüsante typische Charakterzüge der Polen auf.

Der sympathische Deutsche begeisterte das deutsch-polnische Publikum mit dem an sein Buch „Viva Polonia“ angelehntem Bühnenprogramm. Steffen Möller ist nicht nur ein ganz großer Star in seiner Wahlheimat Polen, sondern gilt auch als der beste deutsche Botschafter in Polen. Die *PAZ* sprach mit ihm über das angespannte deutsch-polnische Verhältnis, seine Arbeit und seine Pläne.

»Man müsste eine gemeinsame Sprache einführen«

***PAZ:** Herr Möller, Sie touren gerade durch Deutschland mit Ihrem Programm „Viva Polonia – Als deutscher Gastarbeiter in Polen“. Wie unterscheidet sich Ihrer Meinung nach der Humor der Deutschen von dem der Polen? Über welche Dinge können beide lachen?*

Möller: Sie können beide über sich selbst lachen. Viele Polen glauben, die Deutschen hätten keinen Humor, ich selber glaube, die Deutschen haben sehr viel Humor … aber nur abends, abends, wenn sie im Kabarett sitzen und wissen, jetzt bin ich im Kabarett, dann wissen sie, aha jetzt kommt Absurdität. Die Polen können auch tagsüber lachen, auch wenn sie gar nichts wissen. Das ist für mich der schöne kleine Unterschied. Man braucht in Polen nicht anzukündigen, dass man gleich einen Witz erzählt.

***PAZ:** In Deutschland werden Polen besonders gern im Pflegedienst eingesetzt, weil manche gut mit Menschen umgehen können sollen. Wo würde man denn einen Deutschen in Polen arbeiten lassen außer im Kabarett?*

Möller: Wahrscheinlich als Bahnhofswärter, der pünktliche Durchsagen machen muss, vielleicht auch noch als Schäferhundzüchter und natürlich als Polizist, Soldat … und solche Sachen …

***PAZ:** Sie leben bereits seit 15 Jahren in Polen und sind zum Polenfan geworden. Was müsste man in beiden Ländern tun, damit wir einander mögen?*

Möller: Man müsste eine gemeinsame Sprache einführen. Ich glaube, das Hauptproblem ist die sehr unterschiedliche Sprache. Die Polen lernen sehr fleißig Deutsch, Polen ist ja das Land mit den meisten Deutschlernenden der EU, 25 Prozent machen Abitur in Deutsch. In Deutschland sieht es ein bisschen schlechter aus, niemand lernt Polnisch, gerade mal tausend Leute in Brandenburg. Und ich kann nur hoffen in 500 Jahren reden wir alle Englisch.

***PAZ:** Ein Punkt, welcher immer wieder für Probleme sorgt, ist das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. Man sieht es in Polen als ein großes Problem. Wie sehen Sie es?*

Möller: Ich glaube, dass die Zeit noch nicht reif ist für dieses Zentrum, und ich glaube, dass Erika Steinbach den Polen nicht das Gefühl vermitteln konnte, dass dieses Zentrum sich nicht gegen Polen richtet. Man sollte meines Erachtens die Vorsitzende des Vertriebenenbundes ersetzen durch jemand Neues, der in Polen mehr Kredit genießt.



Steffen Möller ist wohl der bekannteste Gastarbeiter in Polen. Bereits seit Jahren tritt er erfolgreich als Kabarettist auf. Der Deutsche wurde 1969 in Wuppertal geboren. Nach dem Studium der Philosophie und Theologie ging er nach Krakau, um Polnisch zu lernen, und blieb. Zunächst arbeitete er an der Warschauer Universität als Dozent für Deutsch. Seit 2001 tritt Möller als Kabarettist in Polen auf. Sein Durchbruch kam mit einer Rolle in der populären polnischen Seifenoper „L wie Liebe“. Er gilt als großer Polenfan, der mit seinem Humor einen Beitrag zur Verbesserung des polnisch-deutschen Verhältnisses leistet. Im Jahr 2005 wurde er dafür sogar mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. – 2006 wurde sein erstes Buch: „Polska da sie lubic“ („Polen lässt sich mögen“) veröffentlicht und 2008 das deutsche Pendant dazu „Viva Polonia – Als deutscher Gastarbeiter in Polen“. Im Jahr 2009 erschien sein neustes Buch „Vita Classica“ über seine Liebe zur klassischen Musik. Immer bekannter wird Möller auch in Deutschland. Derzeit ist er wieder auf Tour mit seinem Kabarett zum Buch: Theaterhaus Stuttgart, 9. November, Centralstation im Carree Darmstadt, 10. November, Stadthalle Rheine, 11. November, ZAAK Düsseldorf, 12. November. Weitere Stationen sind Duisburg, Aachen und Münster. *A.G.*

***PAZ:** Wie sollten die Deutschen das Vorhaben denn angehen, damit es in Polen als keine Beleidigung gesehen wird? Sehen Sie als Lösung die Neubesetzung des Postens der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen?*

Möller: Ja, ich bin aber auch der Meinung, dass die Polen in ihrer Reaktion häufig übertreiben. Man nimmt in Polen nicht ausreichend zur Kenntnis, dass es in Deutschland wohl eine Vergangenheitsbewältigung gibt, aber man hat das Gefühl, dass die Deutschen viel zu wenig wissen, über das, was 1939 bis 1945 passiert ist. Fragen sie mal in Wuppertal oder in einer anderen deutschen Stadt, wer das Wort Westerplatte kennt: niemand. Und wenn ein Pole das merkt, dann wird er natürlich aggressiv, weil er dann das Gefühl hat, dass die ganze Vergangenheitsbewältigung nicht viel Wert ist.

***PAZ:** Sie haben das Bundesverdienstkreuz für Ihre Verdienste um das deutsch-polnische Verhältnis bekommen. Können Sie sich vorstellen, dem Beispiel des polnischen Kabarettisten Jan Pietrzak zu folgen und es auch aktiv in der Politik zu versuchen?*

Möller: Ich habe dieses Jahr bei den Europawahlen das Angebot einer postsozialistischen Splitterpartei aus Warschau bekommen, der SDLP, für sie im Wahlkreis Warschau zu kandidieren, damit sie endlich über die Fünf-Prozent-Hürde kommen. Ich habe das Angebot nicht angenommen, daraufhin haben sie eine ausrangierte Sängerin genommen, die es auch nicht geschafft hat. Und ich bin froh, dass ich es nicht gemacht habe. Ich werde mich von der Politik möglichst fernhalten.

***PAZ:** Sie sagen von sich selber, Sie seien ein Hobbyethnologe und beobachten beide Völker ganz genau. Gibt es für Sie immer noch Überraschungen im deutsch-polnischen Alltag?*

Möller: Ja es gibt auch positive Überraschungen. Ich hatte jetzt vor zwei Wochen einen Auftritt in Belheim, in der Pfalz, es ist ein kleines Städtchen mit einer hervorragenden Bierbrauerei. Sie haben seit über 30 Jahren eine enge Partnerschaft mit einer kleinen Stadt in Westpolen. Kuzmin heißt die Stadt, und das ist eine unheimlich lebendige Partnerschaft. Ich hatte da einen Auftritt: 70 Polen und 400 Deutsche. Das war eine Superstimmung. Ich hatte in beiden Sprachen geredet. Da sind sogar schon Ehen gestiftet worden von dieser Partnerschaft. Davon muss es noch viel mehr geben, damit die Welt besser aussieht.

Partnerschaft zwischen zwei Städten beispielhaft

Vielen Dank für das Gespräch.

Anna Gaul

In Kürze

Mit Gletscherwasser zum Genuss

Auf Flaschen direkt an der Gletscherzunge in Chiles Traumlandschaft Patagonien abgefüllt, beginnt ein neues Luxusprodukt, die Märkte und die Gaumen der Genießer und Bio-Fans in den Nobelrestaurants der Welt zu erobern. Denn das Schmelzwasser ist, wie es heißt, garantiert ohne jedes Umweltgift. „Waters of Patagon“ heißt das Produkt aus dem 8000 bis 14 000 Jahre alten Eis. 16 000 Flaschen sollen ab März 2010 abgefüllt und versendet werden. Der chilenische Kaufmann Ian Szydlowski stützt sich bei seinem Vorhaben auf eine Marketinganalyse, die besagt, dass die Europäer grundsätzlich bereit sind, für diese Extravaganz rund fünf Euro zu bezahlen. Denn, so die Studie, in den so genannten „Wasserbars“ würden bereits hochpreisige Mineralwässer aus Südafrika, Neuseeland und der norwegischen Gletscherwelt konsumiert.

Grönlandeis im Whisky fand Anklang bei Snobs

Die Konzession, um die sieben Jahre gerungen wurde, umfasst 25 000 Hektar Gletschereis. Pionier der eisigen Idee in Deutschland war „coop“, wo Ende der 60er Jahre Grönlandeis in Stückchen eingetütet in die Tiefkühltruhen kam und zunächst bei Snobs großen Anklang fand.

Wenn sich das Eis, etwa in einem „Whisky on the Rocks“, auflöste, wurden die im Eis enthaltenen Sauerstoffbläschen frei, die Würfel begannen zu rotieren, stießen an die Glaswände und erzeugten so ein klingelndes Geräusch. Doch der Gag verschwand bald wieder, er war dem Verbraucher auf Dauer wohl doch zu teuer.

Joachim Feyerabend

Für Sie gelesen

Das Bilderbuch meiner Jugend

Paul Fechter nannte ihn den „Balzac des Ostens“ und lobte ihn als „Gestalter eines phantastischen, rauschhaften und unwirklichen Lebens, das um die Menschen zwischen Weichsel und Memel, um die Gestalten der ganzen deutschen Ostwelt gewesen war“. Hermann Sudermann (1857–1928) war um die Wende zum 20. Jahrhundert der meistgespielte Dramatiker Deutschlands. Dass er auch ein packender Erzähler war, davon kann man sich in seinem „Bilderbuch meiner Jugend“ überzeugen. Auch hier schildert er die Menschen seiner Heimat und ihre Schicksale lebendig und fesselnd. Jetzt sind die farbenfrohen Erinnerungen Sudermanns wieder als Buch zu haben. *os*



***Hermann Sudermann: „Das Bilderbuch meiner Jugend, Roman einer Zeit“**, Lindenbaum Verlag, Schnellbach 2009, gebunden, 331 Seiten, 19,80 Euro*

Damenbesuch war tabu

Eine Stiftung will das ehemalige olympische Dorf von 1936 retten – Wechselhafte Geschichte

Gerade lief im Kino das Drama „Berlin 36“ über die jüdische Hochspringerin Gretel Bergmann. Der Film lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Olympischen Sommerspiele von 1936. Neben dem Rummel um sportliche Höchstleistungen und die nationalsozialistische Rassenpolitik rückt jedoch ein Schauplatz aus dem Scheinwerferlicht heraus: das olympische Dorf, in dem die Athleten im August 1936 untergebracht waren und trainierten.

Der Auftrag für den Bau des Komplexes im Elstal bei Berlin ging an den Architekten Werner March. Dieser hatte schon das Reichssportfeld und das Olympiastadion entworfen. Die 2,5 Hektar große Anlage bot beste Bedingungen, um die 4000 Sportler aus aller Welt zu beherbergen. Um die ausländischen Besucher mit der Geographie und den Gepflogenheiten des Gastgeberlandes vertraut zu machen, trug jedes der 141 Wohnhäuser einen deutschen Städtenamen. Die Gemeinschaftsräume waren mit entsprechenden Wandgemälden ausgestattet. Der Erhalt von Kiefern- und Eichenwäldern sowie die Anlegung eines Sees mit finnischer Sauna und Wasservögeln aus dem Zoo sollten den Eindruck eines natürlichen Charakters der Landschaft erwecken.

Tagsüber brachten sich die Männer – die Frauen kamen in der Nähe des Olympiastadions unter – auf dem Sportplatz mit Aschebahn, in der hochmodernen Schwimmhalle mit Desinfektionsbecken oder in der Turnhalle in Form. Für das leibliche Wohl sorgten rund 200 Köche im „Speisehaus der Nationen“. Der Genuss alkoholischer Getränke war beim Mittag- und Abendessen untersagt. Nur die Italiener und Franzosen mussten nicht auf ihren Wein, die Holländer und Belgier nicht auf ihr Bier verzichten. Abends trafen sich die Athleten im „Haus Hindenburg“ zur Vorführung von Propagandafilmen oder zum Gespräch. Nächtliche Ausflüge oder gar Damenbesuch waren dagegen tabu.



In neuem Glanz: Das ehemalige Schlafzimmer des Athleten Jesse Owens Bild: Gerber

Nach den Sommerspielen quartierte sich die deutsche Wehrmacht auf dem Areal ein. Kurzerhand funktionierte sie das Speisehaus zum Lazarett, das Empfangsgebäude zum Kommandostab-Sitz und Offiziersheim sowie das Hindenburg-Haus zur Infanterieschule um. Zu DDR-Zeiten nutzten die Sowjets das Dorf für militärische Zwecke. Nichts sollte mehr an das Vorgängerregime erinnern. „Anstößige“ Skulpturen wurden entfernt, das Riesenrelief marschierender Wehrmachtsoldaten im Hindenburg-Haus versiegelt, die Wandgemälde der Unterkünfte übertüncht und durch eigene Bilder ersetzt. An der Stelle vieler Wohnhäuser errichtete die sowjetische Armee Plattenbauten für ihre Offiziere und deren Familien. Nach dem Abzug der Truppen 1992 kehrte Ruhe in Elstal ein.

Birken und Gräser eroberten das Gelände zurück

Zukunftspläne – von einer Dauerausstellung für Architektur über eine Fußballschule des DFB bis hin zu einem Ferienpark oder einer internationalen Jugendbegegnungsstätte – kursierten in den Medien. Doch all diese Pläne scheiterten nicht zuletzt wegen finanzieller Schwierigkeiten. Die Natur eroberte das Gelände mit wuchernden Birken und Gräsern zurück. Der Zahn der Zeit begann an den Bauten zu nagen. Von den ursprünglichen Gebäuden von 1936 stehen heute noch das teilsanierte Speisegebäude, das Hindenburg-Haus, die Turn- und Schwimmhalle, der Sportplatz, das Heizhaus, das Kommandantenhaus sowie neun der Unterkünfte. Überall rieselt der Putz, rostet der Stahl, und der Wind pfeift durch zerbrochene Scheiben. Die alte Schwimmhalle ist seit einem Brandanschlag von 1993 schwer beschädigt und droht nun einzustürzen. Der Waldsee ist verlandet und auch die Sauna und die Holzbrücke sind längst Geschichte.

Seit 2005 gehört das denkmalgeschützte Areal der DKB-Stiftung für gesellschaftliches Engagement, die sich für den Erhalt des geschichtsträchtigen Ortes einsetzt. Gemeinsam mit dem Verein Historia Elstal bietet sie von April bis Oktober Führungen durch das Dorf an (Anmeldung unter 033234/86277). Dabei erhalten Besucher interessante Einblicke hinter die Kulissen der verbliebenen Gebäude.

Höhepunkt ist die Besichtigung des sanierten Wohnhauses von Jesse Owens. Der afroamerikanische Leichtathletikstar und Publikumsliebling hatte damals mit dreimal Gold Hitlers Rassenwahn ad absurdum geführt.

Sophia E. Gerber



Auf Männerfang

Dische spielt mit Klischees

Irene Disches neuer Roman mit dem Titel „Clarissas empfindsame Reise“ ist in Form eines vergleichsweise schmalen Bandes erschienen, beinhaltet aber eine weitgefächerte Handlung. Für Kenner liegt bald die Vermutung nahe, dass es sich hier ein weiteres Mal um eine in einen Schnelldurchlauf gepresste Mischung aus Satire und Groteske handeln könnte. Und das ist tatsächlich der Fall.

Dische schickt eine arrogante 35-jährige, die man auch als „Flittchen“ bezeichnen könnte, da sie sich gewohnheitsmäßig unter anderem an bekannte Schriftsteller heranpirscht, während der Zeit des Wahlkampfs 2008 auf eine Reise durch die USA. Der überwiegend in Berlin lebenden deutsch-amerikanischen Schriftstellerin liegen deutsche und amerikanische Inhalte, auch gern gemischt, wie in diesem Fall: Ihre Protagonistin Clarissa ist eine Amerikanerin aus jüdischer Familie, die viele Jahre zuvor in Berlin „ihr Talent, sich zu verlieben“ entdeckt hatte und seitdem dort lebt.

Zuletzt hatte sie einer Freundin den Liebhaber ausgespannt, einen älteren, verheirateten russischen Schriftsteller. In ihn ist sie nach wie vor vernarrt, als sie zum Auftakt der Geschichte, in einem Flugzeug sitzend und mit ihrem dänischen Sesselnachbarn flirtend, in Erscheinung tritt. Spontan hatte Clarissa beschlossen, ihren Liebeskummer (Ivan hatte ihr den Laufpass gegeben) in New York auszukurieren. Der Titel des Romans wurde in Anspielung auf eine im 18. Jahrhundert beliebte Art der Reiseliteratur gewählt, in England „Sentimental Journey“ genannt. Diese Ich-Erzählerin ist jedoch gefühlsarm, wenn man von ihrem aus Liebeskummer veranstalteten Lamento absieht. Im Gegensatz zum literarischen Vorbild, mit dem man es so genau nicht nehmen sollte, lässt sie sich unterwegs weder auf lange Dialoge ein noch nimmt sie sich Zeit zum Sinnieren. Stattdessen kreisen ihre Gedanken viel um ihr jugendliches Aussehen.

Das Reiseziel New York wurde mittels Umweg über Miami, Florida, angepeilt. Einen Aufenthalt in Orlando hatte Clarissa eingeplant, weil sie dort eine noch größere Berühmtheit auf dem Feld der Schriftstellerei ausfindig machen will: Paul. Nach und nach erfährt man, dass Clarissa ehemals eine erfolgreiche Ralleyfahrerin war und in Berlin mit dem gutaussehenden, vermögenden und sie überdies bedingungslos liebenden Handchirurgen Hans verheiratet ist, dessen Kreditkarte sie schätzt.

Damit ist endgültig geklärt, dass Dische hier alles, aber auch alles Vorkommende ironisch aufgespießt hat. Sie hat sich einen Spaß daraus gemacht, Clarissa mit Klischees auszustatten, die oft und gern gerade von Frauen bekrittelt werden, die aber dennoch unausrottbar sind, zumal die Medien ein Interesse an ihrem Wildwuchs haben. Es ist Wahlkampf während Clarissas Reise durch die USA. Überall begegnet man Erscheinungen, die alle Vorurteile zu bestätigen scheinen: arme und übergewichtige Trailerpark-Bewohner, fanatische Wahlkampfhelferinnen aber auch dem Spendenknopf auf Hillary's Webseite.

> Unbeschreiblich arrogant und oberflächlich

Überstürzt bricht die von Paul enttäuschte Clarissa aus Orlando auf, reist per Bus irrtümlich durch beide Carolinas. Zwischendurch prüft sie immer wieder ihre Mailbox, und wirklich meldet sich Ivan, noch dazu aus einem New Yorker Hotel, wo er auf ihre Ankunft wartet. Siegessicher begibt sie sich daraufhin in das drei Zeitzonen und 3400 Meilen entfernte Anchorage, weil sie glaubt, Ivan werde ihr auch dorthin nachreisen ... Man kann natürlich die Frage erheben, wieviel Aufwand eigentlich beim Schreiben dieses Romans betrieben wurde. Begreift man ihn aber als eine bitterironische Komödie über den Way-of-Life speziell in den USA, verliert diese Frage an Gewicht. *Dagmar Jestrzemski*

***Irene Dische: „Clarissas empfindsame Reise“**, Hoffman und Campe, Hamburg 2009, gebunden, 160 Seiten, 19,95 Euro*



Verkappter Rassismus

Volker Seitz erklärt, warum die Entwicklungshilfe des Westens falsch ist

„Was ist das größte Kapital Mosambiks“, beginnt ein Witz, der auf den Straßen der Hauptstadt Maputo kursiert. „Es sind nicht der Boden oder die Rohstoffe oder die berühmten Langustenschwärme vor der Küste. Es ist die arme Bevölkerung, denn sie sorgt dafür, dass weiter Entwicklungshilfe ins Land fließt.“ Erkenntnisse wie diese hat Volker Seitz in seinem Buch „Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann“ zusammengetragen. Der Autor, der viele Jahre für das Auswärtige Amt in Afrika tätig war und seine Berufslaufbahn als Botschafter in Kamerun beendete, lehrt Befürworter und Profiteure der klassischen Entwicklungshilfe das Grauen. Seine Fakten stellen all ihr Streben und ihre Daseinsberechtigung in Frage. „Bei einer ehrlichen Bestandsaufnahme stellt man fest, dass das Gros der Hilfe unter der Sonne Afrikas verdurstet ist. Mangels guter Regierungsführung, das heißt Transparenz, Verantwortlichkeit, Effizienz, demokratischer Teilhabe an den Rechtsstaatlichkeit, haben die meisten Länder Afrikas auch nach 50 Jahren Unabhängigkeit den Kampf gegen Armut und Korruption und die Überwindung des Stillstandes nicht angepackt.“

Seitz findet es unfassbar, dass Entwicklungshilfe ohne Erfolgskontrollen vergeben wird, daher schlägt er einen internationalen Rechnungshof hierfür vor. Jeder Investor wolle wissen, was mit seinem Geld passiert, doch die meisten westlichen Entwicklungshelfer würden freihändig Millionen an die korruptesten Regierungschefs vergeben, ohne zu kontrollieren, was mit ihrem Geld geschieht.

> Westlicher Schuldkomplex ist unbegründet

„Der Kolonialismus ist nicht Ursache des Elends“, behauptet der Autor und führt zahlreiche Argumente an, warum der von afrikanischen Regierungschefs gern aktivierte Schuldkomplex des Westens unangebracht sei. „Als Ghana 1957 unabhängig wurde, war die ehemalige Goldküste nicht nur schuldenfrei, sondern verfügte sogar über Auslandsguthaben. Das Bildungswesen galt als vorbildlich, das Land hatte eine gut erschlossene Infrastruktur, einen relativ unbestechlichen Staatsapparat sowie unabhängige Gerichte. Im Jahr 1957 war das Pro-Kopf-Einkommen so hoch wie in Spanien.“ Doch das war einmal. Korrupte Machteliten hätten all das zerstört, aber im Westen traue man sich nicht, diesen am Schicksal ihres Volkes Uninteressierten Widerworte zu geben. Aus irgendeinem Grund teile man in Europa und den USA die Sicht, dass Afrika Opfer sei, so Seitz und behauptet, dass der Rassismus-Vorwurf schon irgendwie stimme, nur eben anders als die Beschuldiger es meinen. Wer afrikanischen Staaten weniger Fähigkeiten als den Asiaten und Lateinamerikanern unterstellt und sie daher besonders mit Hilfe überschüttet, sei verkappter Rassist, zieht Seitz die These des ARD-Korrespondenten Kurt Gerhardt heran.

An dieser Stelle regt sich der Autor vor allem über naiv-dümmliche rockende Millionäre und Schauspieler auf, die immer wieder behaupten, der Westen müsse das arme Afrika mit noch mehr Millionen retten.

Der Westen müsse erkennen, dass Afrika zwar seine eigenen Wertvorstellungen habe, doch Ehrlichkeit gegenüber ihrem Volk trotzdem möglich sei. So könne es nicht sein, dass beispielsweise in Kamerun der Bürger gegenüber Beamten immer im Unrecht sei, und zwar so lange, bis er genug bezahlt habe. Und dass es in vielen Ländern Afrikas mehr Waffen als Wasserhähne gebe, zeige doch, wie die Lage der Menschen dort sei, ohne dass die Regierungen jedoch – zum Teil trotz hoher Einnahmen aus Bodenschätzen und Öl – etwas dagegen unternähmen. Katastrophale Straßen samt hohen Zöllen sorgten dafür, dass der Güterverkehr quer über den Kontinent teuer und beschwerlich sei. Beispielsweise seien von 60000 Straßenkilometern in der Republik Kongo nur 2500 asphaltiert. Selbst Reisen per Flugzeug würden zum Abenteuer. Wer von Ost nach West wolle, solle lieber über Paris oder London fliegen, das gehe schneller, so Seitz.

Durch Unterdrückung von anderen schwarzen Ethnien und Frauen, ja sogar Sklaverei, hätten viele Menschen in Afrika keinerlei Rechte. Solange diese Missstände nicht bekämpft würden, sei eine solidarische Gesellschaft in allen Ländern Afrikas Utopie. *Bel*

***Volker Seitz: „Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann“**, dtv premium, München 2009, kartoniert, 218 Seiten, 14,90 Euro*



Täter zum Dessert

Fortsetzung der luftig-leichten Preußenkrimis

Mehr und mehr erobern skandinavische Krimis unsere Bestsellerlisten. Skandinavien scheint durch die unberechenbaren Wetterverhältnisse und die vielen dunklen Tage nahezu wie geschaffen als Kulisse für grausame mörderische Ereignisse.

Doch wer hätte gedacht, dass auch Preußenkrimis ihren Weg in die Leserherzen einer kleinen, aber feinen Fangemeinschaft finden? Die Preußenkrimi-Reihe des 2005 mit dem Krimifuchs ausgezeichneten Autors Tom Wolf hat bereits viele begeisterte Anhänger gefunden. Auch mit dem neuen Buch „Kristallklar – Mord à la carte“ knüpft er an die spannenden Ereignisse seiner luftig-seichten unterhaltsamen Krimis wie „Silbergrau – Blutige Spiele“, „Schwefelgelb – Mörderische Kälte“ und „Goldblond – Verheerende Torheit“ an.

Als der todkranke Preußenkönig eine amerikanische Delegation bei Hofe mit einer kleinen Bündnis-Feier willkommen heißen will, kommt es zu einem rätselhaften Doppelmord. Die Polizei wird sofort mit der Aufklärung des Falles betraut und auch Honoré Langustier, der 80-jährige pensionierte erste Hofküchenmeister, ist natürlich wieder mit von der Partie. Diesmal wird er bei den Ermittlungen von seiner cleveren Urenkelin Gerardine begleitet, die jedoch alsbald ein Auge auf den tatverdächtigen, aber sympathischen Ballonfahrer Monsieur Lalande wirft.

Doch nicht nur der charmante Ballonfahrer, sondern auch die vier Amerikaner sowie delikaterweise der Prinz höchstpersönlich stehen unter Tatverdacht. „Langustier hatte die Brille aufgesetzt und sich noch einmal die Protokollbögen in der Kladde angesehen ... ‚Der Prinz, die Amerikaner und zwei Morde ...‘, murmelte er. ‚Eines der Opfer war ein ehemaliger Koch des Königs, der andere ein Gast des Prinzen ... das krudeste Verbrechen, das mir je begegnet ist. Ich habe noch nicht die leiseste Idee ...‘“

Als der Polizeichef, Langustier und Gerardine mit dem Ballons von Monsieur Lalande den Schauplatz des Mordes überfliegen, während die Verdächtigen am Boden die Mordszene nachstellen sollen, wird plötzlich auf die mutigen Ballonfahrer geschossen. Der Ballon driftet ab und die Gesellschaft findet sich nach einem turbulenten Flug und einer Notlandung im Schlossgarten des Königs wieder, der sich kurzerhand bei seinem vielgerühmten Meisterkoch zum Essen einlädt. Vor- und Hauptspeise überlässt der König seinem kreativen Koch, doch fordert er Täter und Motiv als Dessert. Langustier hat somit alle Hände voll zu tun, den Mordfall zu lösen, um seinem König den „Mord à la carte“ kredenzen zu können.“

Von der übertrieben geschwollenen Sprache mancher Protagonisten sollte man sich nicht verwirren lassen, auch wenn der Versuch des Autors, so Authentizität zu erzeugen, manchmal ins Alberne abgleitet. Mit „Kristallklar Mord à la carte“ knüpft Tom Wolf erfolgreich an seine Preußenkrimi-Reihe an. Und auch die Leser, die sich auf neue Rezepte des begnadeten Kochs Langustier freuen, kommen in diesem Band nicht zu kurz. *A. Ney*

***Tom Wolf: „Kristallklar – Mord à la carte“**, Preussenkrimi, be.bra verlag GmbH, Berlin-Brandenburg 2009, broschiert 269 S., 9,95 Euro*

Wie Feindbilder entstehen

Klassiker neu aufgelegt: In »Perlmutterfarbe« entbrennt zwischen Schülern ein Bandenkrieg

Eine Verkettung unglücklicher Umstände bringen Alexander – einen der beliebtesten Jungen der A-Klasse – in eine missliche Situation: Alexander ist fasziniert von einer Malfarbe – der Perlmutterfarbe –, die sein bester Freund selbst gemischt hat. Um sie näher zu betrachten, nimmt er sie von Maulwurfs Tisch, und als die Schulglocke zwölf Uhr klingelt, steckt er sie in seinen Ranzen mit der besten Absicht, sie seinem Freund wieder zurückzugeben. Zuvor hat er bei dem Karli aus der B-Klasse ein interessantes Buch gesehen, das er ihm entreißt – natürlich auch mit der guten Absicht, es am nächsten Tag dem B-Karli zurückzubringen. Daheim schüttet er ungeschickterweise die Perlmutterfarbe über das gestohlene Buch. Als er am nächsten Tag in die Schule kommt, ist die Aufregung groß, Dinge sind gestohlen worden. Ein Sündenbock muss gefunden werden. Aus Angst, als Dieb entlarvt zu werden, schweigt Alexander. Er wird von Außenseiter und Augenzeuge Gruber gedeckt und dadurch von ihm abhängig. Denn dieser nutzt die Situation eiskalt aus: Er lenkt den Verdacht auf den B-Karli, beginnt eine Hetzkampagne gegen die B-Klasse und gründet eine straff organisierte Jungendbande mit dem Namen ELDSA (Abkürzung für „Es lebe die stolze A“).

Der Roman die „Perlmutterfarbe – Ein Kinderroman für fast alle Leute“ von Anna Maria Jokl ist bereits im Jahr 1948 erschienen. Die 1911 in Wien geborene jüdische Autorin schrieb den Roman 1937 in ihrem Prager Exil. Das Manuskript musste sie auf der Flucht vor den Nationalsozialisten zurücklassen. Ein Schmuggler, dem sie auf der Flucht davon erzählte, brachte es ihr zwei Wochen später über die polnische Grenze nach Kattowitz, wo sie auf ein Visum für England wartete. So konnte die „Perlmutterfarbe“ 1948 veröffentlicht werden. Inzwischen war Jokl von England in die Schweiz emigriert. Nach dem Krieg kehrte sie nach Berlin zurück, wo der Roman im Jahr 1959 verfilmt werden sollte. Die Behörden in Ost-Berlin lehnten dies jedoch ab. Erst Anfang dieses Jahres kam der Film durch den Regisseur Marcus H. Rosenmüller in die Kinos.

Im Roman schildert Jokl, deren Gesamtwerk 1995 mit dem Hans-Erich-Nossack-Preis ausgezeichnet wurde, an der Figur Alexanders wie leicht Menschen aufgrund von Abhängigkeiten dazu verleitet werden, die Wahrheit zu leugnen und ihren Charakter verändern. Je weiter sich Alexander in sein Lügennetz verstrickt, desto mehr entfernt er sich von seinen Freunden, die sich gegen die ELDSA stellen. Plakativ beschreibt die 2001 in Jerusalem verstorbene Schriftstellerin auf diese Weise, wie Feindbilder entstehen.

> Etwas zu viel moralischer Zeigefinger

Anhand Grubers zeigt sie, wie ein Außenseiter die Macht durch Lügen, Erpressung, Gewalt und Intrigen an sich reißt. Wer kritische Fragen stellt, wird bekämpft und verleumdet. Die Feindschaft zwischen den beiden Klassen verschärft sich, und es kommt sogar zu Gewalttaten. Gruppendynamische Prozesse kommen zum Tragen.

Ganz eindeutig ist die Schulsituation auf den Nationalsozialismus gemünzt. Der Film von Rosenmüller macht dies allerdings noch deutlicher: Die Mitglieder der ELDSA tragen braune Halstücher und Gruber wird in einer Anspielung auf die gegenüber Adolf Hitler übliche Wendung an einer Stelle des Films mit „Ja mein Gruber!“ angesprochen.

Was den Roman anbelangt, so hat man als Leser den Eindruck, als schwinge der erhobene Zeigefinger in jeder Zeile mit. Dies wird besonders anhand der Skrupel und Gewissensbisse, die Alexander gegenüber seiner Mutter und Karli plagen, deutlich. Durch die klare Einteilung der Schüler in Gut und Böse scheint der Roman krampfhaft das Gütesiegel „pädagogisch wertvoll“ für sich beanspruchen zu wollen.

Vor dem historischen Hintergrund des Nationalsozialismus und seiner Entstehungsgeschichte betrachtet, ist die „Perlmutterfarbe“ jedoch ein mutiger Kinderroman „für fast alle Leute“. *Vittoria Finzi*

***Anna Maria Jokl: „Die Perlmutterfarbe“**, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, broschiert, 281 Seiten, 10 Euro*

MELDUNGEN

Türken sollen lauter werden

Berlin – Der türkische Botschafter in Deutschland, Ahmet Acet, hat seine in der Bundesrepublik lebenden Landsleute aufgefordert, lautstärker und nachdrücklicher für ihre Interessen einzutreten. So sollte beispielsweise flächendeckender Türkisch-Unterricht durchgesetzt und überhaupt mehr demonstriert werden, etwa gegen Thilo Sarrazins Thesen (*PAZ* berichtete). Dies sagte Acet der türkischen Zeitung „Sabah“. *H.H.*

Bern: Sterbehilfe eingrenzen

Bern – Die Regierung der Schweiz plant, die (dort legale) aktive Sterbehilfe rechtlich einzugrenzen. Entweder sollen klarere Regeln für Suizidhilfe-Organisationen erlassen oder aber die organisierte Sterbehilfe ganz verboten werden. Die Regierung in Bern will nicht, dass die Schweiz immer mehr zum Ziel des europäischen „Sterbetourismus“ wird, und möchte Auswüchsen wie Sterbehilfe auf Autobahn-Raststätten einen Riegel vorschieben. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Guido ganz groß

Worüber Westerwelle staunt, worüber die Polen lachen, und wie Lafontaine die deutsche Einheit verhindert hätte / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Na? Und was halten Sie von der neuen Regierung? Sie haben keinen Schimmer, was Sie denken sollen? Dann bin ich ja nicht der Einzige. Beim Thema Schattenhaushalt haben die Schwarz-Gelben ja gerade noch die Kurve gekriegt. Aber ansonsten weiß man nicht, ob man sich darüber freuen darf, dass es noch nichts Ernstes zum Ärgern gab, oder sich eher darüber ärgern soll, dass man keinen Grund zum Freuen findet.

Angela Merkel wird immer mehr sie selbst, und die CDU-Chefin haben wir ja schon seit Jahren im Verdacht, nichts anderes im Schilde zu führen als den bloßen Machterhalt. Das wäre nicht allzu wild, wenn um sie lauter verbissene Überzeugungstäter herumtobten, die nur ein gewitzter Dompteur daran hindern kann, alles in Schutt und Asche zu legen.

Mit Guido Westerwelle jedoch hat sich einer auf den Platz neben der Kanzlerin gesetzt, den links oder rechts ebenso egal zu sein scheinen – Hauptsache oben. Sonst hätte er sich ja ein anderes Ressort gesucht, denn in Sachen Außenpolitik ist der Chefliberale in seiner gesamten politischen Laufbahn noch nie in Erscheinung getreten. Also ist das doch gar nichts für ihn. Doch der junge Guido durchlebte seine politische Pubertät in einer FDP, in der dem damaligen Außenminister Genscher kultische Verehrung entgegengebracht wurde. Da muss in dem seinerzeitigen Juli-Vorsitzenden Westerwelle der Entschluss gereift sein: Sowas Schickes will ich auch mal werden, wenn ich groß bin!

Nach den Erfahrungen mit Joschka Fischer ist man ja schon beruhigt, wenn uns ein neuer Außenminister nicht gleich überall blamiert. Dazu hatte Westerwelle bislang noch nicht allzu viele Gelegenheiten, was natürlich nicht heißt, dass er die ersten Möglichkeiten nicht genutzt hätte. Dass er ihnen den Skalp von Erika Steinbach angeboten hat, haben die Polen natürlich mit einem freundlichen Lächeln quittiert. Als er wieder weg war, dürften die Polen, bekanntlich glühende Patrioten, nicht mehr nur gelächelt, sondern schallend gelacht haben: Ein Außenminister, der im Ausland die eigenen Landsleute ins Feuer schmeißt und meint, damit Ansehen zu gewinnen! Mit dem werden wir noch einigen Spaß haben.

In Brüssel war der Neuling dann ganz von den Socken, für wie bedeutend Deutschland in der EU gehalten wird. Diese jähe Eingebung kann man auf zweierlei Weise bewerten. Erstens: Der Mann ist eine ehrliche Haut. Er war aufrichtig, wenn er von der „Gleichberechtigung der Völker im europäischen Haus“ oder so quasselte. Die Idee, dass es einen Unterschied macht, ob Deutschland oder Dänemark den Mund aufmacht, die ist ihm wirklich nicht gekommen. Was uns zur zweiten möglichen Bewertung führt, die da lautet: Du grüne Neune! Der muss ja wirklich fast alles noch lernen. Jeder erwachsene Staatsbürger weiß, dass es Gleichberechtigung in der internationalen Politik immer nur formell gibt. Einer hat immer den längeren Hebel in der Hand, und der deutsche ist in der EU nunmal der längste.

> Als er Genscher sah, wusste er: Sowas Schickes will ich auch mal werden, wenn ich groß bin!

Es verspricht Vorteile, der Favorit Berlins zu sein und andere in dieser Rolle auszustechen. Anlässlich von 20 Jahren Mauerfall versuchen England und Frankreich daher, einander nach Kräften bei den Deutschen anzuschwärzen, was wir mit gelassener Heiterkeit zur Kenntnis nehmen.

Erst rückten die Briten mit Geheimprotokollen heraus, die belegen sollten, das Frankreichs Präsident Mitterrand mindestens ebenso fanatisch gegen die deutsche Einheit gearbeitet habe wie ihre manische Maggie. Nun keilten die Pariser zurück und enthüllten, dass die durchgeknallte Thatcher doch viel schlimmer gewesen sei als Mitterrand und dass sie obendrein nicht die geringste Freude über die Befreiung der osteuropäischen Völker gezeigt habe. (Haben Sie das gehört, lieber Vaclav Klaus? Wäre doch ein schönes Thema für einen Kaminplausch mit Ihrem neuen Brieffreund, dem britischen Konservativen-Chef David Cameron.)

Und was sagen wir zu diesen entzückenden Stänkereien? Nun ja, Mitterrand blieb wenigstens ansprechbar, im Unterschied zu der bösen Hexe auf der Insel. Andererseits sind uns missgünstige Nachbarn, die keinen Zweifel lassen über die Schwärze ihrer Seele, allemal lieber als solche, die heimlich gegen uns unterwegs sind.

Außerdem ist die Sache ja nun wirklich abgegessen, vorbei. Viel ist dieser Tage die Rede davon, welches Glück wir hatten, dass alles so glimpflich abging im Herbst 1989. Das auch deshalb, weil in Moskau und Washington vernünftige Männer saßen, weshalb die britischen und französischen Wühlereien ins Leere gingen.

Allerdings drohte Gefahr nicht nur von draußen, sondern auch von innen, was heute schamhaft übergangen wird. Was, wenn die Bundestagswahl nicht im Dezember 1990, sondern schon 1988 stattgefunden hätte, und der SPD-Kandidat Oskar Lafontaine wäre als Sieger hervorgegangen – ein entschiedener Feind der deutschen Einheit ohne Berührungsängste zum linken Rand?

Dann hätten wohl Egon Krenz und Lafontaine im Herbst 1989 die Köpfe zusammengesteckt um zu beraten, wie man diesen Gorbatschow wieder einfängt. Um sich außenpolitisch Rückenwind zu verschaffen, hätte Lafo gewiss auch Thatcher und Mitterrand eingespannt, damit sie auf gar keinen Fall nachgeben bei der Frage der Aufrechterhaltung der Teilung. Bei der EG (so hieß die EU damals noch) wäre Außenminister Joschka Fischer aufgetreten, um seinen Kollegen Angst vor dem „Vierten Reich“ einzujagen.

Ungarn, Polen, Tschechen etc. hätte der deutsche Chefdiplomat ins Gewissen geredet, dass sie mit ihren Revolutionen die heilige Nachkriegsordnung ins Wanken brächten, womit sie den deutschen Ewiggestrigen in die Hände spielten. Womit wir bei der Innenpolitik jenes Deutschlands wären, das es glücklicherweise nie gegeben hat: Da wäre wohl ein staatlich organisierter „Aufstand der Friedliebenden“ losgebrochen (worden) gegen die Vereinigungsbefürworter, die ja das „Vierte Reich“ wollen und daher die braune Pest sind, Parole: „Nie wieder Deutschland“. Den Spruch plakatierten die Grünen 1989 ja tatsächlich, übrigens mit einem Bild von Marlene Dietrich, als angebliches Zitat. Die alte Dame schoss daraufhin hoch wie vom Affen gebissen und haute den Grünen das Plakat um die Ohren: Das habe sie nie gesagt, das Plakat sei ein Angriff auf ihre Ehre. Da mussten sie es schweren Herzens wieder abhängen.

Und die Hunderttausende Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR? Was hätte denen geblüht? Die wären nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die rot-grüne Regierung Lafontaine/Fischer ja Ausländer gewesen. Man hätte sie wohl eine Weile in Auffanglagern versauern lassen, um sie später an der Grenze wieder abzugeben – mit dem Versprechen, dass ihnen da drüben nichts (na ja, fast nichts) geschehen würde.

Solche „Was wäre gewesen wenn“-Szenarien sind fast so schön wie gruselige Zukunftsvisionen. Man lehnt sich zurück und findet die sonst so bekrittelte Welt auf einmal ganz wunderbar. Andererseits wird klar, dass man sich nie allzu sicher fühlen sollte. Tat sich 1989 nicht der Himmel auf über Deutschland und Europa? Waren wir nicht fast taub vor Glück? Ja, und deshalb hatten wir auch keine Ahnung davon, wie knapp alles abging.

Die Grenze zwischen unnötigem Bangemachen und Leichtfertigkeit ist halt schwer zu ziehen, selbst beim Umgang mit der Schweinegrippe. Während bei den einheimischen Deutschen die Furcht grassiert, fühlten sich Angehörige einer anderen bei uns lebenden Bevölkerungsgruppe irrtümlich vollkommen sicher: Aus Berlin berichtet die „Gesellschaft Türkischer Mediziner“, dass zahlreiche Muslime dort glaubten, gegen die Grippe immun zu sein, weil sie ja kein Schweinefleisch essen.

ZITATE

***Charles Krauthammer**, einer der einflussreichsten konservativen US-Kommentatoren, unterstellt den **Europäern** im „Spiegel“ vom 26. Oktober für ihre **Obama-Begeisterung** eigennützige Motive:*

„Sie wollen den Riesen Amerika kleiner sehen, das ist ja ganz natürlich. Immerhin hat Europa 400 bis 500 Jahre den Globus beherrscht, ehe es in zwei Weltkriegen zivilisatorischen Selbstmord beging. Danach regierte Amerika als Hegemon. Natürlich wünschen sich die Europäer den Hegemon zurechtgestutzt. Obama ist der perfekte Präsident, um das zu erreichen.“

*Ein Jahr, nachdem die vier **„Rebellen“** der **Hessen-SPD** den Plan ihrer Parteichefin **Andrea Ypsilanti** für eine von der Linkspartei tolerierte Rot-Grün-Regierung zerstört hatten, sprach der „Stern“ mit einem von ihnen. Die 51-jährige **Silke Tesch** macht jetzt nur noch Politik im Gemeinderat. Über diesen:*

„Da werden echte Lösungen für die Bürger gesucht. Ich möchte im Moment nicht überregional in der Politik aktiv sein. Dieses ewige Taktieren, dieses Zurückhalten von Wahrheiten, dieses Aufgeben von Zielen, dieses Klein-Klein. Es geht nur noch darum, dass jeder seinen Hintern rettet.“

*Zum Abstimmungskrimi um die thüringische Ministerpräsidentin **Christine Lieberknecht** (CDU) spottete Leidensgenossin **Heide Simonis** (SPD):*

„Ich glaube, die Männer hassen uns wirklich.“

Macht und Ohnmacht

*Zu oft wird die Phrase gedroschen
vom „mächtigsten Mann dieser Welt“,
drum fällt nicht und fällt nicht der Groschen:
Um Macht ist's nicht ganz so bestellt*

*Der Bibi – grad wieder erwiesen –
macht immer nur das, was ihm passt,
und weil von den Seinen gepriesen,
ist's schnuppe, dass sonst man ihn hasst.*

*Er kann ohne Müh' was versprechen,
denn halten dran muss er sich nicht –
die andern bezahlen die Zechen,
und keiner nimmt ihn in die Pflicht.*

*Man kann halt den Bibi nicht zwingen,
– versucht man es, beißt man auf Holz –
doch ihm heiße Luft abzuringen,
macht trotzdem die Mächtigsten stolz!*

*Ja, Hillary nennt's Konzessionen,
die beispiellos seien sogar!
Ein Hohn dort für viele Millionen –
nur seht, es ist logisch und klar:*

*Auch sie möchte eben mal werden
zur „mächtigsten Frau dieser Welt“ –
sie wird doch ihr Ziel nicht gefährden –
und weiß, wie man da sich verhält ...*

Pannonicus

ZUR PERSON

Graue Eminenz in Brüssel

Bis zu 80 Prozent der vom Bundestag erlassenen Gesetze haben ihren Ursprung direkt oder indirekt in Entscheidungen der EU. Angesichts dieser Machtfülle überrascht es schon, wie wenig sich die deutschen Medien für Brüsseler Personalentscheidungen interessieren – vor allem wenn es um überaus einflussreiche Posten geht. Einen solchen bekleidet künftig der 44-jährige Hamburger Jurist **Johannes Laitenberger**.

Der bisherige Sprecher der Kommission wird neuer politischer Chefberater des Kommissionschefs, und damit quasi dessen Kabinettschef. Laitenberger hat schon in seiner Studentenzeit in Bonn beim RCDS Politik gemacht. Er ist mit einer Portugiesin verheiratet und Vater von drei Kindern. Sein exzellentes Portugiesisch hat er aber noch früher gelernt, als Sohn eines evangelischen Pfarrers hat er zehn Jahre in Lissabon gelebt.



Schon in seiner bisherigen Funktion galt Laitenberger, dem Loyalität, Gelassenheit, Fleiß und hohe analytische Fähigkeiten nachgesagt werden, als eine der „grauen Eminenzen“ in Brüssel und ganz konkret als „Relaisstation“ zwischen EU-Kommissionspräsident Barroso und dem Bundeskanzleramt. Seine Berufung zum Kabinettschef gilt als großer Erfolg der deutschen Personalpolitik in Brüssel, denn künftig wird kein Richtlinienentwurf der EU mehr ohne seine Hand- und Unterschrift auskommen.

Spannend bleibt die Frage, mit welchem Kommissionspräsidenten Laitenberger künftig zusammenarbeiten wird. Tony Blair hat sich auf dem EU-Gipfel eine blutige Nase geholt, auch die „Eigenbewerbung“ Jean-Claude Junkers gilt als wenig aussichtsreich. Nun steigen die Chancen des österreichischen Ex-Kanzlers Wolfgang Schüssel, den Merkel heimlich favorisieren könnte. *K.B.*